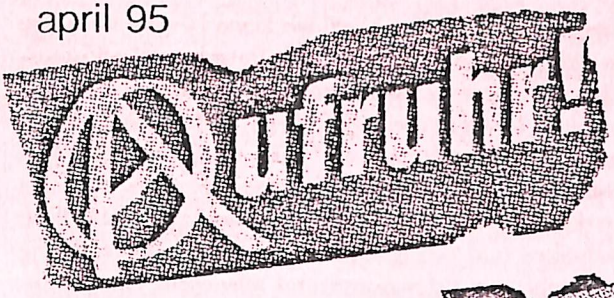
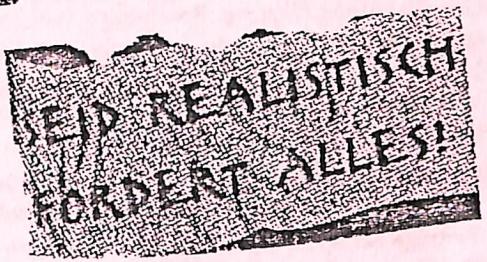
zirkular 14

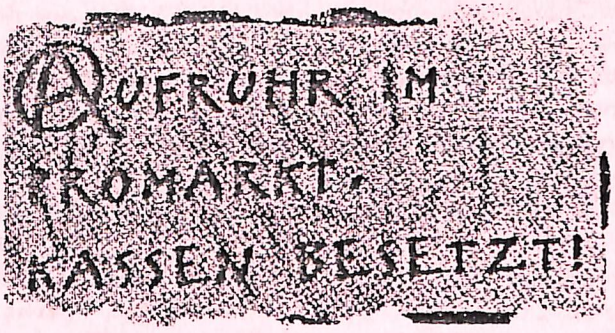
april 95





inhalt:

editorial	2
food not bombs	4
mexiko	10
streiks in frankreich	16
post	19
gruppenarbeit	23
müll	25
krankenhausflugi	29
thesen zum faschismus	33
rassismusfalle	47
rußlandvideos	52



Zu Ehren des Tags des Recycling:
Parolenrecycling (Werbebeilage einer Elektromarktkette)

Kopfweh und Migräne

haben sich beim Redaktionstreffen breit gemacht... weil wir keine Lösung für *unsere* Frage gefunden haben: den Ausweg aus der Falle der Rassismus/Faschismus-Diskussion. Schon wieder besteht dieses Zirkular zum erklecklichen Teil aus Beiträgen zu einem Thema, zu dem wie uns scheint, in Wirklichkeit niemand mehr was zu sagen, aber viel zu reden hat. Wir, die wir die Welt unter dem Gesichtspunkt der revolutionären Möglichkeiten analysieren wollen, nennen das eine Phantom-Diskussion. Arbeiterkämpfe weltweit nehmen wieder zu; eine kleine Guerillagruppe führt die Brüchigkeit und Scheinstabilität der Neuen Weltordnung vor; andererseits wütende Triumphe von Ethnizismus und religiösem Fanatismus. Mit all dem hat die Diskussion über »Rassismus«, für die wir Papier und Zeit verschwenden, leider nicht die Bohne zu tun.

Wir hatten für dieses Zirkular selbst eine Antwort auf Hanne's Beitrag (Zirk. 12) geschrieben, drucken ihn aber jetzt nicht mehr ab. Wir haben kein Interesse mehr daran, *dieser* Diskussion weiteren Brennstoff zu liefern. Wir sind nicht befugt, Beiträge zurückzuweisen. Aber wir möchten doch alle AutorInnen für die Zukunft um ein paar Dinge bitten:

Denkt bitte ein Bißchen daran, *mit wem* Ihr diskutiert! Oder anders ausgedrückt: Unterlaßt die Unverschämtheiten und Beleidigungen, die entweder aus Arroganz oder Nachlässigkeit immer wieder in die Artikel rutschen – indem z.B. wir oder andere GenossInnen in die Nähe von Faschisten oder in die Tradition der KPD gestellt werden. Oder: »*Ich bin lediglich der Meinung, daß ich es armselig und ablehnenswert finde, seinen Frust an Schwächeren abzulassen...*« Mit wem diskutierst Du?

Denkt bitte bei jedem Satz ein Bißchen daran, ob es wirklich notwendig ist, ihn zu schreiben. Es muß nicht zum hundersten Mal die allgemeine Banalität dargestellt werden, daß die Arbeiterklasse nicht homogen ist! (Was wir brauchen sind Beiträge zur tatsächlichen Zusammensetzung der Arbeiterklasse). Es müßte nicht die Meinung aufgeschrieben werden, daß wir nicht vor einer Machtergreifung von Schönhuber & Co stehen. Und eigentlich sollte auch das Singen im Bundestag für Revolutionäre nicht der Rede (und schon gar nicht der Druckerschwärze) wert sein... Konzentriert Euch also in Euren Beiträgen auf die Gedanken, die die Diskussion wirklich weiter bringen!

Denkt bitte aber auch daran, daß möglicherweise wertvolle Gedanken für intellektualistisches Geschwätz gehalten werden können, wenn sie nicht verständlich dargestellt sind: »*Soziale Spaltungen, die der Rassismus zunächst in seiner Ideenwelt herstellt...*«(¿?).

Das sind für uns Mindestbedingungen. Notwendig wäre es allerdings, überhaupt von der »Rassismusdebatte«, die so von oben – und das heißt, um es unmißverständlich zu sagen, von einem unverbindlich-kleinbürgerlichen Standpunkt aus – die Verhältnisse zu erklären vorgibt und doch nur die eigene (metropolitane?) Befindlichkeit widerspiegelt, Abstand zu nehmen und die Welt wieder von einem revolutionär-proletarischem Standpunkt aus zu untersuchen. Berichte allein tun das allerdings auch noch nicht, aber sie sind eine notwendige Voraussetzung für eine Debatte über die Möglichkeit der Revolution. Das ist die Debatte über *unsere* Aufgaben und Chancen, in die "unter unseren Augen vor sich gehenden Bewegung" einzugreifen; über unsere Rolle im Klassenkampf und dem revolutionären Teil des hiesigen und weltweiten Proletariats. Und in diesen Zusammenhang gehört dann eine Debatte darüber, wie der reaktionäre Teil in all seinen personellen und ideologischen Erscheinungsformen isoliert, bekämpft, besiegt werden kann. Von dieser Debatte sind wir leider weit entfernt – in Theorie und Praxis.

Wildcat Mannheim/Ludwigshafen, 25.3.95

Kontakte:

Ost: * Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel: 030/6121848

West: * Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln

* Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn

Nord: * Zirkular, c/o St.Pauli Str. 10, 28203 Bremen

* Gruppe (Z), c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen

* Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg

Süd: * Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/6295271

* Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg

Abos: Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30DM. Schriftliche Bestellung an Sisina, Berlin und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

V.i.S.d.P.: P.Müller

Im Februar machte ein Vertreter der Gruppe Food Not Bombs eine Pressekonferenz in Berlin. Dabei ging es um die drohende Verurteilung des FNB-Aktivisten Keith McHenry. Keith ist denen bekannt, die den Video über Obdachlosigkeit und Hausbesetzungen in San Francisco gesehen haben. Dort äußert er sich als Mitglied der Homes not Jails - BesetzerInnengruppe. Hier ist nun der Vortrag von der Pressekonferenz. Einige Sachen, wie der Bezug auf die Verfassung und den Sozialstaat, sind zwar eigenartig, aber trotzdem wird hier nochmal das Klima der politischen Auseinandersetzungen in Kalifornien genauer geschildert und ergänzt so den Artikel in der Wildcat 64/65 zur ImmigrantInnen-Politik (Proposition 187) und die Ausführungen von Mike Davis in City of Quartz zu den Angriffen auf Obdachlose und Arme. (Entschuldigt die etwas lausige Übersetzung: wieder mal auf den letzten Drücker ...)

Die Gruppe Food Not Bombs

Armut in San Francisco

Food not Bombs (Essen statt Bomben) wurde 1980 in Boston von einer Gruppe von Anti-Atom-Aktivisten gegründet. Diese hatten vorher für die Abschaltung des Atommeilers in Seabrook, New Hampshire, gekämpft. Sie beschäftigten sich mit Sachen wie Militarismus und der enormen Verschwendung von menschlicher Energie und ihren Fähigkeiten und den daraus folgenden zerstörenden Auswirkungen auf die Umwelt, sowie damit, wie Geld und Recourcen besser für menschliche Bedürfnisse eingesetzt werden könnten. Unter Präsident Reagan waren die militärischen Ausgaben in bisher nicht gekannte Höhen gestiegen und damit einhergehend die sozialen Programme zusammengestrichen worden. Das war der Anfang vom Ende des löchrigen sozialen Netzes, das damals in den USA existierte. Danach stieg die Zahl der Menschen, die auf der Straße leben, beträchtlich. Die GründerInnen von FNB wollten etwas Praktisches und Wirksames tun, um den mehr werdenden Obdachlosen zu helfen. Sie wollten einerseits einen wichtigen sozialen Dienst bereitstellen, den der Staat nicht leistete, und andererseits auf die Ursachen aufmerksam machen, die hinter solch schrecklichen sozialen Bedingungen in einer der wohlhabendsten Ländern der Erde stecken.

Keith McHenry, einer der ursprünglichen Gründer von FNB, zog Mitte der 80er nach San Francisco und half beim Aufbau der dortigen Sektion von FNB im Dezember 1987. Mensch könnte glauben, daß in einer Stadt mit einer solchen Geschichte von Toleranz und fortschrittlicher Politik wie San Francisco FNB eine willkommene Ergänzung der Community darstellen würde. Aber die Angriffe auf die AktivistInnen-Gruppe begannen gleich nach der Gründung - erst unter dem damaligen Bürgermeister Art Agnos, einem Liberalen - und sind seitdem ständig weitergegangen. Unter dem derzeitigen Bürgermeister Frank Jordan, einem früheren Polizeichef, wurden die Angriffe und Einschüchterungsversuche intensiviert. Es gab insgesamt bisher 900 Festnahmen von FNB-Mitgliedern, ungefähr die Hälfe davon in den letzten anderthalb Jahren.

Warum hat nun das "liberale" San Francisco eine solch harte Linie gegen FNB eingeschlagen, während andere Städte in den USA die Gruppe mehr oder weniger ignorierten? Die Antwort liegt darin, daß es einfach peinlich ist, als progressive Stadt

bekannt zu sein, aber so wenig zur Unterstützung von Obdachlosen und Armen zu tun. FNB ist kein Wohltätigkeitsverband, wie die Kirche oder United Way, sondern eine AktivistInnen-Gruppe, die ihr Recht auf freie Rede und Versammlung wahrnimmt, Rechte, die durch die Verfassung und internationale Menschenrechtsvereinbarungen garantiert werden. FNB tut dies, indem sie vor dem Rathaus umsonst Essen verteilt, dort, wo es der Bürgermeister sieht. Während er durch seine Politik und die Steuereinnahmen wenig für die Abschaffung der Armut in San Francisco getan hat, hat diese kleine Gruppe von AktivistInnen, quasi ohne eigene Geldmittel, einen täglichen wichtigen Dienst auf die Beine gestellt. FNB hat auch einen Tisch mit Informationsmaterial und spricht mit Touristen, öffentlichen Angestellten und manchmal auch mit der Polizei. Themen dabei sind Militarismus und Armut, Polizeibrutalität, die Wohnungsfrage und die Einflußnahme großer Firmen auf die Lokalpolitik. Solche Firmen wie GAP (Textilien), Chevron (Öl), Safeway (Supermarktkette) und die Pacific Gas and Electric (örtliche Gas- und Stromversorgung) versuchen über finanzielle Wahlunterstützung, teure Werbekampagnen und Hinterzimmergespräche mit Politikern Steuererleichterungen (tax breaks) und Subventionen zu bekommen, was beides auf Kosten von Sozialprogrammen geht. Dem Bürgermeister und den Geschäftsleuten sind die Armen ein Dorn im Auge, eine Schande für San Franciscos Image und Reputation. Sie haben versprochen, sie und ihre UnterstützerInnen aus der Stadt zu jagen. Als einer der Unterstützer, die sich am deutlichsten für die Rechte der Armen u nd Obdachlosen einsetzen, geriet FNB ins Zentrum der Anti-Obdachlosen-Repression.

Für die von euch, die sich mit der Situation in San Franciso und den USA nicht so auskennen, hier ein paar Zahlen zu Armut und Obdachlosigkeit: Eine Studie der SF Food Bank, einer privaten Wohltätigkeitsorganisation, ergab, daß in San Francisco 90.000 Menschen (13 Prozent der Bevölkerung) jeden Monat von Hunger bedroht sind, und daß einer von acht Erwachsenen und eins von fünf Kindern in Armut leben. In bestimmten Nachbarschaften, besonders die mit vielen Afro-AmerikanerInnen, leben 25 Prozent in Armut. Nach offiziellen Schätzungen haben 15.000 Leute kein Dach über dem Kopf. Das ist wahrscheinlich weit untertrieben, weil diese Zahl von den Leuten ausgeht, die in die kirchlichen Suppenküchen und Obdachlosenasyle gehen, weil viele diese Dienste nie in Anspruch nehmen und "unsichtbar" bleiben. In San Francisco sind viele dieser Leute alleinerziehende Mütter, ImmigrantInnen und Menschen mit AIDS. Und anders als die Mythen besagen, die die lokalen Medien verbreiten, sind nicht alle Obdachlosen geisteskrank oder drogenabhängig. Das gilt für einige, aber die meisten sind normale Leute, die "durch das Netz gefallen sind". Das bedeutet, sie hatten Pech und es gibt keine sozialen Dienste, die sie auffangen und ihnen wieder auf die Beine helfen. Nach Angaben des Bread for the World Institutes hat von 1985 bis 1990 in den USA der Hunger um 50 Prozent zugenommen. Seit 1970 ist der Höchstsatz für eine Familie mit drei Kindern nach dem Program AFDC (Aid to Families with Dependent Children; Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern), einem der wichtigsten Sozialprogramme iun den USA, um 40 Prozent gesunken. Der durchschnittliche Satz von ADFC und Essensmarken zusammen liegt unter dem des ADFC allein im Jahre

1960. Es wird geschätzt, daß in San Francisco fast die gesamten Sozialeinkommen einer Famile für die Miete ausgegeben werden, so daß fast nichts für Essen, Kleidung, Gesundheitsversorgung, Transport und andere Notwendigkeiten übrig bleibt.

Jetzt plant der neue Kongreß unter dem Vorsitz von Newt Gingrich, die noch übriggebliebenen Dienste und Leistungen abzubauen. Nach einem Plan, den sie Contract with America nennen (Vertrag mit Amerika), sollen die meisten Sozialprogramme ganz eingestellt werden. Die ersten, die es trifft, sind alleinerziehende Mütter unter 19 Jahren. Sie wollen außerdem Abtreibungen verbieten und der Zwangseinweisung von Kindern in Heime, wenn die Eltern nicht für sie sorgen können. Contract for America will auch die Abschaffung des Essensmarken-Gesetzes von 1977, des Kinderernährungsgesetzes von 1966, des Schulspeisungsgesetzes von 1946, des Nahrungsmittelhilfegesetzes von 1983 und anderer Bundesgesetze, bei denen es um die Verhinderung von Hunger, insbesondere bei Kindern geht.

Warum wird das soziale Netz jetzt, am Ende des Kalten Krieges, weiter zerstört? Laßt uns zurückschauen. Unter Reagan wurden die Militärausgaben der größte Posten im Bundeshaushalt. Mehr als die Hälfte des Steueraufkommens wurde für das Militär aufgewendet und dieser Anteil blieb seitdem konstant. Heute ist die USA das einzige Land, daß sich auf die gleichzeitige Durchführung zweier großer Kriege vorbereitet - ohne die Hilfe der Alliierten. Die USA gibt derzeit mehr für "Verteidigung" aus als die ganze Welt zusammengenommen. Ein anderer Trend, der unter Reagan begann und unter Bush und jetzt Clinton weiterging, sind die Geschenke an große Unternehmen. Das Steuersystem wurde umstrukturiert, um die Mittelklasse stärker zu belasten und die Firmen und die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung zu entlasten. Unternehmen aller Größen wurden dereguliert, von Speditionen über Energieunternehmen bis zu Banken. Sie durften nun riskante Investitionen tätigen, die Gesundheits- und Sicherheitsstandards der ArbeiterInnen zurückschrauben und die Organisationsmöglichkeiten derselben einschränken. Das führte zu Fabrikstillegungen, mehr Entlassungen und Unfällen sowie Bankzusammenbrüchen. Während die mittleren Einkommen sogar während der "Clinton Erholung" (Clinton recovery) zurückgingen und Ende 1993 dreizehn Prozent unter dem Level von 1989 lagen, zahlt die Öffentlichkeit weiter für den Kollaps der Sparkassen (Savings and Loan), den Golfkrieg, Somalia, die Landwirtschaftssubventionen, die Beseitigung von Giftmüll - alles Leistungen für die Reichen.

Das Resultat waren härtere Zeiten für alle außer den Reichen, die nach Noam Chomsky (Z Maganzine, Januar 1995) "Blut gerochen" haben. Sie denken, daß sie die Weltbevölkerung an der Kehle gepackt haben und in der Lage sind, den gehaßten Sozialstaat für die allgemeine Bevölkerung einzuschränken und alles was, damit einhergeht, die Gesundheits- und Sicherheitsstandards, das Arbeitsrecht und die Menschenrechte ..." Währenddessen wollen die Mittel- und Unterklassen den Wandel hin zu besseren Lebensbedingungen. Was die Politiker anbieten - immer schnell beim Ausmachen von Möglichkeiten, die Massen zu beruhigen und dafür Wählerstimmen zu sammeln und gleichzeitig mit den großen Unternehmen im Austausch gegen finanzielle Mittel für ihre Wahlkampagnen zu kungeln - sind "große Aufräumaktionen" (big fixes)

und Sündenböcke. Diese Sündenböcke waren hauptsächlich ImmigrantInnen und die Armen. Politiker von der Rechten und Linken verlangen ein Vorgehen gegen beide Gruppen. Ich werde mich hier aber - sonst würde das hier auch zu lang - auf die Angriffe gegen die Armen konzentrieren.

Auf Bundesebene wurden diese Angriffe gegen die Armen als "Sozialreform" (welfare reform) verpackt, was heißen soll, daß es zu viele "Arme" gibt, die Vorteile aus dem System ziehen. Politiker der Rechten und Linken sprechen von "Wohlfahrtsköniginnen" (welfare queens) und anderen Gaunern, die sich mit der Sozialhilfe Cadillacs und Kaviar leisten, die nicht arbeiten, weil die Sozialhilfe zu hoch ist, die absichtlich mehr und mehr Kinder in die Welt setzen, um mehr Leistungen abzuziehen - alles lächerliche Vorwürfe. Jemand hat vorgeschlagen, diese Politiker zu zwingen, eine Woche mit einer durchschnittlichen Sozialhilfezahlung zu überleben. Trotzdem haben die WählerInnen diese Lügen gekauft und sehen die "Sozialreform" als wichtigste Maßnahme. 20 Prozent von ihnen glauben irrigerweise - Folge der Lügen und Mythen, die von Politikern und der Presse verbreitet werden - daß die Sozialausgaben den größten Posten im Bundeshaushalt stellen. In Wahrheit stellen die Sozialausgaben nur einen vernachlässigbaren Teil des Bundeshaushalts. Wenn wir uns das ganze Bild anschauen und alle Leistungen, die an AmerikanerInnen ausgezahlt werden, mit einbeziehen - einschließlich der Steuererleichterungen für die Mittel- und Oberklassen - bekommt eine Familie mit einem Einkommen von unter 10.000 Dollar im Jahr nur 60 Prozent dessen, was ein Haushalt mit einem Einkommen von über 100.000 Dollar im Jahr einsteckt (nach Angaben des Center for Popular Economics, Amherst). Die gesamten Zahlungen an die Armen machen zusammengenommen weniger aus, als die drei größten Steuererleichterungen für die Mittelklasse und die Wohlhabenden. Dies sind nur einige Beispiele. Andere Formen der Wohlfahrt für die Reichen sind die (steuerlich absetzbaren) "Geschäftsausgaben" wie Abendessen in eleganten Restaurants, private Sitzplätze bei der Oper oder Sportveranstaltungen und die Mitgliedschaft in exklusiven Klubs. Trotzdem scheint der ideologische Krieg von den Reichen gewonnen worden zu sein: die Wohlfahrt für die Reichen wird nicht diskutiert und gleichzeitig die Streichung der Sozialleistungen für die Armen in Angriff genommen.

Auf der lokalen Ebene, in San Francisco, hat der Krieg gegen die Armen unterschiedliche Formen angenommen, sowohl auf der Ebene von Wahlen als auch der von Regierungspolitik. Die unverschämteste und drakonischste Form ist das Matrix--Programm von Bürgermeister Jordan, das letztendlich Leute wegen ihrer Armut kriminalisiert. Unter Matrix streift ein Team von städtischen Angestellten (Polizei, Psychiatrie und Stadtreinigung) auf der Suche nach Obdachlosen durch die Stadt. Sie scheuchen diese auf, fragen sie aus, belästigen sie und versuchen ihnen irgendeinen Gesetzesverstoß nachzuweisen. Solche Gesetze gegen Obdachlose verbieten u.a.: das Schlafen auf der Straße oder im Auto, das Urinieren in der Öffentlichkeit (ohne Wohnung und Geld für Restaurants gibt es in San Francisco keinen Ort, wo du hingehen kannst - es gibt keine öffentlichen Toiletten in der Innenstadt), Besitz von Camping-Ausrüstung (Schlafsack, Eßbesteck). Wenn sie was nachweisen können, gibt

die Polizei ihren Opfern einen Strafzettel über 79 Dollar, was sie oder er meist nicht bezahlen kann, da sie arm sind und das Geld nicht haben. Dann wird ein Haftbefehl erlassen, und wenn das Matrix Team sie wieder erwischt, kommen sie in den Knast. Wenn sie keinen Gesetzesverstoß nachweisen können, versucht der Psychiatrieangestellte noch, den Obdachlosen nach dem 5150-Gesetz für geisteskrank zu erklären und in eine Anstalt einzuweisen. 5150 erlaubt jeder Person, eine andere Person auch gegen ihren Willen wegen "Geistesgestörtheit" einsperren zu lassen. Danach entsorgen dann die Angestellten der Stadtreinigung die Habseligkeiten des Obdachlosen. 1994 gab es über 62.000 solcher Matrix-Einsätze. (Das US-Justizministerium hat Matrix gerade für verfassungswidrig erklärt. Trotzdem wird es bis heute angewandt).

In anderen Regionen der USA wurde diese Art des Angriffs auf Arme aufgegriffen, während sich gleichzeitig die Lebensbedingungen für die Mehrheit der AmerikanerInnen verschlechtern. Immer mehr Leute finden sich entweder auf der Straße wieder oder sind betroffen, weil ihnen dadurch ihre eigene Verletzlichkeit vor Augen geführt wird. Wer will schon nach Geld angebettelt werden, wenn er oder sie nicht mal genug haben, um ihre eigenen Ausgaben zu decken? So werden nun mit öffentlicher Unterstützung in anderen Städten ähnliche Gesetze verabschiedet. Gesetze gegen das Rumsitzen oder Schlafen an öffentlichen Plätzen, gegen das Campen und Herumlungern. Mit diesen Gesetzen begannen auch verbale Attacken, die die Öffentlichkeit aufstacheln sollten, um sie dann zu beruhigen, und ihr zu versichern, daß die Regierung ja etwas dagegen tut. Gesetze gegen eine bestimmte Gruppe bestätigen den Haß, den manche Leute gegen diese Gruppe haben. Dieser Haß findet nun auf der Straße in einer wachsenden Zahl von tätlichen Angriffen gegen Arme ihren Ausdruck. Im Januar 1994 wurde ein Obdachloser in San Francisco angezündet, zwei andere mit Baseballschlägern zusammengeschlagen. Im Juli 1994 machte der Radiosprecher Emiliano Lamon vom KFI in Los Angeles den Vorschlag, Obdachlose auszurotten. Anrufer meldeten sich dann mit "Sieg Heil" und schlugen vor "jetzt Öfen zu bauen". Im Dezember 1994 erschoß die Parkpolizei dann gegenüber vom Weißen Haus Marcelino Corneil, einen Obdachlosen, der im Lafayette Park von Washington D.C. wohnte.

Auch die Angriffe auf Food not Bombs haben im letzten Jahr zugenommen und fanden nun auch in anderen Städten als San Francisco statt. Trotzdem tut sich San Francisco bei diesen Angriffen immer noch am meisten hervor. Eine Person, Robert Norse Kahn, wurde schon wegen des Verteilens von kostenlosem Essen verurteilt und bekam dafür 60 Tage Gefängnis. Die Anklagen gegen ungefähr 15 weitere Personen werden noch bearbeitet. Dabei geht es um Vergehen gegen richterliche Anordnungen, die das Verteilen von Essen verbieten, bis hin zum Kapitalverbrechen der Verschwörung. Aber der wichtigste Fall ist der von Keith McHenry, der zwei konstruierte Anklagen wegen schwerer Körperverletzung laufen hat. Wenn er verurteilt wird, bedeutet das zwei "Schläge" unter dem neuen kalifonischen Gesetz, das unter dem Namen "Drei Schläge und du bist draußen" bekannt geworden ist. Dieses Gesetz ist nach Baseball-Regeln benannt worden. Danach scheidet einE SpielerIn aus, wenn sie oder er dreimal am Ball "vorbeischlägt". Nach dem neuen kalifonischen Gesetz können Personen, die dreimal

verurteilt werden, lebenslänglich eingesperrt werden. Die ersten zwei Verurteilungen müssen wegen Verbrechen sein, also sowas wie Raub, schwere Körperverletzung, Vergewaltung oder Mord. Aber die letzte Verurteilung kann auch wegen bestimmter Vergehen sein (weniger schwere Anklagen). Es sind unter dem Drei-Schläge-Gesetz tatsächlich schon Leute im Knast, die eine Cola geklaut haben, d.h. sie haben lebenslänglich für dieses schreckliche Verbrechen. Für Keith McHenry heißt das, daß er im Falle seiner Verurteilung wegen der zwei Anklagen danach schon wegen Organisierung einer Demonstration, Verteilen von Flugblättern oder von Brötchen (bagel) einfahren kann, wenn ihm dabei wieder Verschwörung unterstellt wird, eine typische Anklage gegen FNB.

Bis jetzt sind vor allem Schwarze und Latinos unter dem Drei-Schläge-Gesetz verurteilt worden. Viele von ihnen wußten nichts von dem Gesetz und ihre vorherigen Verurteilungen stammen noch aus der Zeit, bevor das Gesetz beschlossen wurde. Kalifornien hat jetzt schon die größte Gefangenenzahl in den USA, wo mehr Leute einsperrt werden als in irgendeinem anderen Land der Welt. Die Gefangenenzahl in Kalifornien ist in den letzten zehn Jahren von 30.000 auf 300.000 gestiegen. Gegenwärtig werden zehn neue Knäste gebaut. Drei kalifornische Gefängnisse haben Hochsicherheitstrakte, in denen die Gefangenen isoliert, der Sinnesdeprivation (Entzug sinnlicher Reize) ausgesetzt und regelmäßig geschlagen werden. In einem Bericht der Fernsehsendung "60 minutes" über das berüchtigte Pelican Bay-Gefängnis in Kalifornien wurde der Fall eines schwarzen Gefangenen geschildert, der in eine Badewanne mit kochend heißem Wasser gesteckt wurde, bis seine Haut verbrannte. Die Wärter bürsteten ihn dann noch ab und sagten: "Macht ihn weiß!"

Wenn Keith McHenry verurteilt wird und dann unter das Drei-Schläge-Gesetz fällt, wäre das ein gefährlicher Präzedenzfall für alle, die sich gegen die Regierung wenden. Amnesty International und die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen untersuchen gegenwärtig die Angriffe auf FNB und Keith McHenry. AI hat die Stadt San Francisco informiert, daß sie Keith im Falle seiner Verurteilung als Gefangenen aus Gewissensgründen (prisoner of conscience) betreuen wird.

(Letzte Meldung: Das Gericht hat wohl einen Deal gemacht und Keith ist nicht wegen der zwei schweren Anklagen verurteilt worden).

Chiapas und die Krise der mexikanischen Landwirtschaft

v. Roger Burbach und Peter Rosset, Dezember 94

aus: Policy Brief Nr. 1, Herausgeber: Food First, Institute for Food and Development Policy

(...)

Chiapas

Der rückständige, verarmte und polarisierte Zustand der Landwirtschaft in Chiapas ist eine Hauptursache der Januarrebellion. Die Masse der Bevölkerung lebt vom Land, die meisten davon in tiefster Armut. 19% der ökonomisch aktiven Bevölkerung des Bundesstaates hat kein Geldeinkommen. Weitere 39% verdienen weniger als den Mindestlohn, der $3 pro Tag beträgt. Ungefähr drei Viertel der chiapanekischen Bevölkerung ist unterernährt, die Hälfte lebt in Häusern ohne richtigen Fußboden. 30% der Kinder gehen nicht in die Schule. Die offiziellen Statistiken behaupten, daß die Kindersterblichkeit bei 39 pro Tausend liegt, genauso hoch wie der nationale Durchschnitt. Aber eine kürzlich durchgeführte unabhängige Studie über Chiapas fand heraus, daß die meisten kindlichen Todesfälle in den Indiodörfern den Behörden nicht gemeldet werden, und daß die wirkliche Kindersterblichkeit 54,7 pro Tausend beträgt. Die Sterblichkeitsraten in allen Altersgruppen sind hoch, infolge Infektionen, Unterernährung, Anämie und vielen Krankheiten, die durch Impfungen zu vermeiden wären.

Diese verarmte Bevölkerung lebt in einem Bundesstaat, der einer der agrarisch entwickeltsten und produktivsten von Mexiko ist. Mit lediglich 3,8% der Landfläche von Mexiko und einem ähnlichen Bevölkerungsanteil ist Chiapas der größte Kaffeeproduzent, der drittgrößte bei der Maisproduktion (in manchen Jahren sogar der größte), der viertgrößte Rinderproduzent der 38 Bundesstaaten Mexikos. Auch bei Tabak, Bananen, Soja und Kakao ist Chiapas unter den drei größten.

Vordergründig kann man die Situation damit erklären, daß die großen Landbesitzer den Boden in Chiapas kontrollieren, während die Campesinos und Indios landlos sind oder bestenfalls Subsistenzwirtschaft betreiben. Dies wird widerlegt von der bemerkenswerten Tatsache, daß 54% des Landes von Chiapas im Besitz von sogenannten Ejidos oder Agrargemeinden mit kommunalem Landbesitz ist, beide werden sowohl von Campesinos als auch von Indios betrieben. Die Ejidos und Agrargemeinden, die beide als Ejidosektor bezeichnet werden, wurden als Ergebnis von Landverteilungsprogrammen gegründet, die von der mexikanischen Regierung ab Ende der 30er Jahre durchgeführt wurden. Das meiste Land im Ejidosektor wird von einzelnen Familien bebaut, wenig wird im Kollektiv betrieben.

Um zu verstehen, warum in Chiapas ein prosperierender kommerzieller Sektor Seite an Seite mit einem verarmten Kleinbauerntum existiert, muß man hinter die Statistiken sehen. Eine Studie der UN-Wirtschaftskommision für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), die auf Volkszählungsdaten von 1990 und 91 basiert, gibt uns einen Einblick in die innere Ökonomische Struktur der Ejidos und Agrargemeinden.

In Chiapas gibt es ungefähr 179.000 Produzenten im Ejidosektor, von denen 19.722, oder 11%, kommerziell lebensfähige Produzenten sind, die 90% ihrer Agrarproduktion vermarkten. Als anderes Extrem gibt es die Subsistenzbauern, die 31% des Ejidosektors ausmachen und über 27% des Bodens verfügen. Sie konsumieren das meiste, was sie erzeugen, vermarkten weniger als ein Drittel ihrer Produktion, ein Betrag, der es ihnen nicht ermöglicht, das Lebensnotwendige zu erwerben. (ECLAC 1994)

Die übrigen, 58% derjenigen im Ejidosektor, werden als "Mischwirtschafts"-Produzenten bezeichnet. Dies bedeutet, daß sie einen bedeutenden Anteil ihrer Produktion vermarkten. Aber die meisten dieser Produzenten schlagen sich bloß kümmerlich durch, sie verdienen ein jährliches Durchschnittseinkommen von $300 aus ihren Verkäufen. Die Marginalität dieses "Misch"-Sektors wird durch die Tatsache bekräftigt, daß über die Hälfte von ihnen Mais und Bohnen produziert, Grundnahrungsmittel für den Eigenbedarf oder den lokalen Markt. Diese beiden Feldfrüchte erzeugen ein sehr beschränktes Geldeinkommen. Für diese Produzenten ist Kaffee die wichtigste Geldquelle, eine Ware, die sich für Kleinanbau eignet.

Diejenigen an der Spitze des Ejidosektors, die kommerziellen Produzenten, verdanken ihren relativen Wohlstand nicht der Kontrolle über ausgedehnten Landbesitz, da sie nur ca. 15% des Ejidolandes bebauen, und 11% der Produzenten darstellen. Obwohl es keine spezifischen Zahlen für Chiapas betreffs Kapitalisierung und Investitionen in einzelnen Einheiten gibt, schreibt die ECLAC-Studie die Lebensfähigkeit der kommerziellen Produzenten deren besseren Zugang zu Bankkrediten und der Benutzung von Traktoren, Düngern und Pestiziden zu. Viele Produzenten beschäftigen Lohnarbeiter auf ihrem Land und vergrößern so ihre Produktivität. Sie haben auch Zugang zu bewässertem und fruchtbarerem Land.

(...)

Armut und die mexikanische Landwirtschaft

Um die Landwirtschaft in Chiapas völlig verstehen zu können, muß man einen Schritt zurückgehen und sich die Landwirtschaft in ganz Mexiko anschauen. Vielleicht hat Chiapas die am schlimmsten verelendete Indio- und Campesinobevölkerung, aber diese Misere ist nicht allzu verschieden vom Rest des Landes. Eine für die Weltbank erstellte Studie stellt fest: "Mexiko ist wahrscheinlich das beste Beispiel für ein bipolares Agrarsystem, mit einer kleinen Zahl mächtiger, hochkapitalisierter Unternehmen," und der großen Mehrheit, die elend ist.

Die mexikanische Landwirtschaft, sowohl landesweit, als auch in Chiapas, ist in der Krise. In den letzten Jahren hat Mexiko zwischen einem Fünftel und einem Drittel der Grundnahrungsmittel für den heimischen Verzehr importiert. Die erschreckende Unfähigkeit Mexikos, die eigene Bevölkerung zu versorgen, wurzelt in der Armut der ländlichen Gebiete. National beträgt die Campesino- und Indianerbevölkerung 24 Mill. Menschen, 30% aller Einwohner. Einer ECLAC-Studie von 89 zufolge, lebt etwas über die Hälfte der ländlichen Bevölkerung Mexikos unter der Armutsgrenze, 7 Millionen leben im absoluten Elend.

Eine kürzlich gemachte Studie über die mexikanische Armut enthüllte, daß 700.000 bis 900.000 der extrem Armen auf dem Lande landlos sind. Sogar von denen, die Land besitzen, sind 50% Kleinbauern, die gezwungen sind, nebenher arbeiten zu gehen, um überleben zu können.

Armut ist am verbreitetsten unter der ländlichen Indiobevölkerung, welche 40% der sehr Armen in Mexiko ausmacht, obwohl sie lediglich 8% der Bevölkerung stellt. Darüberhinaus ist Armut am ausgeprägtesten in Gebieten mit dem größten Indionanteil, besonders in den südlichen Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca, Puebla, Guerrero und der Halbinsel Yucatan.

Obwohl Mexiko einen modernen Exportsektor hat, ist es fraglich, ob dieser auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig ist, jetzt wo Mexiko sich GATT und NAFTA angeschlossen hat. Die mexikanischen Exporte von Obst und Gemüse sind in den 90er Jahren weitgehend stagniert. Nur wenige Experten erwarten, daß der mexikanische kommerzielle Sektor den US-Markt überfluten oder die kalifornischen Anbauer aus dem Geschäft treiben wird. Stattdessen fluten US-Tomaten, zusammen mit Trauben, Pfirsichen und Äpfeln von der US-amerikanischen Westküste südwärts und erobern die Mittelstandskonsumgütermärkte während der Sommermonate. Dazu konkurrieren Chile und Brasilien in vielen Bereichen des US-Marktes, in die auch Mexiko einzudringen hofft. (...)

Die mexikanische Landwirtschaft: Eine Fallstudie für Fehlschläge

Mexiko ist eine Fallstudie für Fehlschläge bezüglich der Reihe von Entwicklungsstrategien, die über die Jahrzehnte angewendet wurden. Der eigentliche Grund für diese Fehlschläge ist das Auseinandergehen zwischen der Regierungsverpflichtung zur Landverteilung und ihren Produktivitätszielen. In den 30er Jahren setzte Präsident Lazaro Cardenas Artikel 27 der Verfassung von 1917 in Kraft, indem viele der großen Landbesitzungen enteignet und zu Ejidos oder Agrargenossenschaften wurden. Zu Beginn der 40er Jahre fing die Regierung mit dem Bau ländlicher Infrastruktur an, z.B. Dämme, Bewässerungssysteme, Straßen und Elektrifizierungsprojekte, welche ein Klima schufen, das günstig für Privatinvestitionen in die Landwirtschaft war.

Fortgesetzt bis 1965, erschien diese Strategie einigermaßen erfolgreich zu sein und wurde sogar als "Mexikanisches Wunder" bezeichnet, da billige Lebensmittel in die Städte fluteten und dort die Industrialisierung förderten. Teilweise wegen der Übernahme der Technologien der Grünen Revolution und neuer Saatgutarten auf den großen kommerziellen, bewässerten Farmen wurde Mexiko 1963 ein Nettogetreideexporteur.

Dieser Agrarboom passierte vor allem in Nordmexiko, besonders in den Bundesstaaten Sonora und Sinaloa. Im größtem Teil von Südmexiko fand jedoch ein ganz anderer Entwicklungsprozess statt. In Chiapas kam die Agrarreform nur sehr träge an, und führte erst Ende der 30er, Anfang der 40er Jahre zur Auflösung vieler der alten Latifundien, die der Oligarchie jahrzehntelang als Rückgrat der Kontrolle über den Staat gedient hatten. Bis 1950 hatten Indiogemeinden in vielen der Hochlandsiedlungen die Kontrolle über mehr als die Hälfte des Bodens erlangt und Ejidos oder Agrargemeinden

gegründet.

Aber der beste Boden in Gebieten wie Ocosingo, dem Grijalvatal und Soconusco blieb unter der Kontrolle von reichen Farmern, Plantagenbesitzern und neureichen Viehzüchtern. Und sogar im Hochland gaben viele der alten Latifundienbesitzer nur das schlechteste Land an die Indiogemeinden. Wie vom Gesetz erlaubt, behielten sie das beste Land für sich (oft bis zu 3000 ha), einschließlich Maschinen, Gebäuden und Agrareinrichtungen. Einige Familiengüter waren in Wirklichkeit größer, als offiziell angegeben, da jedes Familienmitglied Landbesitz auf eigenen Namen hatte, und so das Gesetz umgangen wurde. Außerdem diente die Parzellierung der Oligarchie sogar zur Stabilisierung des Angebots an Landarbeitern: Die Indios konnten auf ihren Fleckchen nicht genug produzieren, und waren so gezwungen, ihr Einkommen durch Lohnarbeit auf dem nächstgelegenen Landgut aufzubessern.

In den Hochlandgebieten, wie auch im Rest des Staates, etablierte sich eine Kazikenschicht, einflußreiche lokale Machthaber, die sich an die herrschende PRI anlehnten, um die Bürokratie zu manipulieren und die lokale Politik zu ihren Vorteilen zu wenden. Die Kaziken waren gewöhnlich Mestizen oder Latinos, aber viele waren auch Indios. Einige wurden vom Staatsgouverneur zum Ortsvorsteher ernannt, andere konnten die Kontrolle über wichtige Einrichtungen erlangen, die zur Quelle ihrer lokalen Machtausübung wurden, und noch andere manipulierten die Kreditvergabe, den Handel, die Transporteinrichtungen, aus denen sie ihren Anteil im Tausch gegen "Hilfe" oder Schutz zogen. Die Kaziken trugen zum Wohlverhalten der Indios bei und sicherten so ein stabiles Arbeitskräftereservoir für die Agrarökonomie. Die Kaziken schmierten das Getriebe eines Systems, das immer noch die Reichen in Mexiko City, San Cristobal de las Casas und den von Ranchern und Geschäftsleuten dominierten Provinzstädten begünstigt.

Bis 1970 wurden die schreienden Ungleichheiten und Probleme dieses Agrarsystems nicht nur in Chiapas, sondern auch auf nationaler Ebene sichtbar. In ganz Mexiko wurden die Grundnahrungsmittel, wie Mais und Bohnen, durch modernisierte Viehproduktion und damit verbundene Futtermittel, wie Sorghum, ersetzt. Und die Grüne Revolution beim Weizen auf den großen kommerziellen Farmen des Nordens machte Platz für exportorientierten Obst- und Gemüseanbau. Grundnahrungsmittelproduktion, besonders bei Mais, wurde wieder eine Sache der Campesinos, auf dem ärmlichsten Boden, mit traditionellen Techniken und geringen Erträgen. Als Resultat wurde Mexiko in den frühen 70er Jahren ein bedeutender Importeur von Grundnahrungsmitteln.

Fehlstrategie für das Kleinbauerntum

Beginnend mit der Präsidentschaft von Luis Echeverria (1970-76) bis zum Einbruch der Krise 1982, wechselte die mexikanische Regierung wiederum die Gangart und investierte stark in die Landwirtschaft, einschließlich des Ejidosektors. Mehr Land wurde verteilt, einschließlich einiger modernisierter Besitzungen im Norden, und eine Vielzahl von Programmen wurde gestartet, zur Unterstützung der Armen und zur Entwicklung der

Ejidos und Agrargemeinden.

(...)

Nach mehr als einem Jahrzehnt beträchtlicher öffentlicher Investitionen und Subventionen endete auch diese staatliche Entwicklungsstrategie Anfang der 80er im Mißerfolg. Bestenfalls war "ein modernisierter Subsistenzsektor" entstanden, wie es einmal ein mexikanischer Student der Agrarwirtschaft formuliert hat. Der Ejidosektor und die Campesinos generell wurden zu Anhängseln des Staates. Sie wurden nicht befähigt, die Initiative von unten zu ergreifen.

Es gab reichlich Korruption, und große Investitionen verfehlten oftmals ihr Ziel, weil sie in einem Regierungsbüro in Mexiko City ausgebrütet worden waren, und die Campesinos oder Agrartechniker vor Ort wenig bis keinen Einfluß hatten.

Wieder illustriert Chiapas den Mißerfolg der mexikanischen Regierungspolitik. Der mexikanische Staat tätigte gewaltige Investitionen in den 70ern und die Wirtschaft boomte. Angeführt von der Landwirtschaft lag das jährliche Wachstum in Chiapas während des Jahrzehnts durchschnittlich bei 10,5%, sogar höher als der Nationale Durchschnitt. Viehzucht war die treibende Kraft hinter dem Umbau der Landwirtschaft. 1970 gab es in Chiapas 2 Mill. Stück Vieh, bis 1980 war die Zahl auf 3,8 Mill. gestiegen und erreichte 1983 vier Millionen. Exportgüter wie Bananen und Baumwolle wuchsen ebenfalls rapide, sie verdoppelten sich während des Jahrzehnts. 1970 erzeugte Chiapas 7,7% der mexikanischen Agrarproduktion, 1980 erreichte der Anteil 12,4%. In den 70ern ermutigten die mexikanische Regierung und die Weltbank die Ejidos und Campesinos in die Viehzucht einzusteigen, vor allem durch Kreditprogramme. Aber anstatt den kleinen Produzenten zu helfen, verstärkten diese Kredite tatsächlich die Macht der großen Viehbarone und beschleunigten den Prozeß der Kapitalakkumulation innerhalb der Viehindustrie. Sie ermutigten die Campesinos und Ejidarios sich auf den riskantesten Teil der Viehproduktion zu konzentrieren - die Zucht von Kälbern, die dann oft an die großen Rancher verkauft wurden, um dort extensiv auf Weideland gemästet zu werden. Die kleinen Kälberproduzenten erlitten bedeutende Verluste infolge Krankheiten, schlechten Hygieneeinrichtungen, unzureichender technischer Unterstützung und dem Fehlen von Zuchtverbesserungsprogrammen. Außerdem hatten die kleinen Kälberproduzenten beschränkte Märkte, oft waren sie gezwungen, ihre Kälber dem örtlichen Viehbaron zu von diesem diktierten Preisen zu verkaufen. Kein Wunder, daß Ende der 70er, angesichts schwerer Verluste und geringer Profite, viele Campesinos und Ejidos lieber ihr Land illegal an die großen Viehzüchter verpachteten und so den Prozeß der Landkonzentration beschleunigten.

(...)

Die Holländische Krankheit

Der Ausdruck "Holländische Krankheit" bezieht sich auf die ökonomischen Erschütterungen, die erfolgen, wenn Erdöl zur Haupteinnahmequelle einer Nationalökonomie wird. Die Holländische Krankheit traf die mexikanische Landwirtschaft mit besonderer Heftigkeit. Die massiven Staatsinvestitionen in die Landwirtschaft von 1970

bis 82 waren zum großen Teil durch den Ölboom in Mexiko abgesichert. Das Erdöleinkommen wurde zur Finanzierung vieler Agrarprojekte benutzt und große internationale Darlehen für andere Projekte wurden mit den angenommenen zukünftigen Ölverkäufen abgesichert. Der Kollaps der Öleinnahmen in den 80ern führte zur Beendigung der meisten Programme für dem Ejidosektor und zu einer neuen, tieferen Krise der mexikanischen Landwirtschaft.

Am Beispiel Chiapas zeigen sich die zerstörerischen Folgen des Ölbooms für Landwirtschaft und Campesinos. Der Nordosten Chiapas wurde einer der Hauptgebiete für die Entwicklung der mexikanischen Erdölindustrie. Erforschung und Bohrungen wurden von 1969 bis 71 durchgeführt und während der restlichen 70er boomte die Erdöl- und Erdgasproduktion. Das Aufkommen dieser Industrie veränderte das soziale und ökonomische Umfeld drastisch. Während Ingenieure, Manager und Facharbeiter von PEMEX (der regierungseigenen Erdölgesellschaft) von außerhalb in den Bundesstaat gebracht wurden, gingen tausende von chiapanekischen Campesinos in den Nordosten, um dort niedere Arbeiten bei Bau, Wartung und im Transport zu übernehmen. Die nordöstliche Erdölenklave wurde bald eine schwärende soziale Wunde im Bundesstaat Chiapas. Agrarland und -produktion wurden in dieser Gegend zerstört und die Campesinobevölkerung entwurzelt. Wie in den meisten Boomtowngegenden waren die Lebensbedingungen unter der Norm. Dramatische Zunahmen gab es bei Prostitution, Gewalt, Kriminalität und Alkoholismus. Es mangelte an Unterkünften und staatlichen Dienstleistungen, während die Preise für lebensnotwendige Waren in die Höhe schoßen, und eine Inflationsspirale in Gang setzten, die Auswirkungen auf den ganzen Bundesstaat hatte. (...)

Die zunehmende Orientierung der Landwirtschaft auf den internationalen Markt, zusammen mit dem Ansturm der Erdölindustrie in Chiapas, veränderte die Klassenbeziehungen innerhalb der Campesino- und Indiodörfer. Campesinos, die als Arbeiter auf den Erdölfeldern oder auf andere Art in der Boomperiode finanzielle Rücklagen gebildet hatten, begannen ihr kleines Kapital in Technologien der Grünen Revolution zu investieren. Dies führte bald zu ausgeprägten Klassenschichtungen, sogar innerhalb traditioneller Indiodörfer.

Eine Studie über die Indiogemeinde Zinacantan im Hochland, die dem UN Forschungsinstitut für soziale Entwicklung vorgelegt wurde, zeigt auf, wie viele Zinacantecos, die von den Erdölfeldern heimgekehrt waren, in Dünger und Herbizide für den Maisanbau investierten. Die Studie streicht heraus: "Vorher hatten die Zinacantecos Haushaltsmitglieder für eine arbeitsintensive Kultivierung eingesetzt, das bedeutete Vorteile für Ältere, die sich jüngere Verwandte unterordnen konnten. Heute kaufen und benutzen die Zinacantecos chemische Dünger und Unkrautsprays, ihr Anbau ist dadurch viel weniger arbeitsintensiv geworden. Die Vorteile liegen mehr bei denen, die kommerziellen Transport und Kapital kontrollieren. Die Landarbeit ist zunehmend eine Ware geworden, die man kauft und verkauft, sehr zum Vorteil einer Klasse jüngerer Männer, die neuen Reichtum - der vom Bau, Handel oder LKW-Fahren stammt - in den Landbau gebracht haben."

Neue Streikwelle in Frankreich

In zwei kurzen Briefen haben uns GenossInnen aus Frankreich über die neue Streikwelle dort geschrieben, die hier in der BRD fast perfekt aus allen Medien rausgehalten wird.

22.3.1995

»... Auch wenn wir die Streikwelle, die momentan den französischen sozialen Frieden erschüttert, mit der Vorwahlperiode und dem Gewerkschaftsgehabe zur Beeinflussung der KanditatInnen erklären können, auch wenn die Medien ein bestimmtes "gesellschaftliches Bild" von Frankreich liefern wollen, gibt es offensichtlich eine ganze Menge kleinerer und größerer Konflikte, die sich über ganz Frankreich ausbreiten.

Wenn Ihr die Bewegung auf Korsika außen vor laßt (fünf Wochen Generalstreik), die jetzt Erfolg hatte (die Regierung hat sich auf die Forderungen der ArbeiterInnen eingelassen), dann gab es allein in der letzten Woche folgende Aktionen:

- eintägiger Streik auf der Linie 9 der Pariser Metro
- Streiks bei Air Inter, zwei Tage in der Woche, mit Autobahnblockaden, werden fortgesetzt
- Streiks bei den Atomkraftwerken der staatlichen Elektrizitätswerke (EDF) und bei anderen Stromverteilungswerken (besonders im Westen und Südwesten mit Streikposten), werden fortgesetzt
- Streik gegen niedrige Löhne in der Chemiefabrik ICDM in der Nähe von Mulhouse
- Streik in den Kaligruben bei Mulhouse am 21.3., endete siegreich nach einem Tag
- Streiks in verschiedenen Postämtern in kleineren Provinzstädten gegen ihre vorgesehenen Schließungen, teilweise ohne Gewerkschaften
- 700 von 5200 Fahrstuhlbauer von OTIS streikten und demonstrierten in Courbevoie
- bei Astra Calvi (Speiseölherstellung) streiken jeden Freitag 180 von 400 ArbeiterInnen in Asniores

Am wichtigsten ist aber der Streik bei Renault:

Er begann vor einer Woche in verschiedenen Werken. Der Streik ist merkwürdig, denn die Streikenden sind nicht in der Mehrheit, und die Werke sind nicht alle gleich aktiv (z.B. passiert im Werk von Douai nichts), und es wird auch nicht kontinuierlich gestreikt... Die Gewerkschaften scheinen außen vor zu sein, und heute - als die Geschäftsleitung 4,5% Lohnerhöhung angeboten hat - haben die Gewerkschaften Angst vor der Unzufriedenheit der einfachen Arbeiter. Insgesamt scheinen sie zu einer Politik, die die Arbeiter befriedet, unfähig zu sein.

Wir können einige Punkte herausholen:

- Der Streik wird von jungen, qualifizierten Arbeitern (23-28 Jahre) initiiert und

geleitet, die zwei bis drei Jahre bei Renault sind
- Es klafft ein großes Loch zwischen diesen wütenden Jungs und den 40-50jährigen Arbeitern, hauptsächlich Immigranten wie in Flins, die der Gewerkschaft hinterherlaufen
- Der Streik ist wegen Lohnforderungen losgegangen, aber die Unzufriedenheit geht um mehr
- Sogar einige Vorarbeiter und welche mit Führungspositionen unterstützen die Streiks
- Niemand weiß, wie der Streik morgen weitergehen wird...
Wir kennen glücklicherweise jemanden, der seit letztem Montag in Flins in der Fabrik ist, und zwar in der Polsterei. Er erzählte uns, daß die Stimmung sehr gut sei, daß die Jungs aus der Polsterei und die Mechaniker (im Moment die "Avantgarde") ein Streikkomitee unabhängig von den Gewerkschaften gewählt haben und daß sie den Streik nicht abbrechen wollten. Aber man muß mit dieser Beurteilung aufpassen, weil die Arbeiter in Flins wenig Erfahrung haben <wie in Bourogne, (s. Artikel über den Streik bei GEC-Alsthom im Zirkular 10 und in wildcat 64/65> und nicht daran glauben, daß die Dinge sich auch zurückentwickeln können. Es gibt keine Verbindungen zwischen den verschiedenen Renault-Werken, und z.B. in Choisy (im Süden von Paris) wurden 9 Arbeiter aus den Streikposten vor einigen Tagen rausgeschmissen wegen "des Versuchs, den Lieferverkehr zu behindern", und bisher gibt es, soweit wir wissen, keine Reaktion ...«

24.3.95:
»Der Streik ist an einem Wendepunkt: am Dienstag, 28. März, werden Vollversammlungen in allen Renault-Fabriken sein, um zu entscheiden, wie es weitergehen kann. Wir können sehen, daß die Arbeiter langsam des Streikens müde werden, oder genauer, daß die kämpferischsten Streikenden sich darüber klar werden, daß sie in allen Fabriken eine Minderheit sind. Der Streik ist sehr populär in dem Sinn, daß alle mit seinem Ziel übereinstimmen (mehr Geld, mehr Würde), sogar Vorarbeiter und einige mit Führungspositionen, aber nur eine Minderheit ist seit Beginn des Streiks (vor zwei Wochen) hart dabei und wird langsam vom Geldmangel kaputtgemacht: Eine solche Situation kann zur Verzweiflung führen.
Die Geschäftsleitung spielt nach ihrem Mißgriff, mit dem sie zu dem Streik eingeladen hatte (Anmerkung der Übersetzerin: damit meinen die GenossInnen wahrscheinlich das erste Lohnangebot von 1% während der Tarifverhandlungen), jetzt eine sehr intelligente Rolle: Überall die Dinge so laufen lassen, wie sie laufen, außer in der einen Fabrik, wo die Streikenden eine kleine Minderheit sind, in Choisy, im Süden von Paris, wo sie vor allem begonnen hatten, die Produktion mit Streikposten an den Toren anzuhalten. Wegen der nicht nur in Choisy sondern in allen Renault-Fabriken berühmten "just-in-time-Produktion" hat die Geschäftsleitung am 20.3. in Choisy neun der Arbeiteraktivisten, die an den Streikposten an den

Toren beteiligt waren, rausgeschmissen und die Gewerkschaften ein Papier unterschreiben lassen, in dem sie sich verpflichten, den "heiligen" Strom der Waren nicht anzugreifen. In Douai, Le Mans und Sandouville hat die Geschäftsleitung die Arbeiter durch die Schließung der Fabrik ausgesperrt, weil "kein Rohmaterial da ist", das an anderen Stellen durch den Streik blockiert wird.
Die Geschäftsleitung bot 4,7% Prozent Lohnerhöhung anstatt wie am Anfang 2,5 Prozent an (ein schneller Sieg), will die Streiktage aber nicht bezahlen.
Was uns beeindruckt hat ist die Tatsache, daß die Gewerkschaften nicht so aktiv sind wie z.B. bei GEC-Alsthom, um den Arbeitern etwas entgegenzusetzen: Sie lassen die Dinge einfach so laufen, ohne der Selbsttätigkeit der Arbeiter etwas entgegenzusetzen, außer in Lardy und Rueil, wo sie den Streik führen und ihre übliche dubiose Rolle spielen.

Zur Situation in Flins
Unser Bekannter (s.o.) war drei Tage lang in der Fabrik und hatte eine Menge interessanter Diskussionen mit den Arbeitern. Hier ein kurzer Bericht:
- Der Streik ging außerhalb der Gewerkschaften los.
- Es beteiligen sich nur 40% der Arbeiter, aber die anderen sympathisieren und streiken auch ab und zu für 2 oder 4 Stunden am Tag.
- Es gibt ein Komitee aller Gewerkschaften (sogar die CGC, die Gewerkschaft der höheren Angestellten, ist dabei), das mit der Geschäftsleitung diskutiert.
- Es gibt vier Arbeiterkomitees (in der Polsterei, bei den Mechanikern und zwei an den Montagebändern), die die Mehrheit der Arbeiter in ihrer Abteilung zusammenbringen, wo über 50% den Streik aktiv unterstützen. Diese vier Streikkomittes bringen täglich ein Flugblatt raus und werden von Lutte Ouvrière, aber auch von nicht-organisierten Arbeitern angeführt.
- Die allgemeine Stimmung hat sich verändert: die jungen Arbeiter hören langsam auf zu streiken, aus verschiedenen Gründen: Sie sind sich darüber klar geworden, daß der Streik eine Minderheitsaktion ist, sie haben kein Geld mehr, und sie sehen die fehlende Koordination zwischen den verschiedenen Fabriken als Problem. Vor allem aber sind sie nicht in der Lage, sich selbst mit eigenen Zielen zu organisieren. Die "alten" eingewanderten Arbeiter werden jetzt aktiver und verzweifelter ("Wir haben nichts zu verlieren"), aber auch sie sind unfähig, sich selbst zu organisieren.

Dieser Streik ist sehr wichtig, zeigt aber unbarmherzig, daß heutzutage das große Problem der Arbeiter nicht der Wille zum Kampf ist, sondern wofür und wie sie kämpfen.
Wir haben ein Flugblatt geschrieben, daß wir vermutlich nächste Woche verteilen. Darin ziehen wir eine Bilanz der Kämpfe und schlagen den "bewußtesten" Arbeitern einige Überlegungen vor.«

"Brief-Berge, aber keiner trägt sie aus"

(BZ-Schlagzeile vom 13.3.)

"Es tut sich einiges beim Postamt. Um die Weichen für eine positive Zukunft zu stellen, müssen in nächster Zeit wichtige organisatiorische Schritte getan werden. Nur wenn wir mit großer Energie auf die neuen Aufgaben zugehen, können wir den Anforderungen an die 'Neue Post' gerecht werden. Ich bin fest davon überzeugt: gemeinsam schaffen wir es!" (Klaus Zumwinkel, Vorstandsvorsitzender der POST AG)

Diesen Text bekamen PostarbeiterInnen in Berlin Mitte Februar mit einer Briefmarke ("Miteinander leben!") ausgehändigt. Da zeichnete sich schon ab, daß die laufende Umstrukturierung hier nicht ohne Streß mit den ArbeiterInnen durchgeführt werden konnte. Nach dem auf die Schnelle für den Städtebericht Berlin geschriebenen Artikel zur Post (ZIRKULAR 13, S.18) will ich nochmal genauer auf die Auseinandersetzungen bei der Post in Berlin eingehen.

Wer's nochmal nachlesen will: in der WILDCAT 62 (S.16ff.) stand ein Artikel von einer Postarbeiterin zu den Folgen der Postreform I (Bildung der drei Postunternehmen Telekom, Postdienst und Postbank 1989) für den Brief-, Fracht- und Schalterdienst (die sogenannte "gelbe Post"). Schon damals (Sommer 1993) ließ sich absehen, daß die Postreform in erster Linie ein Angriff auf die ArbeiterInnen ist. Die angekündigten Maßnahmen zur "Verschlankung" der Post sind seitdem weiter vorbereitet und zum Teil schon durchgeführt worden: z.B. die Rationalisierung im Frachtdienst durch die Einführung von Frachtzentren, im Briefdienst durch neue Briefverteilungszentren, Auslagerung einzelner Bereiche durch Gründung von Tochterunternehmen (z.B. Kurierdienst EMS). Die Postreform II, die Überführung der in der ersten Reform gebildeten Unternehmen Telekom, Postbank und Postdienst in Aktiengesellschaften, ist am 1.1.95 realisiert worden. Bei der Umstrukturierung gibt es allerdings regionale Unterschiede. So sind zum Beispiel in Ostdeutschland viele Reformen schon vor ein oder zwei Jahren durchgeführt worden. Dort stand mit der Anpassung an die Weststrukturen sowieso eine Umgestaltung an. Westberlin dagegen hinkt kräftig hinterher.

Die Reformen sind insgesamt noch nicht abgeschlossen und werden weiter nach und nach durchgeführt. Diese vorsichtige Strategie ist notwendig, um die ArbeiterInnen nicht allzusehr zu provozieren. Das hat auch funktioniert: die ArbeiterInnen haben die Reformen der letzten Jahre weitgehend hingenommen. Kämpfe beschränkten sich weitgehend auf individuelle Formen (Krankmachen). Der Streik vom Sommer 1994 blieb auf die eng gesteckten Ziele beschränkt (Sicherung einiger sozialer Garantien, die durch die Privatisierung wegfallen sollten). Die Privatisierung und Rationalisierung wurde kaum in Frage gestellt. Die Argumentation mit der "Konkurrenz" durch die Privaten (UPS, DPD, usw.), die notwendige Steigerung der Konkurrenzfähigkeit

und andernfalls drohende Entlassungen hat bei vielen PostarbeiterInnen gegriffen. Die Verschärfung der Arbeitsbedingungen, Intensivierung der Arbeit, Entlassung von Teilzeitkräften und den "Alten", all das hat bisher zu keinen größeren Kämpfen geführt. (Ist ja nicht nur bei der Post so!)

In Berlin ergaben sich in den letzten Monaten zwei Brennpunkte der Auseinandersetzung um die Rationalisierungen.

Zum einen sollen in ganz Berlin die Schalterstunden begrenzt werden, da eine Untersuchung ergeben hatte, daß die Kundschaft auf den Postämtern erheblich zurückgegangen ist. Morgens soll erst um 9 Uhr aufgemacht, mittags nochmal zu gemacht werden (Anpassung an die Öffnungszeiten der meisten Banken). So sollen für ganz Berlin 420 Schalterstellen gestrichen werden können (für den Bezirk Berlin-Pankow z.B. 60 von 150). Das bedeutet aber, daß nun die verbleibenden Schalterkräfte in der verbleibenden Öffnungszeit wesentlich mehr Arbeit haben. Die "Eingesparten" sollen übrigens in anderen Bereichen eingesetzt werden (Zustellung). Akzeptieren sie das nicht (weil sie nicht wollen oder können (Alter, Behinderung)), fliegen sie wohl raus (wie auch ein Teil der BriefverteilerInnen in den Postämtern, da die Briefverteilung nun auch in Berlin in Briefverteilungszentren verlegt wird).

Zum anderen ergab sich eine Auseinandersetzung um die Einführung neuer Zustellbezirke in Westberlin. In Ostberlin waren die Zustellbezirke schon vor zwei Jahren vergrößert und somit viele ZustellerInnen eingespart worden. Auch damals hatte es erhebliche "Umstellungsprobleme" gegeben. Die ZustellerInnen sollten längere Touren laufen (mit mehr Haushalten) bzw. diese nun mit Fahrrädern erledigen. Zulässiges Gewicht bei Fahrrädern ist 30 Kilo, bei Handwagen 60 Kilo. Somit muß die ZustellerIn also öfters wieder zurück zum Postamt "nachladen". Auch in den Innenstadtbezirken wurden die gelaufenen Touren länger. Da nicht die ganze Post gleich mitgenommen werden kann, wurden Hunderte von Postkästen aufgestellt, wo die ZustellerInnen vorher gepackte Taschen "nachladen". Für die einzelne ZustellerIn ergibt sich aus der Arbeitszeitregelung ein Dilemma. Sie muß täglich alle Post für ihren Bezirk austragen, ob das nun 4 oder 8 Stunden dauert. Überstunden werden dann in Freizeit abgegolten (wenn das vom Postaufkommen her geht) oder bezahlt. Wer früh fertig ist, geht nach Hause. Die ZustellerInnen versuchen jetzt die längeren Touren mit schnellerer Arbeit auszugleichen, da sie natürlich nicht länger arbeiten wollen. So flitzen sie also über ihre Touren und machen sich fertig, damit sie früh zuhause sind. Bummeln und Liegenlassen ist schlecht, weil das dann am nächsten Tag immer noch daliegt. Da es kaum kollektive Kämpfe gibt, versucht jede das individuell zu lösen. Also schnell arbeiten oder krankmachen.

In Westberlin wurden seit Dezember neue Zustellbezirke eingeführt. Bis Ende März sollen hier 238 von 1887 Zustellbezirken und 315 von 2500 ZustellerInnen eingespart werden (in Ostberlin steht ebenfalls eine weitere Verringerung der Bezirke

und der etwa 1000 ZustellerInnen an). Auch hier führte das zu erheblichen Engpässen. Die Verlängerung der Touren und die Reduzierung der ZustellerInnen führte zu erheblicher Mehrarbeit. In manchen Bezirken hat jede ZustellerIn zwei Überstunden täglich. Sie reagierten mit Krankmachen. In einigen Bezirken ist der Krankenstand erheblich gestiegen: Spitzenreiter ist Wedding: am 15.3. sind dort 70 von 140 ZustellerInnen krank. Durch den Krankenstand nahmen die Probleme bei der Zustellung noch zu. (In Westberlin liegt der durchschnittliche Krankenstand nach Angaben der Berliner Zeitung vom 15.3. bei 14%, in Ostberlin bei 9%).

In den Medien tauchte das Thema erstmal unter "empörte Kunden" auf. Die beklagten sich, daß sie keine Post mehr kriegten und die Samstagszeitung erst dienstags usw. (BZ am 13.3.: "Post-Chaos", "Brief-Berge", "Postfreie Zone"). Die Postleitung begegnete der Aufregung mit Hinweis auf die Übergangssituation. Mit StudentInnen und Befristeten wolle sie die die Engpässe überbrücken. Sie verwies aber auch auf den Krankenstand, was dazu führte, daß in einigen Zeitungen dann auch was über die Arbeitsbedingungen stand. Am 18.3. erzählte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von der Post-Wedding in der Berliner Zeitung auf die Frage, ob die ZustellerInnen "aus Protest krank geworden" sind: "Es gibt keinen Beschluß, daß jetzt alle krank machen. Laut darüber nachgedacht, ob die Post dann vielleicht zu einer erneuten Bemessung (der Zustellbezirke) bereit wäre, wurde schon". Mittlerweile, am 15.3., hatte die Postleitung den ZustellerInnen in den Bezirken mit besonders hohem Krankenstand (Wedding, Lichterfelde) eine Prämie von 1000 DM versprochen: für alle, die bis Ostern ohne Krankmachen durcharbeiten und die, die sich jetzt wieder gesundschreiben und das schaffen (übrigens scheint das so ein Versuchsballon zu sein: vielleicht wird in Zukunft tatsächlich ein Lohnteil an den Krankenstand gebunden!). ZustellerInnen, die andere Touren noch mit übernehmen, sollen 20 DM die Stunde bekommen (statt bisher 16 DM). Außerdem kündigte die Postleitung an, gegen "erkennbare Fälle von Arbeitsverweigerung" vorzugehen. Reaktion: zwei Tage später, am 17.3., waren im Wedding 76 von 140 krankgeschrieben, also nochmal sechs mehr (Schlagzeile Berliner Kurier vom 17.3.: Trotz 1000-Mark-Prämie: Postler wurden nicht gesund). Außerdem gab es Streß, weil ZustellerInnen in anderen Bezirken, die ebenfalls nun viel länger oder intensiver arbeiten müssen, ebenfalls die 1000-DM-Prämie wollen. (Der Berliner Kurier vom 17.3. zitierte empörte ZustellerInnen, die sich über die "Belohnung" des Krankmachens aufregten; ein Ostberliner Zusteller meinte, ihnen stünden die 1000 DM doch eher zu, weil sie nur 82% des Westlohns bekommen - übrigens Angleichung auf 100% bis 31.3.96).

Postleitung und Gewerkschaften verhandeln seit Montag (20.3.). Die Post bot an, die Einrichtung von Fahrradbezirken noch einmal zu überdenken, aber erst, wenn der Krankenstand zurückgegangen ist. Die Gewerkschaften (Postverband und Postgewerkschaft) forderten die Einstellung von 300 neuen ZustellerInnen. Sie

stellen die Postreform und die Anpassung an die Privatwirtschaft natürlich nicht in Frage.

Bei meinen Gesprächen mit den "KollegInnen" im Osten waren die Reaktionen auf die Auseinandersetzungen im Westen gespalten. Zum einen gibt es weiter diese Teilung in "wir aus dem Osten" und "die da im Westen". (Tatsächlich sind einige der Frauen nach eigenen Aussagen erst zweimal im Westen (Westberlin) gewesen: "Was solln wir denn da?"). Sie weisen auf die besseren Bedingungen und höheren Löhne bei der Westpost hin ("Denen gehts doch besser als uns"). Außerdem "arbeiten wir ja besser". Zum anderen erkennen dieselben ZustellerInnen aber auch den Angriff von der Postleitung. Die Betriebsrätin, die gerade alle paar Tage reinkommt, wird zwar wegen rechtlicher Fragen in Anspruch genommen, aber sonst belächelt, weil sie immer beschwichtigt und abwiegelt ("Habt doch nicht immer solche Angst"). Die Erfahrungen der ZustellerInnen in den letzten Jahren waren aber die, daß die Bedingungen immer schlechter geworden und etliche Leute rausgeflogen sind oder durch die Verschärfung der Bedingungen rausgedrängt wurden. Die da im Osten in der Zustellung noch arbeiten, sind gewissermaßen die Übriggebliebenen, die keinen anderen Job kriegen können (Alter, keine Ausbildung usw.) und deswegen die schlechten Arbeitsbedingungen ertragen. Die Jüngeren, oft sowieso nur befristet eingestellt, hören schnell wieder auf. Kein Wunder bei 1500 netto und 6-Tage-Woche.

Die Potemkinsche Gruppenarbeit

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Gruppenarbeit ist megaout. Da wo es Gruppenarbeit gibt, haben die Leute schnell gemerkt, daß die Arbeit nicht lustiger, sondern stressiger wird. Und da, wo sie erst eingeführt werden soll, sind alle schon gewarnt und haben von vornherein keinen Bock. Wie zu erwarten war, steigen Unmut, Krankenstände und Konfliktualität. (Daß Wirtschaftsaufschwung angesagt ist, paßt natürlich gut.) Die Ideologen der Gegenseite geben es offen zu, sogar der SPIEGEL, der einen "Trend" immer als Letzter merkt. Und plötzlich stellen alle fest: die Gruppenarbeit gibts eigentlich gar nicht.

Aus dem MANAGER MAGAZIN 12/94: » ... In der Praxis steht die Gruppenarbeit ganz am Anfang. Wie eine bislang unveröffentlichte Studie der Universität Mannheim belegt, hat noch nicht einmal ein Drittel der 100 größten deutschen Unternehmen Gruppenarbeit eingeführt, kaum mehr als vor fünf Jahren. Die Wirklichkeit ist aber noch viel ernüchternder, als es die Zahlen vermuten lassen. Viele Firmen, die in der Mannheimer Statistik auftauchen, haben bislang erst Pilotprojekte gestartet. Von flächendeckender Gruppenarbeit kann keine Rede sein. Was unter dem Etikett Gruppenarbeit daherkomme, verdiene überdies oft den Namen nicht, sagt Walter Bungard, der sich als Organisationspsychologe seit Jahren mit dem Thema befaßt. "Die Hälfte der Konzepte ist Augenwischerei", schätzt der Professor vorsichtig. "Da wird dann fünf Leuten am Band erfolgreich eingeredet, daß das, was sie machen, ab sofort Gruppenarbeit sei. In Wahrheit ändert sich jedoch nichts." ... Nicht einmal in der Automobilindustrie, die weltweit als Vorreiter bei der Schaffung neuer Strukturen gilt, hat sich die Gruppenarbeit bislang durchgesetzt. Jüngste Berechnungen der IG-Metall-Zentrale in Frankfurt gehen von einem Anteil "deutlich unter 20%" aus. ... Beispiele für die "Scheinpartizipation", ... , gibt es reichlich: Selbst das neue Opel-Werk im thüringischen Eisenach, Vorzeigeobjekt des Rüsselsheimer Automobilunternehmens, zählt dazu. Ein "Potemkinsches Dorf", wie ein Produktionsexperte meint, eine Stätte "neudeutschen Toyotismus". ... «

Ein putziges Beispiel Potemkinscher Gruppenarbeit habe ich bei SIMFLEX, Tochterfirma von CFW (s. Zirkular Nr.4), erlebt. Der Abteilungsmeister beim Vorstellungsgespräch: "Ich werde Sie jetzt Ihrem Vorarbeiter vorstellen. Ach, das heißt ja jetzt Gruppenführer." Die Geschäftsleitung würde tausend Eide schwören, daß selbstverständlich Gruppenarbeit eingeführt ist und Total Quality Management gleich mit. Es gibt ja im Foyer extra eine Ecke dafür, wo auf Plakaten der allseitige Nutzen des TQM dargestellt wird, Kundenzufriedenheit und Wettbewerbsfähigkeit und blablabla. Und hängen am Schwarzen Brett nicht hübsche bunte Statistiken über die Produktivität der einzelnen Gruppen? Und das ist auch alles, was von den liebsten Schlagworten der Unternehmensberater den Sprung in die Realität überlebt

hat - der Rest ist sozusagen virtuell.

Die ehemaligen VorarbeiterInnen, jetzt GruppenführerInnen, haben dieselbe Funktion wie bisher; die Meister sind (zum Glück) so faul und inkompetent, wie seit jeher (Aufgabenschwerpunkte: Urlaubsbewilligung und Kaffeetrinken); das Verhältnis der Leute zur Arbeit ist so gleichgültig, wie man es angesichts der saublöden Maloche (Frauenelektronikbetrieb) erwarten kann.

Angeblich gab es Qualitätsprobleme, bis zu 40 % Ausschuß. Keine Ahnung, ob das für dieses Produkt (Leiterplatten) viel ist. Bei Produktions- oder Qualitätsproblemen wurden nicht die ominösen Gruppen herangezogen, sondern eine Projektgruppe aus Betriebstechnikern und Ingenieuren gebildet. Das ist so was ähnliches wie die GROWTTH-Teams bei der Mutterfirma. Die ProduktionsarbeiterInnen wurden nicht zu Rate gezogen, wer die Vorgesetzten auf ein Produktionsproblem anspricht, wird abgewimmelt und läßt es halt das nächste Mal bleiben.

Um die "Probleme in den Griff zu kriegen", wurden die Arbeitsabläufe stärker formalisiert: detailliertere Arbeitsanweisungen, Ausschußprotokolle, jeder Scheißdreck mußte schriftlich festgehalten werden. Das bedeutete, daß besser festgestellt werden konnte, wer welchen Ausschuß gebaut hatte. Diszipliniert wurde dann durch die üblichen Vorladungen ins Meisterbüro, Frauen sind offensichtlich recht anfällig gegen Anschisse von oben. Mit der Gruppenarbeitspropaganda von Selbstverantwortung hat das natürlich kein Stück zu tun.

Ich war als Produktionsarbeiterin eingestellt worden, habe aber für meinen Facharbeiterbrief fast drei DM Zulage/Stunde bekommen (fast 22DM/Std./kein Akkord - nicht schlecht). In letzter Zeit waren auch einige JungfacharbeiterInnen vom Mutterbetrieb übernommen worden. Ich habe deshalb gedacht, daß über Facharbeitereinsatz doch noch so was wie "Gruppenarbeit" angeleiert werden soll, also durch Leute, die sich mehr kümmern, die stärker auf ordentliches Arbeiten konditioniert sind, die auch mal selbst was ausprobieren. Keineswegs. Meine Arbeit unterschied sich nicht von der der anderen, ich habe meine Lohnzulage völlig umsonst bekommen. Wenn es Störungen gab, habe ich den Betriebstechniker geholt, der hat Elektriker und Schlosser gerufen und ich bin Kaffeetrinken gegangen. Folgerichtig wurde ich nach meiner Kündigung durch eine angelernte Arbeiterin ersetzt.

Der Job war öde, die Leute irgendwie langweilig und hübsche junge Männer gabs auch nicht. Deshalb hab ich mir bald einen neuen Job in einer Metallfabrik gesucht. Da hießen die Gruppen "Fertigungsinseln". Aber davon erzähl ich ein anderes Mal.

s., Ma/Lu

Anläßlich des bundesweiten "Tag des Recycling" hier ein weiterer Beitrag aus unserer beliebten Reihe "Das privilegierte Metropolenproletariat und sein korruptes Luxusleben":

Auf der Müllhalde nach Verwertbarem stochern

Nein, hier ist nicht die Rede von Neuer Armut in Moskau. Es geht um einen Sortier- und Recyclingbetrieb des Dualen Systems in Worms.

Der Betrieb heißt Jakob Becker KG und ist ein überregional tätiges Unternehmen für alles, was mit Müll zusammenhängt: von der Sondermüllbeseitigung über die Absaugung von Scheiße aus Klärgruben, Kanalreinigung bis hin zur Akten- und Datenvernichtung. Sie haben ca. 20 Betriebe, v.a. im Osten der BRD, je einen in der Slowakei, in Polen und in Ungarn. Letztere möglicherweise aber nicht nur für die "Wertstoffe". Ur-Großvater Becker war schon vor 80 Jahren mit dem Pferdefuhrwerk unterwegs und hat eben auch Scheiße beseitigt und Lumpen gesammelt. Inzwischen ist alles etwas moderner geworden. Der Laden boomt, v.a. seit der Einführung der Mülltrennung im Gelben Sack, der Grünen/braunen/gelben Tonne, seit Erlaß der "Verpackungsmittelverordnung" von 1991 (des Grünen Punktes) und seit Beginn des Dualen Systems Deutschlands. Im Juni 95 tritt die zweite Stufe der Verpackungsmittelverordnung in Kraft, die den Wiederverwertungsanteil z. B. von Kunststoffen von 9% 1993 auf 64% (!) erhöhen soll. Offiziell behauptet das Duale System Deutschland GmbH, daß 1992 nur 40.000 Tonnen gebrauchte Kunststoffverpackungen "recyclet" wurden und es heute ca. 10 mal soviel sei. Wer will sowas überprüfen. Sie behaupten z.B. auch, daß von '91 bis '93 der gesamte Packmittelverbrauch um 1 Million Tonnen zurückgegangen sei. Aber wer will wissen, inwieweit dies nicht auch ein Resultat davon ist, daß in der Krise eben weniger gekauft wurde, also ein Erfolg kapitalistischer Ökologie ganz spezieller Art. Wer will wissen, wieviel wirklich recyclet wird: 2/3 der deutschen Kunstoffabfälle werden im Ausland "verwertet", davon 42% in China.

Jakob Becker in Worms ist eine von ca. 300 Sortieranlagen- und Recyclinganlagen allein für Leichtkunststoffe bundesweit, von denen derzeit viele gewaltig ausgebaut werden wie z.B. diejenige von Becker in Mehingen. Die Recyclinganlagen gibt es in vielen Formen. Bei Becker in Worms sind es einige eher mickrige Extrudiermaschinchen, ein ganz krasses "Downcycling", sogenanntes werkstoffliches Recycling. Dieses System wird in der BRD '95 ca. 300.000 Tonnen recyclen., gegenüber 185.000 Tonnen im zweiten System, dem sogenannten rohstofflichen Recycling: Bei Klöckner in Bremen werden die Kunststoffe innerhalb der Stahlproduktion im Hochofen verwertet. Bei der BASF in Ludwigshafen entsteht gerade eine Anlage, die den Müll "crackt" und in die Grundrohstoffe zurückverwandelt. Weitere technologisch führende Anlagen sind die Kohle-Öl-Anlage Bottrop GmbH, das Sekundärrhstoffverwertungszentrum Schwarze Pumpe GmbH, die Rheinbraun AG, RWE. Das rohstoffliche Recycling gewinnt gegenüber dem werkstofflichen an Bedeutung,

weil es etwas billiger ist und weil die Recyclate besser sind, angeblich "so gut wie neu". Aber auch das rohstoffliche Recycling setzt den Sortierprozeß vorraus. Insgesamt entsteht gerade eine zunehmende Konkurrenz um den Sekundärrohstoff Kunststoff.

Technisch sieht die Sortieranlage in Worms so aus: eine Halle schätzungsweise wie ein Fußballfeld. Vorne werden die Gelben Säcke angeliefert. Dann beginnt ein sehr langes Band. (Eigentlich beginnt das "Band" ja schon viel früher, nämlich bei dir zuhause, wo Du deinen Hausmüll sortierst oder auch nicht, und damit sozusagen ehrenamtlicher, sogar zahlender Mitarbeiter z.B. der Becker KG bist. Wie du diesen Job machst, hat ganz erheblichen Einfluß auf den Produktionsprozeß im Sortierunternehmen. Aber das ist eine andere Diskussion.) Jedenfalls: Zunächst werden die Säcke aufgeschnitten. Dann werden sperrige Gegenstände auf ein Seitenband geleitet und von einigen Arbeitern sortiert. Das Band steigt in ca. 5 Meter Höhe, wo in einem zweiten Sortierschritt Weißblech mittels eines Magneten rausgezogen wird. Als nächstes kommt der eigentliche Sortierabschnitt. Er läuft durch eine kleine Halle, immer noch in luftiger Höhe. Darin stehen ca. 25 Frauen und sortieren den Müll nach Papier, Verbundverpackungen (Milchtüten), Alu, PE-Folie, anderen Kunststoffen. Sie werfen die "Wertstoffe" in Schächte neben dem Band, wo sie unter das Band in verschiedene Boxen fallen. Das, was übrigbleibt, fällt am Ende des Hochbandes runter auf ein Unterflurband und wird über dieses zur Presse transportiert, wo es zu Ballen gepreßt wird für die Deponie oder die Verbrennungsanlage.

Die Kunststoff-"Wertstoffe" aus den Boxen werden mit Gabelstaplern in die Recyclinghalle gebracht, wo sie granuliert und neu extrudiert werden. Aus den PE-Folien werden gleich neue gelbe Säcke produziert. Aus den nicht so sortenreinen Wertstoffen werden allerlei nützliche Gebrauchsgegenstände gepreßt: monströse Parkbänke, Lärmschutzelemente, Poller, Pfähle und Planken für den Landschaftsbau....

Parallel dazu ist eine zweite Sortierhalle mit 10 Frauen, die Papiersortierung machen.

An den Bändern stehen etwa zu 30% festangestellte Frauen. Diese werden nach ÖTV-BDE-Tarifen bezahlt und "verdienen nicht schlecht". (BDE= Bund der Deutschen Entsorger). Sie sollen sozusagen das stabile Element des Bandes sein. Die restlichen 70% sind allesamt LeiharbeiterInnen, auch vor allem Frauen. Sie werden mit Großraumtaxis aus Mannheim und der Region nach Worms gebracht. In der Papiersortierhalle arbeiten nur Französinnen, die aus über 130 km Entfernung aus Lothringen herkommen. Sie bekommen die Leihwägen für die Anfahrt vom Quick Office gestellt. Ihr Lohn beträgt im Schnitt 10 DM die Stunde + 20 DM Auslöse. Die regionalen LeiharbeiterInnen sind überwiegend AusländerInnen, viele Schwarze. Ihre Löhne differrieren zwischen 10 DM und 15 DM + Schichtzulagen und teilweise Auslöse. Die Arbeiterinnen kommen aus England und Frankreich,

Kurdistan, dem Iran ... Teilweise sind es Studentinnen (allerdings kein einziger deutscher Student), die den Job nur kurz in den Semesterferien machen.

Die Fluktuation ist generell sehr hoch. Viele machen diesen Job aus Notlagensituationen, z. B. sprachliche Barrieren (viele EngländerInnen, die kein Wort deutsch sprechen) oder sie stehen als AusländerInnen unter dem Druck der Behörden: die Türkin, die den Job annimmt, weil sie dem Ausländeramt einen Verdienst von mehr als 1600 DM nachweisen muß, damit ihr Mann eine Aufenthaltsgenehmigung erhält; der Franzose (EG!), der beim Ordnungsamt 3 Lohnabrechnungen vorzeigen muß, um eine 5-jährige Arbeitserlaubnis zu erhalten ... Oder ganz einfach die Schwierigkeit einen anderen Job zu finden.

Es gibt noch keine Wechselschicht, d.h. "Hausfrauen" z.B. machen Dauernachtschicht oder Dauerfrühschicht wegen dem Haushalt und der Familie. Die Leiharbeiterinnen müssen unter Umständen kurzfristig sehr flexibel sein.

Die Arbeit ist völlig ekelerregend. Der Müll stinkt zum Himmel, selbst im Winter. (In reinen Hausmüllsortieranlagen solls allerdings noch brutaler sein). Im Sommer, wenn Säcke antransportiert werden, wo etwa ein Mix aus Babywindeln, Essensresten, Zigraettenkippen, ein paar angegammelten Milchpackungen ... seit Tagen, mitunter Wochen vor sich hin gammelt, wird die Geschichte noch härter. Dafür wird es im Sommer in der Halle unerträglich heiß sein, während sie im Winter zu großen Teilen unbeheizt und zugig ist. Es ist laut, wegen der Pressen und den Extrudern. (Immerhin dürfen die ArbeiterInnen Walk- und Discmans aufsetzen). Der "Gestank" ist gesundheitsgefährdend, in der Luft sind Pilze, Bakterien usw. unterwegs, was zu Ausschlägen, Atemwegserkrankungen, Allergien führen kann. Niemand setzt aber Atemschutz auf, weil das zu nervig ist 8 Stunden lang. Um auch den Müll in der Mitte des Bandes zu kriegen, muß frau sich nach vorne beugen, was auf die Wirbelsäule geht.

Die Capos sind im Ton sehr rüde. Hauptsächlich brüllen sie nur (aber nicht wegen der Lautstärke der Pressen). Sie stellen sich hinter die Leute und brüllen "Schneller, Schneller!" Sie brüllen permanent, nicht etwa nur in Anschißsituationen. Einer Frau, die im vierten Monat schwanger ist, der schlecht wurde und die im Büro des Sklavenhändlers nach leichterer Arbeit fragte, sagte dem "Disponent" daß sie schwanger ist: "Da bin ich doch nicht dran schuld. Es gibt keine leichtere Arbeit." Eine andere ging aufs Klo, da stand der Capo plötzlich im Frauenklo und brüllte rum, was ihr einfiele. Einer Neuen wurde nach kurzer Zeit schlecht, der Capo entgnete ihr, das würde nichts ausmachen, das ginge anfangs allen so.

Die Capos haben so gut wie keine direkte technische Funktion, wie etwa Wartung der Bänder, sie sind reine Antreiber. Sie sind ausschließlich dazu da, zu verhindern, daß die Sortiergenauigkeit oder die Sortiergeschwindigkeit abfällt, also zur ganz direkten Disziplinierung. Besonders scharf sind sie bei den Kunststoffen, weil da von der Sortenreinheit die Qualität des "Recyclats" stark abhängt.

Wenn jemand neu anfängt, schenken ihm die Capos die ersten Tage besonders viel Aufmerksamkeit, d.h. er oder sie wird besonders fertiggemacht. Dies ist wohl so eine Art Filter oder Einstellungstest, ob frau überhaupt zur Müllsortiererin taugt, und bereit ist, sich dem Kommando zu unterwerfen.

Die meisten machen das auch. Nur wenige brüllen zurück oder fordern die Kolleginnen auf, sich ja nichts gefallen zu lassen. Einige haben wahnsinnige Sortiergeschwindigkeiten, die sie, wie auch immer, dauerhaft durchhalten. Mehr als zweimal außerhalb der Pausen aufs Klo gehen, gibt schon Streß.

Das Band kann von den Arbeiterinnen am Ende angehalten werden, wenn noch zuviel drauf liegt. Aber offensichtlich gelingt es den Capos, eine hohe Geschwindigkeit und Genauigkeit durchzusetzen. Gestoppt wird manchmal stundenlang gar nicht, dann allerdings manchmal auch viermal in der Stunde. Die Bandgeschwindigkeit wird öfter umgestellt, je nachdem, wie der Müll ist, bzw. die Sortiermoral oder wie ehrgeizig der jeweilige Vorarbeiter ist.

Die letzten 2 Minuten vor der Pause bzw. vor Feierabend war es üblich, das Band leerlaufen zu lassen. Dies gab sowohl der alten als auch der folgenden Schicht einen kleinen Spielraum. Das war natürlich schon zuviel und jetzt wird bis zur letzten Sekunde bzw. ab der ersten Sekunde mit voller Geschwindigkeit sortiert.

Sie haben einen Tag der offenen Tür veranstaltet. Da sind lauter Kommunalpolitiker und Öks angerückt. Die Halle war natürlich ausnahmsweise gut gelüftet, sie haben sauberen Müll (aus Stadtteilen mit hohem Anteil von Akademikern und Alternativen) über die Bänder laufen lassen. Sie haben die Leih-ArbeiterInnen in Arbeitsklamotten gesteckt, die sie hinterher wieder abgeben mußten, denn es gibt vom Betrieb normalerweise keine Arbeitskleidung. Sie haben den Besuchern, denen das ganze wohl auch irgendwie erschütternd vorkam, auf Nachfrage doch glatt erzählt, alle wären festangestellt und nach ÖTV-Tarif bezahlt. Und das bei 80% LeiharbeiterInnen.

Ich halte es nicht mal für ausgeschlossen, daß sie genügend Leute finden würden, die den Job fest machen. Aber es würde (hoffentlich!) nicht mehr so gut funktionieren. Die Disziplin lebt ja auch davon, daß frau sich sagt, es sind ja eh nur einige Wochen oder Monate. Es wundert nicht, daß die Recyclingindustrie mit etlichen Verfahren experimentiert, den aufwendigen und anfälligen Sortierprozeß, der das teuerste am gesamten Recyclingprozess darstellt, zu automatisieren, z.B. mit Wirbelstromanlagen, die die Kunststoffe rausfiltern, aber offensichtlich noch nicht so gut sind wie die Frauen am Band oder teurer.

am Pool

wurde an der Freiburger Unihlinik verteilt

2. Ausgabe

3/95

Wir laden zu einer Versammlung ein, am 29. März um 20.30 Uhr im Tannenbaum in der Kronenstraße. Kommt Alle!!
PflegerInnen, SchülerInnen, FSJlerInnen, Putzfrauen, ArbeiterInnen, ZDLer, Sitzwachen...
Es geht um die Uniklinik, die Arbeit, das folgende Flugblatt, die Rechtsformänderung, um alles was uns angeht.
Aber vor allem geht es uns zunächst um einen Austausch zwischen den verschieden Leuten, um uns in die aktuellen Geschichten einmischen zu können!
Bis zum 29.März!

Änderung der Rechtsform!?

- es geht um Arbeit, Gesundheit und Rationalisierungen!!

All diejenigen, die sich berufen fühlen, über die anstehende Änderung der Rechtsform der Unikliniken zu streiten - Verwaltung, Landespolitiker, Krankenkassen, Personalvertretung - machen als Kern des Problems die schlechte »Wirtschaftlichkeit« der Kliniken, bzw. der Gesundheitsversorgung im allgemeinen aus. Die Argumente unterscheiden sich je nach Interessenlage. Mal ist es die »Kostenexplosion« im Gesundheitswesen, mal die Vermischung von Forschung und Krankenversorgung, mal wird über Verschwendung von Geldern und schlechtes Management der Kliniken geklagt. Im Kern geht es dabei immer um Geld, daß entweder nicht da ist oder verschwendet wird, bzw. aufgrund der letzten Gesundheitsreform eben gespart werden muß.

Gesundheitsreform, was steckt dahinter?

Dabei ist das mit dem Geld bei weitem nicht so einfach, wie es uns die Debatte um die »Kostenexplosion« immer glauben machen will. So sind zwar die »Gesundheitsausgaben« seit den 70er Jahren zahlenmäßig sicher »explodiert«, in dem Sinne, daß sie zugenommen haben, aber Zahlen ohne Vergleiche sagen nichts. Gemessen am Bruttosozialprodukt sind die Ausgaben seit Mitte der 70er Jahre konstant geblieben. Die Autoindustrie klagt ja auch nicht darüber, daß sie inzwischen mehr Geld für ihren Maschinenpark ausgibt als vor 20 Jahren. Sie weiß nämlich, daß sie mit diesen Maschinen die Produktivität erhöhen, ihre Gewinne steigern konnte. Gerade zur Zeit ist ja überall von der gestiegenen Produktiviät »nach der Krise« zu lesen. Überall wird inzwischen mit weniger Leuten mehr produziert. In vielen Fabriken werden Sonderschichten gefahren, Leute teilweise wieder (oft befristet) eingestellt.
Im Krankenhaus ist die Produktivität ebenfalls gestiegen. Mehr PatientInnen werden schneller

durch die Kliniken geschleust, es stehen teure Maschinen rum, deren Auslastung Gewinne verspricht. Ein Großteil der »Kostenexplosion« ist zu dem »gemacht«. Der Staat hat sich zunehmend aus der Finanzierung des Gesundheitswesens verpisst. Gelder, die in den 70er Jahren noch aus den Töpfen der Rentenversicherung zur Gesundheitsversorgung hinzugezogen worden sind, wurden gesetzlich »umgetopft«, was ebenfalls zur »Explosion« der Gesundheitsausgaben beitrug.
Aber im Gesundheitswesen wird schließlich Geld verdient, daß wissen wir doch. Die Telefon/Fernsehfirma, die sich die Uniklinik an Land gezogen hat, zockt den PatientInnen auf widerlichste Art und Weise das Geld aus der Tasche. Und das Pflegepersonal soll für die Firma noch als kostenloses »Servicepersonal« dienen. Dagegen sollten wir uns zusammen mit den PatientInnen was einfallen lassen!

Rationalisierungen in den Krankenhäusern

Die bisherigen Gesundheitsreformen haben in erster Linie die EmpfängerInnen von Leistungen getroffen. Das wird mit der Seehoferreform von 1993 fortgesetzt. Aber das besondere an dieser Reform liegt darin, daß auch die ArbeiterInnen im Gesundheitssystem angegriffen werden. Aber keins ihrer Instrumente taugte bisher in dem sumpfigen Dschungel, genannt »Arbeit auf Station«. Ein undurchdringliches Dickicht aus Pflege-, Schreib-, Putz- und noch mehr Tätigkeiten. Ein Dickicht aus Small talk über, mit und neben ArbeiterInnen und PatientInnen, dem privaten Telefongespräch nach außen, verschiedensten Verrichtungen und (Un)Notwendigkeiten, kleinen und größeren Nischen in der alltäglichen Arbeit. Sie kommen nicht durch. Und Trägerin des Chaos: die Kommunikation (oder oft auch mal deren Fehlen) auf Station. Was tun? Hier soll das Pflegedurchdringungssystem greifen, in seiner neusten Variante als PPR (Pflege-Personalregelung). Auf den Stationen wird anhand der Pflegedokumentationsysteme versucht, die notwendige Mindestzahl qualifizierter PflegerInnen auszurechnen. Das System baut auf einigermaßen verworrenen Zeitvorgaben für die Pflege auf, ermöglicht aber eine einfache Berechnung: die erforderlichen Arbeitszeiten pro PatientIn werden addiert und mit der vorhandenen Zahl des Personals, bzw. deren Arbeitszeit verglichen (die allseits bekannte PPR, unser Part soll dabei die gewissenhafte Ankreuzerei auf den Erfassungsbögen sein). In Verbindung mit den durch die neue Gesundheitsreform eingeführten Fall- und Sonderpauschalen (festgelegte Preise für bestimmte Operationen/Therapien, die ab 1996 verbindlich vorgegeben werden sollen) besitzen die Klinikleitungen jetzt Instrumente, mit denen sie ihre Rationalisierungsmöglichkeiten ausloten sollen. Es wird jetzt deutlich, daß die Dokumentationssysteme nicht »für die Patienten«, für die »ganzheitliche Pflege« bestimmt sind, sondern als Grundlage für die Klinikleitungen und die Krankenkassen dienen, um Druck zu machen, unsere Arbeit zu kontrollieren und Rationalisierungen durchzuziehen. Fast schon ein Witz - wenn auch ein schlechter - ist es, daß wir auch noch unsere eigenen Kontrolleure mimen »dürfen«. Das sollen wir auf den Fortbildungsveranstaltungen zu den neuen Systemen beigebracht bekommen. Der Mythos des »Pflegeprozesses« spiegelt sich aber auch in der Organisation und der Einführung dieser »Kreuzigung« der PatientInnen wieder. Sie scheinen im Mittelpunkt zu stehen, aber doch nur als berechenbare »Kategorie«. Mitkriegen tun sie davon nix. Weiß irgendeiner von uns, was sie davon halten?!

In den letzten Jahren ist es in den Kliniken zu einer verstärkten Hierarchisierung der Arbeitsorganisation, zu einer strikten Arbeitsteilung zwischen besser bezahlten Pflegekräften und schlechter bezahlten ArbeiterInnen gekommen (Transportdienste, SchülerInnen, Bettendienste, Putzfrauen, ZDLer, ...). Dies macht das Gesundheitswesen allerdings bestimmt nicht besser (sprich: gesünder), sondern ermöglicht vor allem, sich die einzelnen ArbeiterInnengruppen bei den anstehenden Rationalisierungen »scheibchenweise« vorzunehmen.
Bis vor ein paar Jahren waren Putzarbeiten für

die PflegerInnen üblich und normal. Bei den unabhängigen PflegerInnenversammlungen, die es Ende der 80er Jahre europaweit gegeben hat, stand die Ablehnung bestimmter »Tätigkeiten« oft in der Kritik, um »besser pflegen« zu können. Putzen, Betten auswaschen, Transportdienste gehören für die PflegerInnen weitgehend der Vergangenheit an. Aber die Auseinandersetzungen um diese Arbeiten sind nicht »verschwunden«, sondern spielen sich heute eben zwischen den Qualifizierten und den »ZuarbeiterInnen« ab. Da gibt es öfter mal Konflikte, wenn die PflegerInnen ein gewaschenes Bett brauchen, und die oft überlasteten Leute vom Bettendienst ewig nicht auftauchen. Und schließlich putzen z.B. die türkischen Arbeiterinnen auch nicht lieber als die PflegerInnen.

Rationalisierungen stehen im Reinigungsbereich seit etwa 20 Jahren auf der Tagesordnung. Überall wird das »Freiburger Modell« in den Himmel gelobt. Es gilt als Paradebeispiel für die Verbesserung der "Wirtschaftlichkeit", aber es ist längst nicht so neu, wie die ÖTV vorgibt. Die Grundlinien dieser Auseinandersetzungen sind alt, wie folgende Ausführungen (eines Gewerschaftsgutachters!) von 1977 belegen, als in Hildesheim die städtischen Betriebe ihre Eigenreinigung rationalisierten: *»(...) es ist nicht sinnvoll Privatisierung und Rationalisierung als zwei voneinander getrennte Bereiche zu anzusehen. Sie sind jeweils nur verschiedene Verfahren einer Entlastung der öffentlichen Haushalte, die beide - wie das Beispiel Hildesheim zeigt - eine Verschlechterung für die Beschäftigten zur Folge haben. Eine Rationalisierung wird immer Überlegungen auslösen, ob die Vergabe von Dienstleistungen an Fremdfirmen nicht noch rationeller, d.h. wirtschaftlicher ist, und die Privatisierung wird immer eine Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes sein, die die Beschäftigten veranlaßt, Rationalisierungsmaßnahmen ohne Widerstand hinzunehmen, auch wenn ihre gesamte Situation dadurch verschlechtert wird. (...)* **Der Protest und der Widerstand der Arbeitnehmer ist neben den Kosten die Variable, die über das Ausmaß der Privatisierung und auch der Rationalisierung entscheidet«.**

Die Verantwortlichen des Putzmodell's der Freiburger Uniklinik haben diese Sätze wortwörtlich übernommen. Und dazu soll auf der einen Seite schneller geputzt werden, auf der anderen Seite wollen PDL, Verwaltung, daß die Stationshilfen sich in den sogenannten »Pflegeprozess« integrieren, daß sie gut gelaunt und fröhlich gegenüber PatientInnen, ÄrztInnen... sind. Natürlich war den Putzfrauen der Uniklinik klar, daß eine Privatisierung ihre Situation massiv angreifen würde. Sie wurden mit der Drohung der Privatisierung erpresst. Ihnen blieb nur die Wahl zwischen »ganz beschissen« und »weniger beschissen« - also der jetzigen Situation. Und die Putzfrauen merken erst jetzt, mit jedem neuen Arbeitstag, was das »Freiburger Modell« für sie bedeutet: das Personal auf den Stationen wird gekürzt, Frauen, die oft jahrelang auf einer Station gearbeitet haben, müssen nun den halben Tag auf einer anderen Station oder anderen Räumlichkeiten arbeiten.... es ließe sich mehr erzählen, aber redet selber mit den Leuten!

Aber auch im Pflegebereich weht ein anderer Wind als noch vor ein paar Jahren. Überall werden inzwischen wieder massig Überstunden gemacht, weil an Sitzwachen gespart werden soll, oder diese nur bei »kurzfristigem Arbeitsanfall« angerufen werden sollen. So hat sich z.B. die Situation in der medizinischen Notaufnahme auch dadurch verschärft, daß das neue Neurozentrum keine Notaufnahme mehr hat, und sich der Andrang in der medizinischen Aufnahme gesteigert hat.

Die Sitzwachenzentrale mag die angenehme Seite haben, daß PflegerInnen nicht mehr ständig selber am Telefon sitzen müssen, aber für die Sitzwachen hat dies zu einer enormen Flexibilisierung geführt. Oft werden sie erst Stunden vor dem anstehenden Arbeitseinsatz angerufen.

Dies alles soll an dieser Stelle nur eine stichpunktartige Auflistung sein, als Anregung dafür, daß sich für uns ArbeiterInnen der Uniklinik die Frage nach der »Änderung der Rechtsform« anders stellt, als es bisher thematisiert worden ist. Viele der Rationalisierungen - siehe die obigen Ausführungen zur **Pflegedokumention** und zum **»Freiburger Putzmodell«**, zu den **Überstunden**, den **Sitzwachen** - haben bereits begonnen. Und die Gewerkschaft ÖTV

macht dabei ohne Probleme immer mit (»Freiburger Putzmodell«). Wir kennen diese Politik der Gewerkschaften. In vielen anderen Bereichen besteht der »Widerstand« der Gewerkschaften gegen Auslagerungen oder Privatisierungen nur noch darin, auszurechnen, was aus den »eigenen« ArbeiterInnen noch rausgeholt werden kann, um genauso »gut« wie z.b. die Zulieferfirma in der Autoindustrie oder die Konkurrenzfirma im Ausland zu sein. Von einer Änderung der Rechtsform haben wir sicher nichts Gutes zu erwarten. Das Gesundheitswesen in den USA ist der hießigen Entwicklung etwa zehn Jahre "voraus", der Sozialstaat in den USA ist anders organisiert, insofern hinken Vergleiche. Fall- und Sonderpauschalen sind in den USA aber bereits Anfang der 80er Jahre eingeführt worden und haben als Schrittmacher einer weitgehenden Privatisierung des Gesundheitswesen gedient.

Es wird uns gar nichts bringen, wenn wir nur einer Kampagne zur »Erhaltung der Einheit der Unikliniken« hinterherlaufen. Wie der Chef oder die Firma heißt kann uns egal sein, wenn wir uns nicht - solidarisch - gegen die aktuellen Angriffe auf die unterschiedlichen Gruppen von ArbeiterInnen wehren. Nur wenn wir versuchen, aus den alltäglich gemachten Erfahrungen heraus gemeinsame Aktionen zu entwickeln, können wir die Kraft aufbauen, auch eine Änderung der Rechtsform zu verhindern.

"Seit wir auf Station nicht mehr so viel Kreuze in die Erfinnungsbögen setzen, können wir uns öfter mal ne Pause"

Zum Schluß noch ein paar Ideen, die Themen auf einer Versammlung sein könnten.

Am Dienstag, den 28. Feb., hat die ÖTV im Hörsaal der Uniklinik eine Veranstaltung zu dem Thema gemacht. Aufgefallen ist uns dabei folgendes:

- Zwei Drittel der Zeit ging dafür drauf zu erzählen, wie denn die Mindestforderung für die Errichtung einer »Anstalt des öffentlichen Rechtes« auszusehen hätte. Hat die ÖTV schon aufgegeben? Warum hat sie den Widerstand der ArbeiterInnen der psychatrischen Landesklinik in Emmendingen nicht früher öffentlich gemacht, an den anderen Kliniken mobilisiert, als dort im letzten Jahr die Diskussionen anfingen?
- Kommt es der ÖTV nicht gelegen, die aktuelle Debatten um Rechtsformänderung und Privatisierung dazu zu benutzen, um ihre sinkenden Mitgliederzahlen zu sanieren? Dazu passt die Äußerung von R.Geis, in einer »Anstalt des öffentlichen Rechtes« würden Tarifverträge nur noch für MitgliederInnen gelten! Ein ähnlicher Vorstoß der Hamburger ÖTV (!!) ist vor einigen Wochen selbst von den Arbeitgebern zurückgewiesen worden. Juristisch wäre dies wegen dem Gleichheitsgrundsatz sowieso umstritten. Und selbst wenn die Arbeitgeber solche Pläne gerne durchsetzen würden, auf welche Seite will sich die ÖTV denn dann stellen!?
- »Wo bleibt denn da die Demokratie?«, »Wie kann es sein, daß unbefristete Arbeitsverträge plötzlich keine unbefristete Gültigkeit mehr haben?«, so nur zwei Fragen, die auf der Veranstaltung aufgetaucht sind. Grund für diese Fragen war die Darstellung der ÖTV zu den möglichen Folgen einer Rechtsformänderung an den Unikliniken: sollte die Uniklinik eine Anstalt des öffentlichen Rechtes werden, so ist z.B. die Gültigkeit der Tarifverträge eventuell nicht mehr gegeben. Um auf die Frage nach der Demokratie zurückzukommen. Für uns heißt das meistens, daß wir uns aufgrund von »Sachzwängen« zwischen kleineren und größeren Übeln entscheiden sollen. Diese Alternative ist nicht das, was zählt, weil du da immer verlierst. **Was zählt ist, daß jemand einfach mal STOP sagt!**

Einige PflegerInnen der Uniklinik

Vorläufige Thesen zu Faschismus/Antifaschismus (Teil II)

Hallo,

es hat länger gedauert als erwartet, aber jetzt kommt die Fortsetzung (der erste Teil des Textes war in zirkular Nr. 9 veröffentlicht). Das lag u.a. daran, daß die Thesen nochmal in Bremen sowie mit antifaschistischen Genossen aus Berlin und Nürnberg diskutiert wurden. Diese Diskussionen fließen hier ein, auch wenn die Thesen letztlich meine persönliche Meinung/Einschätzung repräsentieren. Vorher will ich allerdings noch ein paar Anmerkungen zur Antwort aus Freiburg (in Nr. 10) auf den Teil I loswerden. Es würde den Rahmen sprengen, jetzt noch einmal detailliert darauf einzugehen, deshalb also nur das, was mir am wichtigsten ist.

Antwort auf Freiburg (Text in zirkular Nr.10)

- Die Kritik an meinen Anmerkungen zur "Nie wieder Deutschland"-Linken trifft nicht wirklich meine Gedanken dazu. Mir ging es gerade um eine differenzierte Betrachtung, also einerseits anzuerkennen, daß sie ja nichts Falsches geschrieben haben (z.B. im Aufruf zur Demo in Frankfurt 1990), aber daß ihr Fehler eben war, kein Projekt zu verfolgen, nur Anti- zu sein (wie bei Antifa, doch dazu später), Horrornachrichten zu verbreiten und nicht einmal einen Bezug zu den Betroffenen herzustellen. Wenn Ihr anmerkt, daß die NWD-Bewegung nicht nur rein deutsch, sondern rein westdeutsch blieb, so habt Ihr im Kern sicherlich recht. Auch wenn sich z.B. PDSler, FDJler usw. auch an der Demo in Frankfurt beteiligt haben. Ich kann mich aber auch noch daran erinnern, daß viele Linke damals noch im Kopf hatten: "Was sollen wir uns jetzt auf einmal für die Ossis interessieren, für uns sind andere Nachbarländer doch viel näher, wir sind InternationalistInnen, also warum was mit den Ossis machen und nicht mit Franzosen, SchweizerInnen oder Leuten aus den Niederlanden...". Das war jedenfalls ein bißchen die Stimmung in "unserer Antifa".
- Ihr habt recht: sich vor ein Lager zu stellen, ist eine ziemlich "handfeste Auseinandersetzung" mit den rassistischen TäterInnen. Aber doch auch eine, die erstmal ziemlich klare Fronten zieht zwischen "gut und böse". Und das finde ich eben auch erstmal gut und richtig, deswegen habe ich Euch in Teil I dieses Papieres auch kritisiert. Die Leute, die das gemacht haben, haben richtig gehandelt. Frage ist doch eher, warum es keine Linke gab, für die die Entwicklung absehbar war, um schon vor der Eskalation eingreifen zu können (Stadtteilarbeit ?)[1]. Wenn es dann aber schon brennt, dann ist es

[1]"Sogar" die RAF hatte in ihrem August-Papier 1992 ihr "sozialrevolutionäres Herz" entdeckt und vorgeschlagen, sich zukünftig schon früher in solche Auseinandersetzungen einzubringen. Zitat: "In Mannheim, wo es vor kurzer Zeit eine rassistische Mobilisierung eines Stadtteiles gegen Flüchtlinge gab, war die Situation vorher so: In dem Stadtteil, wo die Flüchtlinge hingekommen sind und angegriffen wurden, hatten vorher Jugendliche einen Raum für sich gefordert, der ihnen von der Stadt verweigert wurde. In genau dieses Gebäude mußten die Flüchtlinge einziehen. Hätte es vorher eine Auseinandersetzung um die Situation im Stadtteil gegeben, hätten die Jugendlichen von z.B. Antifas in der Region, die dann auch später den Schutz für die Flüchtlinge organisiert haben, Unterstützung bekommen und hätte sich dort schon etwas Gemeinsames, Solidarisches entwickelt, dann hätte das Kommen der Flüchtlinge auch etwas

allemal richtig, sich vor das Heim zu stellen und zu sagen: "RassistInnen - verpißt Euch!".
- Was Ihr auf Seite 63 schreibt/kritisiert geht an dem vorbei, was ich selbst geschrieben habe. Ich habe weder von der politisch korrekten Rebellion gesprochen noch dem "unten" (das mit dem "ganz unten" kommt übrigens von Euch, nicht von mir!) "automatisch positive Merkmale zugeordnet". Gerade mein Beispiel mit den (rassistischen) Abgrenzungen in Asylheimen belegt doch das Gegenteil. Das schreibt Ihr jetzt nochmal, dreht das aber so herum, daß ein Widerspruch bei mir herauskommt. Ich bin lediglich der Meinung, daß ich es armselig und ablehnenswert finde, seinen Frust an Schwächeren abzulassen, "nach unten zu treten und nach oben zu buckeln". Daß das kein deutsches Privileg ist, sondern ein Verhaltensmuster, das bei vielen Leuten oder Gruppen gefunden werden kann, war der Sinn der Fußnote. In diesem Sinne finde ich die "Betroffenen" rassistischer Handlungen auch nicht per se "p.c.", finde es aber normal, daß es sie selbst sind, die sich (radikal) gegen Rassismus wehren und nicht irgendwelche "weißen" Bevölkerungsschichten.
-Zum Begriff des "sozialen Rassismus": ich wollte bestimmt nicht die Rassismus-Debatte aktualisieren, zumal ich die "akademische" nicht oder kaum kenne. Ich habe den Begriff erklärt, weil das *meine* Definition des Begriffes ist - das ganze war also etwas "unwissenschaftlich". Mir ging es darum zu sagen, daß die "Ausländer in Schönau" kein Argument sind, weil sich Rassismus eben nicht nur zwischen Deutschen und "AusländerInnen" abspielt, sondern z.B. auch zwischen verschiedenen "Ausländergruppen". D.h. aber auch, daß es falsch ist, die Trennungslinie zwischen "deutsch" und "ausländisch" zu ziehen (wie es "Morgenland" tut), daß die Realität etwas komplexer ist als "black and white", nämlich derart gestaltet, daß bestimmte Leute bestehende soziale und rassistische Hierarchien mit ihrem Rassismus nachvollziehen und "ausleben". Welche Bündnisse sich dabei ergeben, wer sich mit wem gegen wen wendet oder eben gerade nicht, das hängt

---

ganz anderes auslösen können. Denn wo Flüchtlinge hinkommen, da ist auch schnell die Auseinandersetzung daran da, warum sie hierher fliehen müssen und in ihren Ländern nicht mehr Leben können; daran, daß die Ursache für das weltweite Elend im gleichen System liegt, das hier Jugendlichen keine Räume läßt." (aus: "Wir müssen das Neue suchen", RAF, August 1992, konkret-Verlag) Auch wenn sicherlich die Suche nach neuen Wegen revolutionärer Politik nach dem Scheitern der RAF in diesem Zitat eine gewichtige Rolle spielt, die Hoffnung, die Jugendlichen könnten über den Kampf für eine Mofa-Reparaturwerkstatt zu dem Wunsch kommen, gemeinsam mit Flüchtlingen dieses imperialistische System zerschlagen zu wollen, etwas übereilt scheint, so ist der "Vorschlag" durchaus richtig und sinnvoll. Er ist nicht nur eine Art Selbstkritik der RAF, sondern trifft ja durchaus auch viele der restlichen Linken, die sich seit Jahren in ihren Ghettos vergraben. Und er ist auch nicht unrealistisch: er deckt sich z.B. mit Erfahrungen, die ich in einer süddeutschen Kleinstadt gemacht habe, wo es einen ganz ähnlichen Fall gab. Ein Jugendzentrum wurde geschlossen, Flüchtlinge einquartiert - durch Kontakte sowohl der Antifa als auch von SozialarbeiterInnen zu den Jugendlichen wurde eine Unmutsprojektion auf die "Asylanten" verhindert; stattdessen unterstützten die Jugendlichen dann die Flüchtlinge bei Nazi-Alarm und machten Aktionen gegen die städtische Politik der Schließung von Jugendräumen.

von der konkreten (gesellschaftlichen) Situation und nicht zuletzt von der Entwicklung eines antirassistischen Widerstands ab. Ein Widerstand, der getragen ist von den Betroffenen und der sich einer Unterstützung der deutschen Linken sicher sein können muß.

- Was Ihr zum Fußballänderspiel in Berlin schreibt, finde ich falsch. Es war eine Erfahrung der Antifa (Wunsiedel ff., Kampagne gegen die faschistischen Zentren ...), von den Bullen gerade nicht an die Faschos "herangelassen zu werden". *Nicht eine Auseinandersetzung zwischen Linken und Rechten war das staatliche Ziel, sondern das Laufenlassen der Faschos und das Verhindern antifaschistischer Angriffe.* Das es vielleicht manchmal auch gesünder für die Antifa war, daß es zum Zusammenstoß nicht kam, ist eine andere Sache (abgesehen davon, daß die Bullen ja auch nicht zimperlich sind...). Außerdem finde ich es keine "Bullenarbeit", Faschisten auf's Maul zu hauen, sondern ein notwendiges Übel.

- Und schließlich finde ich nicht, daß ich Frust *verbreite*, wenn ich schildere, daß ich das "Frust-Phänomen" von vielen Antifas aus verschiedenen Städten kenne: Es IST auf Dauer einfach nicht sonderlich attraktiv, 1 - 2mal im Monat "den Faschos hinterherzurennen" (z.B. um gegen eine Nazi-Versammlung zu demonstrieren). Alle, die mehr als Anti-Nazi-mäßig drauf sind, nervt das irgendwann[2]. Auch deshalb ist es ja zu begrüßen,

---

[2]Ich habe schon in zirk. Nr. 9 erwähnt, daß ich das von vielen Antifas aus Süddeutschland weiß. In dem Buch "Antifa - Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis" (Hg. Projektgruppe, edition ID-Archiv), welches Interviews mit 10 verschiedenen Antifa-Gruppen enthält, taucht diese "Stimmung" auch immer wieder auf (im Folgenden Auszüge aus den Interviews).

Frage: "Was meint Ihr mit "irgendwelchen Ansprüchen einer gemischten Szene", auf die Ihr keine Lust mehr hattet, einzugehen ?" Renate: Damit ist zum Beispiel auch diese "Feuerwehrpolitik" gemeint, also, irgendwo brennt es, oder irgendwas soll los sein, und dann müssen eben alle hinrennen." - Frage: "...daß also immer hinterhergelaufen wird, von den Autonomen wie den Antifas...das habt ihr doch vorhin kritisiert und als "Schmoren-im-eigenen-Saft" bezeichnet ? Beate: "Ich glaube, bei einigen Antifas liegt ein Problem darin, daß Antifa-Politik nur als "antifaschistisch" verstanden wurde...In dem Moment, wo du auch gegen den alltäglichen Rassismus vorgehen willst, mußt du ja schon zu ganz anderen Aktionsformen schreiten. Du kannst ja nicht irgendeinen alten Menschen verprügeln, weil er einen doofen Spruch gebracht hat. Bei Leuten, die diese Probleme sehen, hat sich natürlich auch der Faschismusbegriff verändert. Sehr viel Kraft und Zeit hat auch immer die Verteidigung der eigenen Orte und Zentren aufgefressen und auch zu einer permanenten Selbstbeschäftigung geführt. So stand oft das Gefühl, bedroht zu sein, im Vordergrund, und auf das, was außerhalb der Szene-Welt passierte, wurde eben nur reagiert." (aus: "Auch im Alltag gegen Rassismus kämpfen", Interview mit der Fantifa (Frauen-Antifa) Hamburg).

Oder "Alt-Antifa" Benno, der sagt: "Ich habe, wie viele andere auch, keine Lust, wie in Wunsiedel alljährlich den Nazis hinterherzueiern. Was soll das für eine Qualität haben, was soll das für eine Gegenpräsenz sein, wenn 2000 Antifas zusammen mit 2000 Bullen 2000 Nazis hinterherziehen...oder diese Geschichte in Halstenbek. Diese Demo war auch als Unterstützung für die AntifaschistInnen vor Ort gedacht. Da liefen 1 500 GroßstadtkämpferInnen mit Haßkappen durch ein Kuhdorf, keine Bullen weit und breit, dafür drei Kühe links und Wasser rechts. Und was denkt man, was das für eine Politikform sein soll?"

(aus: "Als die Skin-Bewegung noch in den Anfängen war", Interview mit ("Alt"-) Antifas aus Hamburg).

daß es eine Tendenz in der Antifa gibt, direkt gegen die faschistischen Strukturen vorzugehen, anstatt zu warten, bis die Nazis was machen und dann dagegen zu mobilisieren[3]. Mehr zur Antifa-Bewegung später in Teil IV.

Teil II - Thesen zur Rolle der Faschisten und des Staates für die Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft und zur aktuellen faschistischen Gefahr

1. GROBER RÜCKBLICK AUF DIE ENTWICKLUNG SEIT 1945:

Hinweis: Diese Betrachtung ist zweifelsohne sehr oberflächlich. Es wäre von Bedeutung, einen solchen Rückblick zu vertiefen, um eine tiefergehende ökonomische, politische und soziologische Analyse zu erweitern. Dabei wäre auch eine Recherche über die (Ein-) Wanderungsbewegungen nach Deutschland von starkem Interesse, insbesondere unter dem Aspekt der daraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen. Eine derart gründliche Betrachtung zu betreiben sehe ich mich außerstande (wäre eher etwas für unsere StudentInnen) und würde auch nicht dem eher bewegungsorientierten Anlaß, Anspruch und Anliegen dieses Textes entsprechen. Er beruht auf praktischen Erfahrungen und soll auch im Ergebnis wieder in praktische Aktivitäten münden.

Auf alle Fälle soll deutlich werden, daß sich die BRD-Gesellschaft seit 1945 immer wieder stark verändert hat. Wer vom "traditionell faschistischen deutschen Volk" spricht, sollte sich auch die gesellschaftlichen Umwälzungen vor Augen halten, die seither stattgefunden haben. Daß es überall, auch bei der 68er Bewegung, in der Anti-AKW- oder Friedensbewegung Hintertürchen (manchmal sogar richtige Einfallstore...) für einen rechten bis faschistischen Diskurs gab, soll hier nicht verleugnet werden[4]. Gleichzeitig

---

[3]Hier seien stellvertretend die Kampagne gegen die faschistischen Zentren (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) und die Aktion '94 (outen von Faschos in den Orten statt hinterherfahren) erwähnt. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist z.B. die Demo gegen das JN-Schulungszentrum in Nürnberg am 20. August 1994 gewesen (organisiert von den "Muflons gegen Rechts"). Im Rahmen der Aktionswoche (Aktion '94) aus Anlaß des Rudolf-Heß-Geburtstages (der wiederum in den Jahren zuvor Anlaß für viele Antifas war, den Faschos nach Wunsiedel/Hof/Bayreuth/Fulda... hinterherzufahren) wurde diese Demo gegen das JN-Zentrum mit 1500 Leuten durchgeführt. Der Clou: Diesmal sahen sich die Nazis genötigt zu reagieren, sie blieben zuhause und mobilisierten ihrerseits Verstärkung nach Nürnberg, um ihr Zentrum zu schützen. Kurz: der Spieß wurde umgedreht, die Nazis (nicht nur in Nürnberg) davon abgehalten, ihre Städte zu verlassen und zentral zu demonstrieren - die Antifa sparte Benzingeld und war effektiver als zuvor.

[4]Erinnert sei hier nur an das "Wir sitzen alle in einem Boot"-Geblubber der Öko-Pax-Bewegung (Volksgemeinschaft ?), an den aus Teilen der Anti-AKW und Öko-Bewegung erwachsenen Gesundheitskult (gegen AKW's und Mißbildungen !), an heute Neurechte wie Alt-68er Rainer Langhans (vom Aufruhr zur Esoterik zum Nazismus), an die Rechten, die sich nicht ganz zufällig bei den GRÜNEN (Gruhl u.a.) und in der Friedensbewegung eingenistet hatten ("Nicht links, nicht rechts, sondern vorn"...), an die Sprüche von Deutschland als "atomarer Kolonie der USA" (Opfer wie immer: Deutschland) u.a. Hier hat sich durchaus eine braune Soße angehäuft, an der wir noch sehr lange zu knabbern haben werden !

sollte aber deutlich werden, daß sich die Frage nach einer "erneuten faschistischen Gefahr" durch die gesamte Nachkriegsgeschichte zieht - ein auf und ab rechtsradikaler Parteien (in den Höhepunkten bis ca. 15 % bei Wahlen - in den 50ern, Ende der 60er und in den 80ern), rechtsradikale Politiker (von Lübke über Strauß zu Kanther und Kohl, um nur einige zu nennen), Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, Stammheim, Bitburg oder das Absingen des Deutschlandliedes im Bundestag und in Berlin, am 9. November 1989 (!) seien als Schlaglichter benannt. Gerade weil immer wieder von einem "neuen Faschismus" gesprochen wurde, mahnt diese Geschichte der BRD auch zu einer genauen Analyse, die differenzierter ist, als etwa die These vom "4. Reich". Das folgende dient dem oben beschriebenen Zweck, die (groben) Veränderungen und Entwicklungen zu zeichnen.

- Es ist schon oft gesagt worden: 1945 (bzw. 1949) war nicht die "Stunde Null". Es gab und gibt Kontinuitäten zum NS, eine mangelnde Auseinandersetzung mit dem NS, Verdrängungsversuche, personelle Verstrickungen / Fortführungen zwischen NS- und BRD-Staat (-Justiz, -Armee, - Forschung...) usw., bald auch das zweite KPD-Verbot, die Remilitarisierung...
- Ende der 60er Jahre gab es den linken Aufbruch; den Versuch, mit der "Eltern- und Tätergeneration" abzurechnen, eine Neukonstituierung der Linken in (West-) Deutschland, eine Verdrängung des "Muffs von 1000 Jahren", aber auch die Wahlerfolge für die NPD und die Verschärfung der Innenpolitik von oben (Notstandsgesetze). Trotz dieser zweischneidigen Entwicklung muß festgehalten werden, daß der Aufbruch 1968 ff. die BRD-Gesellschaft erst ansatzweise zu einer modernen, bürgerlichen Gesellschaft werden ließ, in der die preußischen Tugenden durch modernere / weltoffenere ersetzt wurden (ich würde sagen, daß sich das kulturell auch heute noch ausdrückt und so leicht auch nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, auch wenn die Nazis und andere Rechte kräftig dran drehen). Es geht hier also garnicht um die Frage der Revolution oder des Sozialismus, sondern darum, welches Verständnis von Demokratie, BürgerInnenrechten, Presse- und Meinungsfreiheit, welches Frauenbild, welche Kultur (also platt mal amerikanische Rockmusik vs. deutsches Liedgut, die Verbreitung von Drogenerfahrungen, ein freierer Umgang mit Sexualität u.v.m.)[5] sich Bahn gebrochen hat. Auf dem Weg zu einem Faschismus steht da durchaus einiges im Wege.

---

[5]Sicherlich hat das auch negative Komponenten. Es beeinhaltet ja auch auf der anderen Seite zugedröhnte Leute, die sich nicht oder nur noch marginal wehren, es bedeutet auch eine Reduzierung von Frauen auf Sexualität (z.B. in Werbung und Medien) usw. Trotzdem bleibt insgesamt ein positiver Umbruch festzuhalten. Was das Patriarchat angeht, so stehen dem hier beschriebenen Negativum auch eine Menge Fortschritte entgegen. Neben den Spuren, die beispielsweise die Frauenbewegung in der Gesellschaft hinterlassen hat, fällt mir hier auch noch etwas ganz anderes ein: die seit Jahren steigenden Zahlen von Kriegsdienstverweigerern. Auch wenn diese immer unpolitischer werden, so ist dies doch ein massenhafter Entzug junger Männer, sich der traditionellsten Form männlich-patriarchaler Zurichtung zu entziehen. Auch das kann keinen Faschisten euphorisch werden lassen...

- In den 70ern war dann eher Ruhe angesagt an der "Antifa-Front", bis Stammheim die Linke von einem "neuen (staatlichen) Faschismus" reden läßt. Auch wenn das sicherlich übereilt war, so markiert doch 1977 einen gewissen Wendepunkt. Es kann durchaus als Symbol gesehen werden für eine Zeit, in der der Staat überdeutlich klargemacht hat, sich die Kämpfe der Linken, der ArbeiterInnen und der Neuen Sozialen Bewegungen nicht mehr länger angucken zu wollen. Es markiert einen Einschnitt, eine Warnung, es nicht zu bunt zu treiben, die Ansprüche nicht zu hoch zu stecken und es markiert auch eine Militarisierung des Staates. Nicht nur in Stammheim und gegen die RAF, sondern z.B. auch gegen die Anti-AKW-Bewegung. Es war kein "neuer Faschismus", aber die Zeit der Rasterfahndung, der Aufrüstung des Bullenapparates, der Ausschaltung demokratischer Kontrolle und der Repression gegen die Linke (erinnert sei auch an die Folgen des Mescalero-Nachrufes). (Daß die Linke daran aber zerbrochen ist, sich mehrheitlich auf "Appeasement"-Kurs begeben, den Frieden mit diesem System gemacht und mit den GRÜNEN den "zweiten Marsch durch die Institutionen" beschritten hat, spricht weniger für einen Faschismus als für grobe Fehler und Niederlagen der Linken.)
Ende der 70er werden aber zumindest die Neonazis wieder klar zurückgedrängt (erinnert sei an die "Rock gegen Rechts" - Bewegung, die große erfolgreiche Demo mit mehreren 10.000 Leuten gegen das Deutschland-Treffen der NPD in Frankfurt usw.).
- Anfang bzw. Mitte der 80er Jahre beginnt ein "gesellschaftliches Rollback" - die Reaktion und mit ihr der Neonazismus krochen wieder verstärkt aus ihren Löchern: Historikerstreit (Nolte), Fußball-Länderspiel Deutschland - Türkei und die rassistische Stimmung dabei, Asylflut - Kampagne (Spiegel 1986), rassistische Resolutionen von Promis gegen Einwanderung, entsprechende Wahllisten (Hamburg etc.), erneute Wahlerfolge für NPD und Konsorten, Bitburg (Kohl & Reagan beim Besuch von SS-Gräbern)[6], die Bewegung der Nazi-Skinheads... um nur einige Beispiele zu nennen.
- 1989 darf insofern als "Umbruchjahr" bezeichnet werden, als daß fortan zum ersten Mal das rechte Weltbild eindeutig dominiert. Die ideologische, symbolische und intellektuelle Vorarbeit der 80er Jahre (s.o.) trägt Früchte und verhilft den Rechten zum Durchbruch. Die "geistig-moralische Wende" von 1982/83 findet also erst jetzt wirklich statt - so gesehen ist auch der Freiburger Kommentar in Zirkular Nr. 10 etwas unpassend, nämlich zu sagen, alle (benannten) Themen wären ja schon vor der Wiedervereinigung auf dem Tisch gewesen. Das ist zwar richtig, aber Fakt ist ja, daß eben erst 1989 ff. den am rechten Rand schlummernden Themen, Thesen und Taten

---

[6]Es gehört nicht gerade zu den Glanztaten der Neuen Linken in der BRD, im Mai 1985 mit viel organisatorischem Aufwand gegen einen Weltwirtschaftsgipfel in Bonn demonstriert zu haben, während in Bitburg "nur" ein paar hundert Juden und Jüdinnen mit wenig Unterstützung gegen das Händchenhalten Kohls und Reagans vor den SS-Gräbern demonstriert haben. Im Nachhinein zumindest ist klar, daß Bitburg eine wesentlich größere und fatalere Bedeutung hatte als der WWG. Es war ein Fanal der Vergangenheitsverdrängung und der Revision der Geschichte. Und so auch ein Fanal für eine Restauration des imperialistischen Großdeutschlands.

zum wirklichen Durchbruch verholfen hat[7]. Dabei kommen den Faschos und Rechten durchaus internationale Entwicklungen entgegen: der Zusammenbruch des Real–Sozialismus (und damit einhergehend das Fehlen einer linken Perspektive, eines Alternativmodells zum "siegreichen Kapitalismus") oder das Aufkeimen von national(istisch)en Bewegungen (ex-SU, ex-Jugoslawien, in der ex-CSSR usw.). Beides war für die Nazis gut: ersteres macht sie zu einer (Schein-) Alternative für vom Kapitalismus Enttäuschte, zweiteres läßt sie aktuell und modern erscheinen. Kurz: die Nazis sind im Aufwind, die Linken in der Krise.

Nationalismus ist wieder hoffähig ("Die Deutschen sollen sich auch mal freuen dürfen..."), statt linker Aktivitäten dominieren zunehmend rassistische Angriffe, Morde von Neonazis, brennende Asylunterkünfte und BürgerInnen-Initiativen gegen Flüchtlingsheime in Wohnbezirken das Bild. Es hat etwas atemberaubendes, sich die Ereignisse der letzten Jahre (nur unter diesem Aspekt) vor Augen zu halten. Städte und Stadtteile werden zu Synonymen für ermordete MigrantInnen und Pogrome, deutsche SpießbürgerInnen organisieren sich plötzlich in BürgerInnen-Initiativen oder gar "Bürgerwehren" gegen AsylbewerberInnen oder Roma und entwickeln dabei eine unglaubliche Phantasie und Widerstandskraft[8], das Recht auf Asyl, eines der wenigen Konsequenzen des NS, wird faktisch abgeschafft, eine nicht für möglich gehaltene rassistische Stimmung macht sich in Teilen der Bevölkerung, der Medien und Politik breit, Neonazis veranstalten Aufmärsche unter Polizeischutz und AntifaschistInnen werden kriminalisiert oder gleich - wie z.B. in Mannheim - mittels Massenverhaftungen in den Knast gesteckt. Kein Wunder, daß sich die Linke fast zur reinen Antifa-Bewegung entwickelt. Es war der größte rechte Aufbruch seit 1945 und wenn mensch sich die Flut

---

[7]Die Ereignisse des Jahres 1989 waren durchaus entscheidend für diesen Durchbruch. Es ist unwahrscheinlich, daß sich diese rechte Dynamik ohne den Mauerfall, ohne das Ende der Blockkonfrontation, ohne die "Wiedervereinigung" so entwickelt hätte. Die Spaltung "Deutschlands" in zwei unterschiedliche Blockzugehörigkeiten (die eine positive Bezugnahme auf "Wir Deutschen" unmöglich machte und erst zum westdeutschen DM-Chauvinismus führte), die aus der Blockzugehörigkeit und dem Antikommunismus resultierende Westbindung und die Auflagen der Alliierten hatten offensichtlich doch eine hemmendere Wirkung auf eine nationalistische Politik als ein gesellschaftliches Massenbewußtsein gegen nationales und rassistisches Gedankengut. Wobei angemerkt sei, daß sich die deutsche Bevölkerung in großen Teilen bisher durchaus noch als recht resistent - zumindest gegenüber offen rechtem Gedankengut - gezeigt hat.

[8]siehe auch: radikal Nr. 146 (Teil 1), November 1992, Seite 39 (Text: "Gegen das organisierte Deutschtum - Für den Zusammenbruch", ein recht lesenswerter Text von "einigen Frauen aus der radikal", auch wenn wildcat dort zum wiederholten Male für die Nummer 60 eine auf den Deckel kriegt - nicht ganz zu Unrecht, wie ich finde.).

Hier wird anhand der kleinen Orte Fürstenberg und Goldberg beschrieben, wie sich "ganz normale deutsche BürgerInnen" plötzlich in der Lage sehen, so richtig Widerstand zu leisten (was ihnen ja kaum jemand zugetraut hätte). Sie organisieren Straßenblockaden, Kundgebungen und fast tägliche Protestdemos - gegen Roma bzw. für einen Supermarkt auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück ! Weniger spektakuläre Aktivitäten von BI's gegen AsylbewerberInnen fanden auch in vielen anderen deutschen Städten statt.

der Ereignisse, des Horrors und des berechtigten Entsetzens vor Augen hält, war es ohne Zweifel richtig (und vielleicht auch einfach reflexartig), daß die Linke sich so gut es ging den Nazis entgegengestellt, die Flüchtlinge (verbal, real, manchmal unnötig, aber auch schon mal sinnvollerweise) verteidigt/gewarnt/unterstützt hat, die Nazis verprügelt, aus den Innenstädten oder Stadtvierteln verjagt und Weizsäcker mit Eiern beworfen hat... Auch wenn das alles einen sehr defensiven Charakter hatte, war es doch immerhin eine Reaktion, die zur rechten Zeit das richtige getan hat. Jeder verprügelte Nazi, jede gesprengte oder gestörte Nazi-Versammlung, jede Nachtwache um ein Flüchtlingsheim und jede Aktion gegen faschistische Strukturen waren richtig und notwendig. Es war zu wenig und verkürzt, aber richtig und notwendig, um überhaupt die Gelegenheit zu haben, durchzuatmen und zu überlegen, wie es weitergehen kann[9]. Was wäre die Alternative gewesen ?

Schon in den Jahren vor 1989 hatten sich vielerorts Antifa-Initiativen gegründet (oftmals noch in der Form von Bündnissen mit DGB, VVN,...), jetzt schossen die Antifas wie Pilze aus dem Boden und viele junge Leute kamen dazu. Nachdem Städte und Stadtteile wie Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen oder Mannheim-Schönau traurige Berühmtheit durch völkisch-rassistische Pogrome erlangt haben und auf der anderen Seite Flüchtlinge einen eigenständige Widerstand entfalten (Hungerstreiks, Besetzungen usw.), gründeten sich ab 1990/91 auch viele Antirassismus- und FlüchtlingsunterstützerInnen-Gruppen. "Ausländerfeindlichkeit, Gewalt und Haß" sowie die Neonazis werden zunehmend auch zu medialen Themen, es kommen die Lichterketten und die bürgerliche Betroffenheit Ende 1992/93 und die Schleimscheißerei von Weizsäcker & Co. dazu, die der Antifa- / Antira-Bewegung die Schärfe nehmen und die Betroffenheits-BürgerInnen und das Ausland wieder beruhigen sollen[10]. Dazu gehören auch bisher (in Deutschland) undenkbare Werbespots und Anzeigen "gegen Ausländerfeindlichkeit" (bzw. für die guten

---

[9]Wenn wir jetzt in vielen Städten diese Situation haben, also nicht mit alltäglichem Fascho-Terror konfrontiert zu sein, sollten wir diese auch nutzen, "damit linke Politik wieder Profil bekommt" (Quetschenpaua).

[10]Diese "Beruhigung" war auch bitter nötig ! Ausländische Investoren zogen ihre Pläne für Investitionen im Osten zurück, die international wegen Menschenrechtsverletzungen bekannte Türkei konnte auf einmal auftrumpfen und der deutschen Regierung den Spiegel vorhalten, nach Solingen legen MigrantInnenjugendliche das Ruhrgebiet tagelang lahm und Straßenzüge in Schutt und Asche, in Berlin wird ein Nazi erstochen, mit dem niemand Mitleid hat und die Ereignisse bleiben immer mehr auch an der Regierung hängen (in Rostock war die staatliche Duldung zu offensichtlich, das Durchgreifen gegen die Nazis allgemein zu zögerlich). Ob in der Schule, bei Eltern, NachbarInnen oder bei der Arbeit - ich kann mich noch gut daran erinnern, wie fast alle dachten: jetzt reicht es. Und zwar eben nicht auf die Nazis bezogen, sondern auf die "freie Hand", die der Staat den Nazis läßt. Die Kohl-Regierung wurde von total vielen als verantwortlich angesehen. Diese Stimmung auch einmal - neben der rassistischen - festzuhalten, ist mir sehr wichtig. Die Regierung handelt dementsprechend in zwei Richtungen: Artikel 16 wird abgeschafft und die empörten BürgerInnen müssen beruhigt werden. Leider gelang es größtenteils, den Unmut über den staatlichen Umgang mit den Nazis in eine Versöhnung mit dem Staat zu kanalisieren (Lichterketten, Demo in Berlin).

Ausländer, die Fußballtore schießen und unseren Dreck wegputzen), die wir bisher eher aus England oder Frankreich kennen.
Während sich auf der staatlichen Ebene der Rechtsruck verschärft (die Abschaffung des Asylrechts und die Geschichtsverdrehung und Gleichsetzung von Opfern und Tätern (s. Neue Wache Berlin), von Stasi und NS seien als Beispiele genannt), *sind die Neonazis plötzlich das neue Feindbild der Medien, Bevölkerung und zumindest offiziell auch der PolitikerInnen*[11]. Rechtsradikale Wahlerfolge finden kaum noch statt, die Nazi-Skins verschwinden vielerorts (nicht überall) aus dem Stadtbild, statt Glatzen sieht mensch viel häufiger Jugendliche mit "Gegen Nazis" - Aufnähern, Nazi-Parteien oder Organisationen werden verboten und es scheint sich insgesamt alles eher zu beruhigen - wozu natürlich auch beiträgt, daß brennende Asylheime inzwischen angeblich "nur" noch aufgrund technischer Defekte, Rivalitäten zwischen Flüchtlingsgruppen oder "Familienstreitigkeiten" vorkommen... - was ja selbst wenn es so wäre, ein erhellendes Licht auf die unerträglichen Zustände in den Heimen und Lagern wirft: von dem baulichen Zustand der Gebäude bis zur sozialen Konfliktualität willkürlich auf engstem Raum zusammengepferchter Menschen).
Doch aufgepaßt: was ist passiert und wie sieht es aktuell eigentlich aus? Hat die Antifa den Aufstieg der Neonazis vorläufig zurückgeschlagen? Oder befinden wir uns vielleicht eher in einer Phase der Neukonstituierung der Neonazis, während sich der in den letzten Jahren vollzogene Rechtsruck des Staates stabilisiert oder sogar noch weitergeht? Hat der Staat den Faschos die Initiative abgenommen oder war es schon immer ein Mythos, davon auszugehen, daß es die Faschos sind, die den Staat nach rechts drängen und nicht die Interessen des Staates selbst? Eine Art Bestandsaufnahme zu machen (und daraus Konsequenzen abzuleiten) ist Ziel der folgenden Thesen.

2. THESEN ZUR ROLLE DER FASCHISTEN UND DES STAATES FÜR DIE RECHTSENTWICKLUNG IN POLITIK UND GESELLSCHAFT UND ZUR AKTUELLEN FASCHISTISCHEN GEFAHR

Vorweg: Die Tabubrüche der letzten Jahre lassen sich so einfach nicht mehr rückgängig machen (Relativierung des NS, Neo-Rassismus, Wiederkehr des deutschen Nationalismus, Antisemitismus, "wir sind wieder wer und wollen weltweit mitreden" usw.)! Das gleiche gilt für die Abschaffung des Asylrechts, die Verschärfung der "Ausländerpolitik" und den allgemeinen Rechtsruck in der Innenpolitik (Lauschangriff, die vielen Verbote

---

[11]s.z.B. die SPIEGEL-Jugendumfrage 1994 (in: SPIEGEL-Spezial, Nov.1994): es wurden 2034 Jugendliche zwischen 14 und 29 Jahren befragt. Auf die Frage, welche Jugendlichen sie am wenigsten mögen, antworten 78 %: die Skinheads. Damit sind sie die unbeliebteste Jugendgruppierung, gefolgt von den Spießern (39 %), den Punks (25 %) und den Grufties (22 %). (Bei der Gegenfrage, welche Jugendlichen am sympathischsten sind, führen die Alternativen (27 %), die Ökos (26 %), die Hippies (20 %) sowie die Techno - Leute (17 %) (dicht gefolgt von den Manta-Fahrern mit 15 % ...) - auch hier landen die Skinheads (2 %) zusammen mit den Spießern (1 %) wieder am Schluß). Bei aller Vorsicht im Umgang mit solchen Umfragen zeigt sich hier doch ein eindeutiges Bild, welches Alltagsbeobachtungen betätigt (wurde auch schon neulich im zirkular bemerkt, daß niemand die Faschos leiden kann) und meine Thesen untermauert.

von Demonstrationen u.a.) und in der Parteienlandschaft. Diese Entwicklung wurde im Wechselspiel zwischen intellektueller Vorarbeit (Nolte & Co.), neo-nazistischer Propaganda / Wahlerfolge und Angriffe sowie staatlicher Politik (aller Parteien) vorangetrieben und sehr weitgehend durchgesetzt. Alle drei "Fraktionen" können sich also erstmal zweifellos die Hände reiben über ihre Erfolge.
Nun die Thesen zur aktuellen Situation.

DIE ROLLE UND STÄRKE, DIE INFRASTRUKTUR UND VERANKERUNG DER NEONAZIS

Die ParteifaschistInnen

(1) Die in Parteien und Organisationen organisierten Nazis sind in ihrer Anzahl nicht zu vernachlässigen. Allerdings besteht die überwältigende Mehrheit aus rechts bzw. faschistisch denkenden Karteileichen. Sie wirken zwar als Meinungsmultiplikator und stopfen "der Partei" Geld in den Rachen, ihre Verbreiterungsmöglichkeiten dürften aber inzwischen an ihre Grenzen gestoßen sein. Ihre Rolle als Katalysator, die sie in den letzten Jahren so erfolgreich zu spielen vermochten, wird abnehmen, da sie bei immer mehr Menschen als "Rattenfänger" und Demagogen bekannt und entlarvt sind.

Die militanten Neonazis: organisierte und Nazi-Skinhead-Bewegung

(2a) Die militanten Neonazis legen eine enorme Brutalität an den Tag, haben ein hohes organisatorisches Niveau, Waffenarsenale und weitreichende Verbindungen. Trotzdem haben sie keine Narrenfreiheit. Einige ihrer herausragenden Figuren müssen trotz polizeilicher Nachsicht so langsam vorsichtiger werden, wenn sie nicht doch für längere Zeit einfahren wollen. Die "Personaldecke" scheint zumindest was etwas geschicktere/-intelligentere "Führungspersonen" angeht, doch eher gering. Nach dem Tod von Kühnen und Sonntag, der Ausweisung und Inhaftierung Küssels in Österreich, der Inhaftierung Polaceks usw. fehlen (glücklicherweise) auch medial "attraktive" Köpfe (zur Verfügung stehen noch Leute wie Worch, Althans u.a., die aber auch mehr oder weniger mit einem Bein im Knast stehen). Außerdem sind die Strukturen doch einigermaßen bekannt und durchleuchtet - u.a. dank fleißiger AntifaschistInnen, die dazu Recherche betreiben. Da zumindest diese Fraktion der Faschos nicht auf ein Verständnis in der Bevölkerung bauen, sondern allenfalls Angst und Terror verbreiten kann (was zweifelsohne auch das Ziel ist), sind sie leicht zu isolieren und der Druck auch aus Teilen der Bevölkerung gegen sie ist so auch relativ leicht zu entfachen[12]. Ihre politisch - gesellschaftliche Bedeutung ist (bisher) gering, die Gefahr für Leib und Leben linker, nicht-deutscher und anderer vom Nazi-Terror Betroffener indes relativ groß.

(2b) Die Bewegung der Nazi-Skinheads nimmt zweifelsohne an Bedeutung ab. Das hat verschiedene Gründe:

---

[12]In letzter Zeit häufen sich die Berichte aus Städten, Dörfern und Regionen, in denen aus der Bevölkerung heraus Widerstand gegen die Anwesenheit oder das Treiben von Neonazis vor Ort geleistet wird. Sei es in Detmold, wo es eine BI gegen das Nazi-Zentrum dort gibt, seien es die Selbstorganisation von SchülerInnen u.a. in Nordhausen bei Göttigen gegen das Treiben der Nazis dort, sei es die Vertreibung deutscher Neonazis aus dänischen Dörfern durch entschlossene BewohnerInnen.

- in vielen Städten sind sie von MigrantInnen, Punx oder Antifas vertrieben worden[13]
- es gibt zwei Reaktionen darauf, die ebenfalls zu einem Abebben beigetragen haben: das sich zurückziehen aus der Nazi-Skin-Bewegung (gilt wohl eher für die MitläuferInnen) und eine, aus Selbstschutz z.B. auf das übliche Nazi-Skin-Outfit zu verzichten, sich die Haare wachsen zu lassen usw. Letztere müssen zwar auch weiterhin zu den militanten Nazis gezählt werden, erfüllen aber nicht den Anspruch einer rechten Jugendbewegung (ein Punk, der nicht aussieht wie ein Punk, ist halt auch kein Punk, sondern höchstens ein prima Kerl)
- das Bild vom brutalen und gleichzeitig dummen Nazi-Skin, ihre unpopulären Angriffe auf alle möglichen Leute, hat sie zur unbeliebtesten Jugendkultur gemacht (auch unter den Jugendlichen selbst) (11)
- und für die, die es garnicht lassen können, weil sie auf die Optik oder die Musik oder sonstwas abfahren, gibt es inzwischen ja wieder vermehrt "unpolitische" oder "linke" Skins (Oi-, Sharp- und Redskin-Bewegung). Hier sei allerdings festgehalten, daß die Skinkultur schon an sich eine typische Männerkultur ist und daß es für einen Afrikaner, dem nachts ne Glatze entgegenkommt, nicht unbedingt angenehm sein wird, warten zu müssen, bis der Aufnäher (ob Nazi oder nicht...) entziffert ist...

Bei der Nazi-Skin-Bewegung wird sich jedenfalls nicht mehr viel Nachwuchs einstellen. Dies ist aber keine grundsätzliche Entwarnung, da sie sowohl in bestimmten Stadtteilen der Großstädte als auch vor allem auf dem Land und in bestimmten Gegenden der ex-DDR nach wie vor ein ernsthaftes Problem darstellen.

Die Infrastruktur und Verankerung der Neonazis

(3) Die Infrastruktur der organisierten Faschos ist besser als die der Linken: finanziell/-propagandistisch (mensch denke an den Konzern des Verlegers Frey in München, an den Ullstein-Verlag...) und "militärisch" (Kontakte zur Bundeswehr, Wehrsportgruppen...). Trotzdem haben es die Faschos noch nicht geschafft, "als Nazis" gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen. Sie sind - wenn sie (z.B. auf Demonstrationen) offen faschistisch auftreten - NOCH isolierter als die Linke. Eine rein militärische Stärke (Putsch) reicht aber für einen Faschismus nicht aus, er braucht eine Massenbasis. Die hat er nicht (momentan). Zweifelsohne können sie aber insbesondere über ihre enormen verlegerischen Kapazitäten gesellschaftliche Rechtsentwicklung antreiben - ein Prozeß, der durch antifaschistische Aktionen wie Nazi-Zeitungsboykott, die Verweigerung der Beförderung von Postwurfsendungen oder etwa die Kampagne gegen die Junge Freiheit blockiert werden muß und durchaus auch blockiert wird.[14]

---

[13]Vertrieben meint hier immer von irgendwelchen Orten vertrieben/ sich nicht mehr auf der Straße sehen lassen zu können - das Gegenargument "Nazis raus - aber wohin ?" trifft hier nicht, weil ein Nazi-Skin-Dasein, das sich statt "Herr der Straße" zu sein verstecken muß, nicht mehr attraktiv ("stark") ist und dies so auch zu einem Ende der Nazi-Karriere führen kann.

[14]An dieser Stelle muß vor einem häufigen Mißverständnis gewarnt werden: die Nazis zu bekämpfen, heißt nicht unbedingt, ihre Positionen zu bekämpfen. Das ist ein Form/Inhalt-Problem. Die Nazis sind bisher durchaus geächtet, einige ihrer Positionen allerdings keinesfalls. Ihre gesellschaftliche Beschränkung

MÖGLICHKEITEN DER POLITISCHEN EINFLUSSNAHME DER NEONAZIS

Die Rechtsradikalen und das Parlament

(4) Der Versuch der Rechtsradikalen in die Parlamente einzuziehen ist vorerst gescheitert. Das hängt damit zusammen, daß die Faschos in Verruf geraten sind: sie gelten nicht als Demokraten, werden zunehmend als extremistisch angesehen. Außer mit ihrer Hetze gegen die Flüchtlinge haben sie bisher keinen Erfolg gehabt, ihre Ideen "unters Volk" zu bringen. Das mag auch daran liegen, daß es hier eine Einheit zwischen Staat und Faschos gab. Andere Punkte, wie z.B. ihre Frauenpolitik (Frauen an den Herd) oder auch ihre Hetze gegen integrierte "AusländerInnen", haben im Moment keine gesellschaftliche Basis. Ihr Abwärtstrend wurde dadurch verstärkt, daß die herrschenden Parteien DIE Punkte, die den WählerInnen an den Faschos wichtig waren, längst aufgegriffen haben (Asyl- und Ausländerpolitik). Andere Rechtsentwicklungen wurden von vorneherein eher von Konservativen und bürgerlichen Parteien vorangetrieben als von den Nazis: der Historikerstreit, die "Wiedervereinigung", die Bundeswehrdebatten usw. sind keine originären Produkte der Neonazis. Der einzige Punkt, den die Faschos momentan noch für sich benutzen könnten, ist das Thema "Innere Sicherheit". Dieses Thema wird aber schon von CDU/SPD/FDP... so scharf angegangen, daß wohl wenig Raum für (erfolgreiche) Nazi-Propaganda bleiben wird.

In gewisser Weise haben sich die Neonazis in den letzten Jahren "verbrannt" - sie sind unbeliebt, gelten als doof, brutal und gefährlich. Das ist sicher auch ein (Teil-) Erfolg der Antifa-Bewegung..

(5) Die Militarisierung der rassistischen Angriffe (von Rostock bis Solingen) hat den Partei-Faschos geschadet. Zwar hat der Staat sie als Argumentation für seine rassistische Politik benutzt (und den Faschos somit einen faktischen Erfolg beschert), den organisatorischen Strukturen der Faschos hat es aber geschadet, weil sie dadurch ins Zwielicht gerieten. Die Anzahl von Leuten in diesem Land, die die Umsetzung einer "neuen Asylpolitik" SO wollten, ist dann eben doch gering (siehe auch Punkt 4).

(6) Die Faschos werden auch in nächster Zeit keine Erfolge mehr in Richtung Parlament haben (weil sie nicht vermitteln können, warum sie irgendwelche Verbesserungen herbeiführen könnten). Gerade zu den Themen, die in den nächsten Jahren an Bedeutung zunehmen werden (z.B. Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Verteilung der Arbeit, Einkommen) haben sie keine attraktiven Vorstellungen und Programme: das ewige Hacken auf "die Ausländer" wird tendenziell immer weniger Wirkung zeigen, weil immer mehr Leute merken, daß es ihnen auch nichts genutzt hat, daß es den MigrantInnen jetzt schlechter geht als z.B. vor dem AsylVG oder der Abschaffung des Artikel 16.

(7) Wenn es stimmt, daß die Wahlerfolge von REP's oder DVU sich in den nächsten Jahren nicht mehr einstellen werden (und die Wahlen, die seit dem Niederschreiben dieses Satzes vor über einem halben Jahr stattgefunden haben, haben dies bisher bestätigt), werden auch die Faschos gezwungen sein, sich etwas Neues zu überlegen. Eine

---

liegt also eher in ihrem Nazi-Sein als in ihren Inhalten. Dem muß der "antifaschistische Kampf" Rechnung tragen.

Möglichkeit wäre der Versuch, das österreichische Modell einer rechten "Bürgerkraft" zu etablieren. Doch nach bisheriger Erkenntnis kann auch dieser als vorerst gescheitert betrachtet werden, siehe z.B. das Europawahlergebnis für den "Bund freier Bürger". Es scheint schwer, eine weitere bürgerlich - rechte Partei neben der CDU/CSU zu etablieren.

Die Rechtsradikalen und die gewaltsame Variante der Einflussnahme

(8) Die "faschistische Machtergreifung" durch die Schönhubers, Freys und Worchs (usw.) ist tatsächlich ein Konstrukt. Ich wüßte nicht, woher die Faschos dazu eine Basis hernehmen sollten.

Die Rechtsradikalen und der Rechtsruck der staatlichen Politik

(9) Unter diesen Bedingungen besteht die künftige Gefahr eher in der Verbindung rechtsradikaler und konservativer Intellektueller, im Gefolge deren Annäherung (die seit Jahren läuft) im rechten Diskurs kommt es zu einer Rechtsradikalisierung der staatlichen Politik und der Parteien. Diese Entwicklung läßt sich schon seit langem verfolgen, die Regierungsprogramme in Sachen Ausländerpolitik z.B. sind denen der REP's quasi identisch. Im Gegensatz zu den richtigen Nazis haben die herrschenden Parteien (wie der Ausdruck schon sagt), die Möglichkeit, ihr Programm auch umzusetzen. Das macht sie viel gefährlicher als die Faschos selbst.

(10) Diese (auch unabhängig von den Faschos laufende Entwicklung) kann auch durch einen möglichen rechten "Marsch durch die Institutionen" vorangetrieben werden. Vielleicht löst sich ja ein Teil des rechten Sumpfes in CDU/CSU usw. auf, über Hochschulgruppen, Polizei, Justiz, Bundeswehr usw. könnte eine rechte Durchdringung des bürgerlichen Staates auf uns zu kommen. Es hat allerdings bisher den Anschein, als würden die Kapazitäten der Faschos nicht ausreichen, um hier wirklich Erfolge zu erzielen. Viele scheinen sich auch nicht besonders geschickt anzustellen und fliegen auf oder raus (z.B. in Schöffengerichten). Frage ist, wieviele sich so geschickt anstellen, daß wir sie garnicht als Nazis wahrnehmen... Den offen "rechtsradikalen" Kräften in den Institutionen fehlt bislang die gesellschaftliche Rückendeckung (siehe den Skandal um die Mannheimer Richter).

Allerdings wird mit jedem Urteil a la Mannheim das gesellschaftliche Klima geändert. Der nächste Richter, der so entscheidet, bekommt sicherlich weniger Ärger ! Deshalb ist dieser Punkt sicherlich einer, der weiterhin genau und sorgfältig beobachtet werden muß.(siehe dazu auch das Papier aus Berlin in zirkular Nr. 3)

GRENZEN DER POLITISCHEN EINFLUSSNAHME DER NEONAZIS

Ohne den Staat sind sie nichts

(11) Durchsetzen können sich die Faschos nur dann, wenn sich ihre und die staatlichen Interessen decken. Das war so bei der Asyldiskussion, das ist so bei Angriffen von Rechten auf Linke (und deren Projekte). D.h., der Staat hat die Faschos durchaus (noch) im Griff. Wo die Faschos den staatlichen Interessen zuwiderlaufen (wie z.B. bei den Angriffen auf MigrantInnen NACH dem "Asylkompromiß"), reagiert er durchaus schärfer als noch vor Jahren. Auch kann sich der Staat ein reines Nichtstun schon nicht mehr leisten. Weite Teile der Öffentlichkeit fordern ein gewisses Vorgehen gegen die Nazis. Die Verbote von Nazi-Parteien und militanten Organisationen können durchaus

als Aufforderung verstanden werden, sich wieder in das demokratische Geschehen einzumischen. Der Staat braucht keine (unkontrollierbaren) Terrortrupps mehr, sondern Leute, die an einem "neuen Großdeutschland" demokratisch mitwirken (und keinen schlechten Eindruck machen). Er steht im Wechselspiel zwischen als Drohung gegen die Linke / gegen die MigrantInnen sowie als "repressive Avantgarde" brauchbaren Faschos und der Besorgnis sowohl um sein Gewaltmonopol (das sowohl Nazis als auch die Antifa ja ständig in Frage stellen) als auch um die eigene Reputation (vor den BürgerInnen, deren "Demokratie-Bild" ins Wanken geraten kann; den Linken, die mit dem Verweis auf den laxen staatlichen Umgang mit den Faschos ja auch antistaatliche Propaganda machen; dem Ausland...).

SMASH THE SYSTEM

Der Rechtsruck findet auch ohne Neonazis statt

(12) Gerade die Erkenntnis, daß der bürgerliche Staat durchaus Einfluß auf die Faschos hat (zumindest in dem Sinne, daß er sie zu gewissen Organisationsstrukturen bewegen kann (z.B. durch Verbote oder nicht), Pogrome a la Rostock unterbinden kann, Führungsfiguren verhaften, sie härter bestrafen, genauer beobachten und noch vieles mehr kann) sollte uns zu denken geben, ob die Stoßrichtung der Antifa "gegen Nazis" überhaupt (noch) die richtige ist. Zumal auch für die MigrantInnen die Gefahr eine (staatlichen) Abschiebung in Krieg, Folter, Hunger oder Tod wesentlich größer ist als von Faschos angegriffen zu werden (und diese Gefahr will ich damit nicht runterspielen). Es zeigt sich doch immer offensichtlicher, daß die Neonazis zwar funktional für den Staat sind, aber nicht das Szepter in der Hand haben. Vielmehr ist die staatliche Rechtsentwicklung eindeutig von rationalen ökonomischen und politischen Erwägungen geprägt (anhand des unfunktionalen Asylrechts haben das Teile der Linken ja schon ganz gut analysiert gehabt, u.a. auch wildcat). Gegenüber dieser Rechtsentwicklung AUS DEM ZENTRUM DES STAATES/DER POLITIK verkommt die Frage nach den Rechtsradikalen zunehmend zu einem Nebenkriegsschauplatz. Was nützt es, die REP's aus dem Parlament gehalten zu haben, wenn die Regierungsparteien genau die gleiche Politik machen ?

ANTIFA IST NUR DIE ERSTE HÄLFTE

...danach dann geht es erst richtig los

(13) Ohne ein zukunftsweisendes Projekt der Linken, welches viele Leute begeistern kann, haben wir keine Chance, weder gegen die Faschos und schon gar nicht gegen den Staat. Denn - das wurde schon in Biedenkopf festgestellt- das "Anti-" kommt immer zu spät. Für mich deckt sich das mit den Erfahrungen in "unserer Stadt", wo wir nach Jahren (recht erfolgreicher) Antifa-Politik die Situation haben, daß die Nazi-Glatzen von den Straßen verschwunden sind (von ausländischen Gangs, Punx und Skaters vertrieben), die Faschos kommunal keine Stiche mehr machen, sich eine alternative (links wäre zu politisch als Begriff dafür) Jugendkultur durchgesetzt hat und gleichzeitig, sozusagen am Ziel unserer größten Erwartungen, sich die komplette linke Szene verabschiedet hat, weil niemand mehr eine Idee von Kampf hat, weil der "Feind" weg ist ! Das kann es nicht sein: ANTIFASCHISMUS IST KEIN ZIEL, SONDERN EINE BEDINGUNG!

ein ehemaliger Antifa (Bremen)

Die Rassismusfalle

An dieser Stelle sollte eigentlich ein längerer Beitrag über "Rassismus und Klassenkampf" folgen. Aus technischen, aber auch aus inhaltlichen Gründen ist das nicht möglich gewesen, und im Moment sieht es nicht so aus, als ob in der nächsten Zeit das ursprünglich geplante Papier noch Gestalt annimmt. Die folgenden Anmerkungen sind aus dem bisherigen Entwurf herausgenommen worden. Vielleicht werden zu einem späteren Zeitpunkt noch andere Teile zu Einzelaspekten fertig

Sackgassen der Rassismusdiskussion

Wer sich etwas intensiver in die theoretische Diskussion und Literatur hineinbegibt, wird sehr bald feststellen können, daß darin "Rassismus" gleichermaßen und immer mehr zu einem Ersatz- und Kampfbegriff wird: Ersatzbegriff dahingehend, daß unter "Rassismus" vieles zusammengefaßt wird, was auch mit anderen Begriffen hinlänglich erfaßt und benannt werden kann; Kampfbegriff insofern, weil der Rassismus - ähnlich wie früher Kapitalismus, Imperialismus, Arbeiterklasse und nationale Befreiungsbewegungen - zu einem Zentrum geworden ist, um das herum sich politische Richtungen der Linken definieren. Erschwerend kommt hinzu, daß "Rassismus" in vielen theoretischen Beiträgen nur als Anwendungsfall für theoretische Modelle genommen wird, die es schon gab und die ebenso auf andere soziale Phänomene zutreffen. Daß alle möglichen Leute "am Thema Rassismus" noch einmal beweisen wollen, daß sie über eine schlüssige Gesellschaftstheorie verfügen, ist zwar verständlich, macht aber weder diese Theorien besser, noch wird mehr Klarheit über den Rassismus geschaffen. Im Prinzip unterscheiden sich in dieser Frage die Linken nicht von den professionellen Wissenschaftlern, Philosophen und Sozialpsychologen.

Ich glaube nicht, daß sich "Rassismus" zum Kampfbegriff und erst recht nicht zu einem Zentralbegriff von Gesellschaftsanalyse eignet. Im Gegenteil tut man letztlich dem Rassismus damit einen Gefallen, wenn man dieser Form einer "totalisierenden" Ideologie, nur in umgedrehter Weise, "totalisierende" Thesen und Theorien entgegensetzt - ein Verfahren, das einzig und allein der Selbstidentifikation nützt und sich selbst in Gestalt einer kollektiven "Identität" in Szene setzt. Dabei ist es egal, ob diese kollektive "Identität" die ‚Klasse" ist - was auch immer darunter verstanden wird - oder ein anderes, eher humanistisch begründetes, nicht-rassistisches oder antirassistisches kollektives Subjekt. Auch auf die Gefahr hin, von einigen mißverstanden zu werden, gebe ich zu, daß ich mich von derartigen Aufgeregtheiten und Posen innerhalb der Linken genauso abgestoßen fühle wie andere, die manchmal durchaus zurecht dem Antirassismus vorwerfen, er diene letztlich nur der eigenen moralischen Selbstbestätigung. Das sagt nichts gegen die Motive und Ziele des linken Antirassismus aus, wohl aber gegen die Politik des guten und schlechten Gewissens, in der vor allem die radikale Linke - mit den bekannten Solidarisierungszwängen - eine Meisterin ist, die den Kirchen nur in wenigem nachsteht.

Dabei schließe ich auch nicht diejenigen aus, die sich, wiederum in der Pose einer imaginären Klasse, auf dasselbe Glatteis begeben und im Namen eines Klassenkampfes

als Prinzip den Rassismus derart relativieren, daß er sich in einen entfremdeten Protest von ArbeiterInnen, die ja "eigentlich" etwas anderes zu tun haben, faktisch auflöst. Beide Seiten haben aufschlußreiches Material zur Rassismusdiskussion beigetragen, aber ich denke, daß es neu angeordnet werden muß, daß dem inneren Zwang, alles um Zentralfragen, Zentralfiguren usw. herum anzuordnen, widerstanden werden muß. Den Klassenbezug herzustellen, bedeutet zunächst einmal nur, daran festzuhalten, daß Emanzipation als soziale Befeiung letztlich nur durch die Klassenkämpfe hindurch erreicht werden kann; was aber eben nicht heißt, daß sie sich darin erschöpft. Insofern kann und muß die ,Klassen-Linke" die Rassismusdiskussion für sich selber fruchtbar machen, indem sie daraus für sich einen differenzierten Begriff von Klassenkampf und historischen Klassen gewinnt, der wirklich dem zugrundegelegt werden kann, was Karl Heinz Roth "Sozialismus als offenes System" genannt hat. Sie sollte sich jedenfalls nicht davon abhalten lassen, in dieser kritischen Weise dem Rassismus innerhalb der Arbeiterklasse nachzugehen, auch wenn die linke Rassismusdiskussion mittlerweile zu großen Teilen zu einer umgedrehten Klassendiskussion geworden ist, worin die ,Klasse" in ihrer Gesamtheit zum rassistischen Subjekt der Geschichte mutiert.

Die Rassismusfalle

Eine der Eigenarten des Rassismus besteht darin, daß er dazu tendiert, seinen Gegnern die eigene Logik aufzuzwingen. Die spontane Gegenwehr in ideologischen wie praktischen Konfrontationen besteht zwangsläufig darin, sich auf die Seite derjenigen zu stellen, die zum Objekt des Rassismus - in Theorie und Praxis - werden. Das ergibt sich alleine dadurch, daß der Rassismus in all seinen Varianten solche Konfrontationen herstellt, also entlang seiner eigenen Logik Fronten zieht, die man zwar entlarven und demaskieren kann, die aber real gegen Menschen zielen. Die spontane Gegenwehr entlang dieser Front ist nicht nur verständlich, sie ist auch notwendig. Sie schützt die betroffenen Menschen - Juden, ImmigrantInnen usw. -; im besten Falle kann sie auch mit dazu beitragen, daß sich diese unmittelbaren Opfer rassistischer Politik und Aktionen wehren und selbst organisieren. Dennoch bleibt es zunächst dabei, daß hier die Grenzziehung, die durch den Rassismus vorgenommen wird, zunächst bestehen bleibt. Noch nicht einmal die Selbstorganisierung von Flüchtlingen oder Juden kann diese Grenzziehung durchbrechen. Sie kann allerdings die unmittelbare körperliche Bedrohung mindern und vielleicht durch Gegenwehr einigen Akteuren des rassistischen Mobs klarmachen, daß sie es mit Subjekten zu tun haben und daß diese Subjekte dem Objekt des Rassismus wenigstens darin nicht entsprechen, daß sie nur ewig Geschlagene sind. Soweit handelt es sich um Kampfsituationen, die sich aus der alltäglichen Praxis ergeben, die sozusagen vom Gegner aufgezwungen werden und in denen heute noch nicht einmal alles ausgeschöpft worden ist, was an Gegenwehr entwickelt werden kann und muß. Um solche Situationen zu bestehen und das Notwendige zu tun, braucht es keinerlei theoretische Erörterung, und der praktische Antirassismus tut gut daran, sich hier keinerlei Legitimation aufzwingen zu lassen.

Etwas anderes dagegen sind die politischen Schlußfolgerungen und Erklärungen, die sich - sei es als Legitimation, sei es als weiterführende Perspektive - hieran anschließen. Das,

im wörtlichen wie übertragenen Sinne, "Schwarz-Weiß"-Schema des Rassismus wird allzu schnell übernommen, die rassistische Konstruktion und Spaltung für bare Münze genommen. Der Identitätszwang, dem der Rassismus unterliegt, überträgt sich auf den Antirassismus im selben Moment, wo aus der Not eine Tugend gemacht wird und die rassistische Spaltung der Gesellschaft faktisch als die entscheidende Trennungslinie anerkannt wird. Es stellt sich dann sogar noch der Fehler ein, die reale Immigration und die Flüchtlinge als diejenigen Faktoren anzusehen, auf die der Rassismus reagiert. (Nicht von ungefähr häufen sich Beiträge und Diskussionen über "Migration und Rassismus", während das naheliegende Thema des Antisemitismus als ‚innerer Rassismus" mehr oder weniger gemieden wird.) Der Fehler besteht darin, daß "Immigration" für den Rassismus in erster Linie keine reale Bedeutung hat, sondern die Bedeutung eines Symbols und einer Metapher, die mittlerweile in den Redeweisen den früheren Stellenwert von ‚Rasse" eingenommen hat. (Es gibt auch andere, wie: "die Kriminalität") Der Antirassismus läuft also dann in die ‚Rassismusfalle", wenn er sich auf das Objekt des Rassismus als eine soziale Realität bezieht, die nur verdreht bzw. ideologisiert interpretiert wahrgenommen und interpretiert würde. Damit kommt dem Rassismus eine Würdigung zu, die er nicht verdient, und der entscheidende Punkt, daß das Objekt des Rassismus eine Konstruktion ist, die erst in zweiter oder dritter Linie irgendetwas mit den wirkklichen Subjekten zu tun hat, gerät in den Hintergrund. Der innere Mechanismus des Rassismus wird also nicht aufgebrochen, nicht durchkreuzt, sondern unfreiwillig bestätigt.

In einer anderen Weise findet dieser Fehler seine Fortsetzung in der Suche nach Erklärungen für die sozialen Grundlagen des Rassismus. Was man früher innerhalb der Linken "Ökonomismus" genannt hat, also die Zurückführung und damit Reduzierung außerökonomischer Phänomene auf angebliche ökonomische Gesetzmäßigkeiten oder soziale Klassenlagen, wiederholt sich in entgegengesetzter Weise: Auf der einen Seite in den Thesen, daß der Rassismus eine adäquate Ideologie bestimmter Klassenteile (die "Kleinbürger" oder "die weißen Facharbeiter") sogar der gesamten Arbeiterklasse (die "weiße Metropolenklasse") sei; auf der anderen Seite in dem Standpunkt, der Rassismus sei etwas in die Arbeiterklasse Hineingetragenes, also letztlich eine bloße Erscheinungsform von etwas anderem, wesentlichem - des Klassenkampfes, womöglich nur als beiläufige Verirrung oder Verwirrung. Im ersten Fall haben wir es mit nichts anderem zu tun als dem Versuch, dem Rassismus im nachhinein noch eine rationelle Grundlage zu veschaffen; wobei das rassistische Selbstbild zum Muster einer Gesellschaftsanalyse wird. Soziale Spaltungen, die der Rassismus zunächst in seiner Ideenwelt herstellt, um sie dann - als rassistischer Mob und in progromartigen Verhältnissen oder aber im Normalfall rassistischer Politik - erst praktisch durchzusetzen, können dann schon gar nicht mehr kritisiert werden. Sie geben stattdessen die Trennungslinien gesellschaftlicher Klassenlager wieder: Dieser, antirassistisch begriffene, soziale Antagonismus ist selber rassistisch konstruiert.

Rassismus als soziale Frage

Was nun die zweite Variante theoretischer Erklärungen betrifft, so ist die darin immer wiederkehrende Gegenüberstellung von Rassismus und sozialer Frage so ziemlich das

Unfruchtbarste, was sich in der Rassismusdiskussion ergeben kann. Es wird so getan als gebe es eine Wohnungsfrage, eine Arbeitsplatzfrage oder Lohnfrage, also genau in der Art und Weise, in der die bürgerliche Politik sozial bewegte Verhältnisse in Abstraktionen verwandelt, um sie sich zum eigenen Objekt zu machen. Ungewollt begibt man sich so auf das Niveau einer Klassenanalyse, die das Klassenhandeln vom Niveau der materiellen Bedürfnisbefriedigung abhängig macht, eine Art umgedrehte Verelendungstheorie, in der nunmehr der Rassismus und Rechtsradikalismus zur unmittelbaren Konkurrentin der Linken wird. Es ginge darum, so heißt es dann, die soziale Frage nicht den Rechten zu überlassen. Die "soziale Frage", in dieser abstrakten Weise gestellt, ist aber nichts anderes als die Frage nach den Bedingungen kapitalistischer Wohlfahrt des Proletariats. Und auf der Suche nach Antworten auf diese Fragestellung ist jede Linke - ob revolutionär oder reformistisch - dem Rassismus und Rechtsradikalismus hoffnungslos unterlegen.

Die ,Klassen-Linke" unterscheidet sich vom Rechtsradikalismus und Rassismus nicht in den Antworten auf die "soziale Frage", sondern in der Fragestellung selber, also in der Frage nach den Bedingungen sozialer Befreiung, Emanzipation im Sinne eines Kommunismus als "realer Bewegung" innerhalb der sozialen Kämpfe. In der Allgemeinheit, wie der Klassenkampf zunächst begriffen werden muß, entwickelt er aus sich heraus nicht zwangsläufig oder historisch-notwendig eine Perspektive, die über das Grundverhältnis von Arbeiterklasse und Kapital hinausweist. Er stellt ArbeiterInnen, Indivdiuen wie Gruppen, soziale Zusammenhänge, vor Entscheidungen und vor eine Wahl, aber nicht einmalig und voraussetzungslos. Diese jeweiligen Entscheidungen, wie Abgrenzungen und Ausgrenzungen vorgenommen werden, wo Freund und Feind ist, wird nicht unter frei gewählten Bedingungen, sondern unter gegebenen Voraussetzungen, Traditionen und innerhalb vorhandener gesellschaftlicher Haltungen getroffen. Nicht angeblich "reale Probleme" oder die "Krisen" bestimmen das individuelle wie kollektive Handeln, sondern die Art und Weise, wie sie wahrgenommen werden, was die eigenen Normen und Maßstäbe sind, nach denen Bewertungen vorgenommen werden. Im orthodoxen Klassenbegriff der marxistischen Tradition erscheint die ,Klasse" wie ein leeres Gefäß, in das am laufenden Band - und beschleunigt in den Krisen - die sogenannten Erfahrungen hineinlaufen. Soziale Erfahrung stellt sich aber umgekehrt erst durch die Konfrontation der bereits vorhandenen Vorstellungen, Normen und Maßstäbe - zum Beispiel von "sozialer Gerechtigkeit" - mit neuen Bedingungen her. Erfahrung ist dann möglicherweise auch gleichbedeutend mit Veränderungen, Anpassung oder auch mit der Radikalisierung dieser Vorstellungswelt. Soziale Probleme sind nur soweit "real", wie diese Vorstellungent und jeweiligen Wahrnehmunsformen selber Teil der gesellschaftlichen und Klassenrealität sind. Von einer gesellschaftlichen "Krise", die mehr ist als nur die willkürliche oder naturwüchsige Stockung in der ökonomischen Reproduktion, kann also nur dann gesprochen werden, wie diese Formen gesellschaftlicher Wahrnehmung in eine Krise geraten, wie die Orientierungspunkte der bisherigen Vorstellungen entweder verschwinden oder verschoben werden. Wertvorstellungen, wie des Staates als fürsorglichem Souverän oder

von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, wandeln sich in den sozialen Auseinandersetzungen ebenso, wie sie in auseinandergehende Richtungen radikalisiert werden. Der "Klassenkampf" ist deshalb in Wahrheit sowohl allgemeines Grundverhältnis von Arbeiterklasse und Kapital wie auch der konkrete Zusammenhang sehr verschiedener, grundsätzlich aber "offener" Entwicklungsstränge in der "Umwertung der Werte", auch ein Kampf um gesellschaftliche Anerkennung, der sich immer gleichzeitig im Gegensatz zum Kapital und Staat vollzieht wie innerhalb der ,Klasse" selber.

In diesen alltäglichen wie gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist der Rassismus eine von mehreren Identitätsbildungen, und in seinem mobilisierten Stadium ist er eine der Arten, wie reaktionäre Normen und Werte radikalisiert werden, um die eigene Stellung innerhalb der sozialen Auseinandersetzungen zu definieren. Die Spaltungen, die derart konstruiert und durchs eigene Verhalten auch faktisch hergestellt werden, haben in erster Linie mit dieser Selbstidentifikation zu tun, also die soziale Wirklichkeit nach dem eigenen Bilde modeln zu wollen und zu müssen; und erst in zweiter Linie beziehen sich diese Spaltungen auf vorhandene soziale Hierarchien, Unterschiede und Ungleichheiten. Rassistische und andere Spaltungslinien innerhalb der ,Klasse" wie innerhalb der gesamten Gesellschaft sind reale Verhältnisse und selber Faktoren in dem, was Klassenzusammensetzung genannt wird - unter der Voraussetzung, daß die sogenannte politische Klassenzusammensetzung auch in ihren ,kulturellen Vermittlungen" begriffen wird. Karl Heinz Roth hat insofern recht, wenn er von rassistischen Überlagerungen des proletarischen Konstitutionsprozesses spricht. Freilich ist das nur mit der Ergänzung richtig, daß das von ihm so genannte "re-making" eines neuen, weltweiten Proletariats eine Tendenz innerhalb der Klassenauseinandersetzungen ist, während sogenannter proletarische Nationalismus und Klassen-Rassismus die entgegengesetzte Seite darstellt.

Beide Seiten schließen sich nur dann aus, wenn die Arbeiterklasse - in welcher begrifflichen Konstruktion auch immer - weiterhin als homogenes Subjekt unterstellt wird oder aber davon ausgegangen wird, es müsse dazu werden. Letzteres, also die stillschweigende oder ausdrückliche Suche nach einem historischen Sinn, der in der Existenz der Arbeiterklasse liegt und über den Kapitalismus hinausweist, findet sich bei Karl Heinz Roth immer noch wie bei anderen Vertretern der ,Klassen-Linken". Wenn man schon die sehr mißverständliche - und mißbräuchliche - Formulierung vom "revolutionären Subjekt" aufnimmt, dann kann sich dieses gar nicht aus einer Homogenisierung der Arbeiterklasse ergeben, weil einzig und allein deren kapitalistische Existenz die Homogenität garantiert. An der Feststellung, daß die Herausbildung eines "revolutionären Subjekts" nur durch massive Spaltungs- und Polarisierungsprozesse innerhalb der Arbeiterklasse (überspitzt formuliert: ihre Zerstörung als Arbeiterklasse des Kapitals) zustande kommen kann, kommt man deshalb gar nicht vorbei. Nur sind das nicht mehr die Spaltungslinien, die der Rassismus quer durch die Arbeiterklasse zieht.

Martin Rheinlaender, Hamburg

Videos zu Rußland (endlich fertig!)

Hier sind sie nun, die Texte der Rußland-Videos. Die Videos sind ab Mitte April unter der Berliner Adresse erhältlich (beide zusammen 25 DM inklusive Porto und Versand). Damit kanns nu auch losgehen mit den Veranstaltungen. Nach den Ereignissen in und um Tschetschenien bekommt das Ganze auch noch einmal eine andere Note. Wer eine Veranstaltung machen will, soll sich in Berlin melden.

Der erste Video (Dawai, Dawai) soll erstmal die Situation der ArbeiterInnen in Rußland (be)greifbar machen. Die Leute erzählen, wo und wie sie arbeiten, was sich in den letzten Jahren verändert hat usw. Das soll bei den Veranstaltungen dann mit einem Referat zu den Veränderungen seit der Perestroika genauer erklärt werden (in Form einiger zentraler Thesen, also kein langer Vortrag).

Der zweite Video (Slawa Trudu) dreht sich um den Zusammenhang zwischen den Kämpfen und Nationalismus am Beispiel der ArbeiterInnen eines Stahlwerkes in Tscherepowez. Das soll dann Ausgangspunkt einer genaueren Analyse der Klassenbeziehungen in Rußland in den letzten zwei Jahren und den politischen Perspektiven sein.

Dawai, Dawai! Interviews zum Klassenkampf in Moskau

(VHS, 1994, 30 Minuten)

Wir fuhren im August 1993 nach Moskau und machten Interviews, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen die ArbeiterInnen in Rußland nach der Perestroika und der Auflösung der Sowjetunion heute leben und was für Perspektiven sie haben: Jugendliche, Frauen, FabrikarbeiterInnen, RentnerInnen. Hier wollen wir Ausschnitte aus vier Interviews zeigen.

1. Jugend

In der Sowjetunion hatten die Jugendlichen eine geplante Zukunft vor sich: Schule, Armee, Studium, Arbeit, Kinder, Rente. Seit 1985 veränderte sich die Situation: Viele Jugendliche bekamen keine Lehrstelle mehr. Die soziale Absicherung wurde durchlöchert. Durch die Verarmung werden sie gezwungen, schon mit 10 Jahren irgendwelche Jobs zu machen: Autos waschen, Kleinhandel, Klauen ...

Kiril, Jobber, bald Student:

Nach der Schule versuchte ich, das Abitur zu machen und zur Hochschule zu gehen. Das war einige Zeit lang erfolglos. Jetzt gehe ich arbeiten und die Familie hilft, wie praktisch bei fast allen jungen Leuten. Große Fabriken nehmen die Jugendlichen nicht gern zu seriösen Arbeiten. Ich versuchte, in eine Fabrik zu kommen, wurde aber nicht genommen, weil zu jung und keine Qualifikation. Ich muß in einem Kindergarten arbeiten und putze dort das Gelände.

"Was verdienst du dort?"

Den offiziellen Minimallohn, der sich aufgrund der Inflation ständig ändert. Viele Leute, die die Schule jetzt absolvieren, gehen direkt in die Kommerzstrukturen, den Handel. Viele Schüler gehen auch gar nicht zur Schule, sondern machen Kleinhandel,

waschen Autos etc. Viele Familien leben unter der Armutsgrenze und können ihre Kinder nicht mehr unterstützen. Die Kinderarbeit boomt. Die Massenmedien und die Werbung üben auch ihren Druck aus. Man zeigt schönes Leben, schöne Waren und sagt: "Um so zu leben, muß man viel arbeiten." Da die Löhne der Eltern nicht ausreichen, müssen die Kinder auch arbeiten gehen. Im Prinzip sind das Spekulationsoperationen. Sie kaufen etwas und verkaufen das dann teurer. Das machen vor allem die Teenager von 14 bis 16 Jahren. Die Jüngeren von 8 bis 12 Jahren waschen Autos. Die Hälfte aller Leute im Weiterverkauf sind Teenager, die andere Hälfte sind ältere Leute, die sowieso keine höheren Posten im Kommerz und Handel bekommen.

Es ist schwerer geworden, Arbeit zu finden, es fehlt eine Perspektive. Es gab eine Umfrage an den Schulen: "Viele Jugendliche sehen ihre Zukunft pessimistisch."

2. Frauen

Bis Mitte der 80er machten über 90% aller Frauen Lohnarbeit und Hausarbeit. Sie mußten Geld ranschaffen und die Reproduktion organisieren. Seither wurden die Frauen als erste entlassen und müssen wieder "typische Frauenberufe" machen. Die Gewalt gegen Frauen nahm zu und sie sind am meisten betroffen durch die Streichung von Sozialleistungen und Verarmung.

Gaika, Korrekturleserin, Journalistin:

Ich arbeite im Verlag "Moskauer Wahrheit" als Korrekturleserin und Journalistin. Ich verdiene bis zu 70 Dollar. Als Korrekturleserin habe ich einen Festvertrag mit dem Verlag über zwei bzw. drei Tage die Woche, d.h. Montag, Mittoch und Freitag oder Dienstag und Donnerstag von morgens bis abends. Hauptaufgabe ist es, keine Fehler durchzulassen. Wenn es Fehler gibt, wird was vom Lohn abgezogen. Ich habe eine Ausbildung als Korrekturleserin. Die anderen Leute, die dort arbeiten, sind meistens viel älter als ich und haben Hochschulausbildungen wie z.B. als Journalisten, Philosophen. Sie hätten sich nie vorgestellt, daß sie mal diesen Beruf ausüben würden. Die Korrekturleserinnen sind alle Frauen, Russinnen, keine aus anderen Repuliken, weil in erster Linie Texte in russischer Sprache redigiert werden müssen.

Es gab da ein Problem mit dem Urlaub. Es gibt eine Regel, daß nur zwei Frauen von zwölf, die dort arbeiten, Urlaub machen können. Im Sommer gibt es da Probleme, weil natürlich viele zu dieser Zeit Urlaub machen möchten. Das wird dann untereinander so geregelt, das diejenigen, die Urlaub machen, sich jemanden von außerhalb des Betriebes besorgen, die an ihrer Stelle solange arbeitet und für den Monat das Geld bekommt. Das ist sozusagen halblegal. Eine der Frauen, die das machte, wurde von der Buchhaltung entdeckt und am nächsten Tag entlassen. Ich versuchte dann alle zwölf Kolleginnen der Schicht zum Protest zu überreden. Sie sollten weiter arbeiten, aber ein Protestschreiben unterzeichnen, in dem es auch um die schlechten Arbeitsbedingungen, wie z.B. zuwenig Raum, zu hohe Arbeitsbelastung usw. ging. Wenn alle zwölf diese Erklärung auf den Tisch des Chefs gelegt hätten, hätte ihn das unter Druck gesetzt. Aber die Kolleginnen hatten Angst und machten

nicht mit. Die Frau bleibt entlassen, aber ins Arbeitsbuch wurde eine andere Formulierung geschrieben. Statt Verletzung der Arbeitspflicht, steht als Grund für die Entlassung steht da jetzt, daß es ihr eigener Wille war.

Es gibt bei uns keine Gewerkschaft, weswegen wir unsere Konflikte mit den Vorgesetzten selbst austragen müssen.

Meiner Meinung nach, hat sich die Einstellung der Gesellschaft gegenüber der Frau geändert. Es werden gegenüber Frauen ekelhafte Dinge gesagt, die nicht gesagt werden dürften. Ob auf der Straße oder in der Familie, die Gewalt gegen Frauen wächst.

3. Fabrik

Die sowjetischen FabrikarbeiterInnen standen im Mittelpunkt der Reformen der Perestroika. Sie hatten sich eine geringe Arbeitsintensität gesichert und blockierten die Erhöhung der Produktivität. Sie wollten die Verbesserung der Versorgung und größere persönliche Freiheiten, aber ohne mehr Arbeit. In den Streikwellen von 1989 und 1989 stellten sie immer neue Lohnforderungen und setzten die Verteilung von Lebensmitteln durch.

Wassili, Automobilarbeiter:

(SIL ist mit 60.000 ArbeiterInnen, davon 40% Frauen, die größte Fabrik in Moskau. Sie produzieren LKW und PKW, sowie Kühlschränke und andere Haushaltswaren. Die Fabrik wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die alte Betriebsleitung stellt nun den Vorstand.)

Das Moskauer Kombinat ist in Abteilungen aufgeteilt. Ich arbeite in der LKW-Produktion, an den Maschinen, wo Kupplungen hergestellt werden. Es gibt ein zentrales Fließband, wo die Autos zusammengesetzt werden. Die einzelnen Teile für die Autos werden an kleineren Bändern montiert. Es gibt also ein System von Fließbändern.

Die Reorganisierung oder Umstrukturierung von SIL läuft schon einige Jahre und begann schon vor der Perestroika. Das Brigadesystem gab es seit 1986. Meine Brigade hatte 47 Leute. Es gab einen Rat der Brigade und der faßte die Beschlüsse, aber bei Streitigkeiten konnte die allgemeine Versammlung einberufen werden. Die Verteilung der Löhne wurde von der Brigade selbst bestimmt. Das führte man seit der Perestroika ein. Ich selbst und die Kollegen hielten das für gut. Man konnte dabei planen und die Arbeit mit weniger Leuten machen. Faule und fleißige Arbeiter konnte man auseinanderhalten. Wer gut arbeitete und wer schlecht. Aber leider änderte dieses System nur was auf der Ebene der Brigade selbst. Weiter nicht.

"Waren die Brigaden für ihre Produktivität und ihren Ausschuß usw. verantwortlich?"

Ja. Die Arbeiter fanden das auch ganz gut. Sie wollten die Löhne aber auch weiter oben kontrollieren, also nicht nur in der Brigade, sondern in der ganzen Abteilung und im Werk insgesamt. Das gelang uns aber nicht. Schon in der Zeit, in der der Übergang zur Aktiengesellschaft vorbereitet wurde, hat man das damalige Brigadesystem wieder abgeschafft. Das hat damit zu tun, daß die allgemeine Produktion

zurückgegangen ist. SIL produziert jetzt halb soviel wie 1986. Dann kam die Reorganisierung. Die Brigaden begannen Löhne einzubüßen. Die Arbeiter wollten natürlich mehr Geld und dachten, wenn man zum System der Individualarbeit zurückkehrt, so könne man mehr verdienen. Außerdem wollte die Administration keine bessere Organisierung der Arbeiter, welche begannen, Forderungen zu stellen. Es gab also drei Gründe, warum das geändert wurde: 1. der Produktionsrückgang, 2. die Furcht der Betriebsleitung vor den Arbeitern und 3. der Wille der einzelnen Arbeiter, individuell mehr zu verdienen.

(zu Zeitarbeit ...)

Bei SIL gab es was Besonderes: sehr viele Zeitarbeiter. Ich spreche von Leuten, die für zwei oder drei Monate kamen, um einfache Arbeiten zu machen. Aufgrund der Kürzungen machen jetzt die ständigen Arbeiter die Arbeit. Bevor man die ständigen Arbeiter entläßt, schlägt man ihnen vor, doch diese Arbeit der Zeitarbeiter zu machen. Die ist natürlich schwerer und man verdient weniger. Nicht alle sind damit einverstanden. Aber praktisch alle ständigen Arbeiter, deren Stellen gestrichen werden, machen machen jetzt die Arbeiten der Zeitarbeiter. Bisher arbeiteten in der Montage der Fahrerkabinen Arbeiter aus Usbekistan und Mittelasien.

(zum Lohn ...)

Der Durchschnittslohn bei "SIL" lag im August bei 60.000 Rubel. Es reicht natürlich nicht. Sogar für mich. Meine Familie hat keine Kinder und meine Frau verdient fast dasselbe [nochmal 60.000). Es reicht trotzdem nicht. Die Leute leben momentan vor allem von den alten Vorräten, es reicht gerade fürs Essen.

(Kämpfe ...)

[1989 - 1989] gab es einige kleinere Streiks in den Abteilungen. Es ging vor allem um wirtschaftliche Forderungen, d.h. höhere Löhne. In meiner Abteilung gab es auch eine Initiative, um einen Streik legal zu organisieren, aber bevor er konkret wurde, wurden einige Forderungen erfüllt und wir streikten dann nicht. Die "Verlangsamung des Arbeitstempos" ist eine Alternative zum Streik, um bestimmte Sachen durchzusetzen. Z.B. begannen die Leute in der Metallverarbeitung jetzt, wo sie weniger bekommen, das Arbeitstempo herunterzusetzen. Die Arbeiter sagen, "für solche Löhne muß man halt so arbeiten." Die Stimmung ist sehr pessimistisch. Aber die Leute hoffen irgendwo, irgendwie zu überleben. Aber die Stimmung in Richtung der Macht und der Behörden ist sehr schlecht, bei vielen sogar aggressiv.

4. Rente

Als die ArbeiterInnen immer neue Lohnerhöhungen erkämpften, reagierte der sowjetische Staat mit der Entwertung des Geldes, also Inflation. Die Renten waren damit nur noch einen Bruchteil wert und die meisten Alten verarmten völlig. So sind sie auf Verwandte und die Lebensmittel aus den Obstgärten (Datschen) angewiesen. Viele Alte müssen aber auch auf der Straße stehen und Zigaretten, Brote und Obst verkaufen, um sich ein paar Rubel dazu zu verdienen.

Lija, früher Ingeneurin, jetzt Rentnerin:

Vom Beruf bin ich Ingenieurin in der Atomindustrie. Seit fünf Jahren arbeitete ich nicht mehr, bekomme jetzt Rente. Das reicht aber nicht zum Leben. Glücklicherweise hilft mir der ältere Sohn, der Geschäftsmann ist. Die Rente wird vom Staat nach ganz schlauen Formeln bestimmt, die mir unverständlich sind. Man sagt, daß das früher ein böser Sozialismus war. Aber die Rente von 132 Rubel hat gereicht. Sogar um Ersparnisse anzulegen und sich mal was Außergewöhnliches zu leisten. Jetzt sind es 23.000 Rubel und es ist zuwenig, weil z.B. die Ausgaben für Wohnung und Garten höher sind.

Meine Freundin z.B. arbeitete in der Fabrik und tut es immer noch, weil sie nicht von ihrer Rente leben kann. Sie unterstützt nämlich auch noch ihre Kinder, die ebenfalls zwei Kinder haben, weil diese arbeitslos waren. Viele ernähren sich vom Land, so wie ich. Viel schlechter ist es für die RentnerInnen, die gar kein Land haben. Wir, die wir Land besitzen, kommen immer noch zurecht, für die, die keins haben, ist es ganz schlecht.

Meine Eltern arbeiteten in der Automobilfabrik "SIL". Während des Krieges wurde dieses Werk nach Miass im Uralgebiet, in der Region Tscheljabinsk, evakuiert. Der Betrieb kehrte 1947 zurück. Ebenso die Familie. 1947 war ein Hungerjahr. Die Essenskarten wurden abgeschafft und die Familie bekam die Landfläche vom Betrieb. Ich hab sie von meinen Eltern geerbt.

Die Nachbarn hier bauen für sich selbst an, aber es gibt auch Leute, die verkaufen. Prozentual ist das schwer zu bestimmen. Aber selbst wenn die Leute verkaufen, sind es nur kleine Zuschüsse für ihre Familie. Man kann es nicht als Haupteinnahmequelle machen, das reicht nicht. Aber das, was ich aus dem Garten sammle, reicht den ganzen Winter für mich und meine Familie. Man muß nur ein paar Äpfel für die Kinder kaufen. Von Optimismus als solchem kann keine Rede sein.

Ich vertraue auf mich, meine Arbeit und meine Gesundheit. Ich erhoffe und erwarte von niemandem etwas. Es gibt ein altes russisches Sprichwort: "Der Wolf ernährt sich durch die Kraft seiner Beine". Deshalb erwarte ich keine Hilfe von außen. Nur eines: Wenn die Situation sich verschlechtert, hoffe ich, daß meine Kinder mich nicht verhungern lassen. Wir arbeiten jetzt zweimal mehr als früher und manchmal gehen wir zwei Uhr nachts ins Bett. Ich erwarte da aber nichts von den Leuten, die oben sind. Da habe ich keine Hoffnungen.

(Ende) Die Situation in Rußland hat sich seit Mitte der 80er erheblich verändert. Für viele ArbeiterInnen haben sich die Lebensbedingungen verschlechtert. Die Kämpfe und Streiks der letzten Jahre schafften keine revolutionäre Wende und führten zur Verschärfung der Krise. Die Phase des Umbruchs ist noch in vollem Gange. Fragt sich, ob und wann die ArbeiterInnen es schaffen, die Initiative zu ergreifen und die Bedingungen in ihrem Sinne zu verändern.

Dawai, Dawai! (Slang für: Los gehts!, Gib her!, Tschüß!)

Slawa Trudu! (Es lebe die Arbeit!)

Kurzfilm über soziale Kämpfe und Nationalismus in Rußland (VHS, 1995, 20 Minuten)

Im Mai 1994 fuhren wir nach Tscherepowez im Norden Rußlands. Wir bekamen Kontakt zu StahlarbeiterInnen, die in einer der neuen Gewerkschaften aktiv sind. Sie hatten seit Anfang des Jahres einige kurze Streiks organisiert. Wir hörten, daß der Dachverband ihrer Gewerkschaft in Moskau ein neues Abkommen unterschrieben hatte. Und zwar mit einer faschistischen Organisation ...

Die Stadt Tscherepowez liegt ca. 400 km nördlich von Moskau und 400 km östlich von St. Petersburg an der Wolga. Hier leben heute ca. 400.000 Leute.

Tscherepowez ist eine typische russische Industriestadt, die im Zuge der stalinistischen Industrialisierung seit den 30er Jahren hochgezogen wurden: Fabriken, Wohnsilos und schlechte Straßen prägen das Bild.

Mit Abstand die größte Fabrik ist das Metallurgische Kombinat "SEWERSTAL", ein Stahlwerk, daß in den 40er und 50er Jahren von Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen gebaut wurde. Bis 1989 arbeiteten hier über 50.000 Leute. Heute sind es noch etwas über 40.000. Nachdem die russische Regierung ab 1992 mit der Privatisierung staatlicher Betriebe begonnen hatte, wurde das Werk in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die alte Betriebsleitung stellt heute den Vorstand und das Management. Weil das Werk 70 Prozent seiner Erzeugnisse ins Ausland exportiert, geht es ihm finanziell relativ gut - anders als vielen anderen Betrieben in Rußland. Die ArbeiterInnen konnten so auch für russische Verhältnisse relativ hohe Löhne durchsetzen. Ungelernte verdienen um die 200.000 Rubel, Gelernte bis zu 500.000 Rubel. Der russische Durchschnittslohn lag im Frühjahr 1994 wesentlich niedriger, bei 100 bis 120.000 Rubel, umgerechnet etwa 100 Mark. 20 Prozent der ArbeiterInnen sind Frauen, die in der Regel die dreckigsten Jobs machen müssen und als Ungelernte wenig verdienen. Bis Anfang 1994 arbeiteten hier auch MigrantInnen aus Vietnam und China, die aber mittlerweile alle zurückgeschickt wurden. Heute gibt es hier noch MigrantInnen aus anderen ehemaligen Sowjetrepubliken und aus dem Kaukasus.

Im Zuge der Kämpfe und Streiks seit 1989 wurde auch bei "SEWERSTAL" eine neue Gewerkschaft gegründet. Diese hat heute im Werk etwa 1500 Mitglieder. Sie trat der 1990 gegründeten "Konföderation freier Gewerkschaften Rußlands" (KSPR) bei, einer Vereinigung von Gewerkschaftsgruppen, die ihre Zentrale in Moskau hat. KSPR-Vorsitzender ist Alexander Alexejew. Alexejew verlangte einerseits die Absetzung der alten stalinistischen Betriebsleitungen, andererseits setzte er auf eine "nationale" wirtschaftliche Entwicklung und eine Sozialpartnerschaft zwischen ArbeiterInnen und Unternehmern.

Die KSPR-Gruppe bei "SEWERSTAL" ist die größte Einzelgewerkschaft innerhalb der KSPR. Im Stahlwerk gibt es noch zwei andere Gewerkschaften, eine kleinere Abspaltung von der KSPR und die alte Metallarbeitergewerkschaft, in der noch die meisten ArbeiterInnen Mitglied sind und die der Betriebsleitung nahe steht.

Es gab auch schon gemeinsame Aktionen der drei Gewerkschaften gegen die Betriebsleitung, wenn es um Löhne und soziale Garantien ging.

In den letzten Monaten vor unserem Besuch war es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Betriebsleitung und den ArbeiterInnen und Gewerkschaften gekommen. Anfang des Jahres organisierte die KSPR-Gewerkschaft mehrere Warnstreiks und Aktionen.

Wir befragten Sergej Riabkow, den Vorsitzenden der KSPR im Betrieb, zum letzten Streik im April 1994:

"Das war nicht der erste Streik in unserer Abteilung. Dieser letzte war nur länger. Die davor waren ziemlich kurz. Wir haben mit einem 15-minütigen Warnstreik angefangen. Dann später mal eine Stunde. Zunächst wurde auch nur in ein oder zwei Abteilungen gestreikt. Diesmal streikten wir in sieben Abteilungen. Die Dauer des Streiks hing von der jeweiligen Abteilungen ab. Es gibt Abteilungen, in denen man die Arbeit nicht lange unterbrechen kann. In denen wurde nur eine Stunde gestreikt. In zwei anderen Abteilungen wurde jedoch statt dem vereinbarten achtstündigen Warnstreik ein 14-stündiger Warnstreik durchgeführt.

Die zwei Hauptprobleme der Arbeiter sind erstens die Kopplung der Löhne an die Preissteigerung und zweitens die pünktliche Auszahlung der Löhne. Die Werksleitung hatte schon lange versprochen, in den Tarifverträgen eine Indexierung der Löhne einzuführen. Die war notwendig, weil die Preise sehr stark gestiegen sind. Sie hielten ihr Versprechen nicht und brachen so den Tarifvertrag. Daran entzündete sich der Streik. Im März 1994 forderten wir wegen der deutlichen Preissteigerungen abermals die Indexierung, die vom Fabrikdirektor abgelehnt wurde. Daraufhin gab es einen Streikposten bei der Betriebsleitung. Am nächsten Tag beschlossen wir nach einem ergebnislosen Gespräch, bei dem sich zeigte, daß die Betriebsleitung nur hohle Phrasen drosch, einen Warnstreik.

Folgende Forderungen hatten wir: Erstens die Indexierung der Löhne, zweitens für jeden Tag Lohnrückstand eine Kompensationszahlung von einem Prozent des Monatslohns, drittens die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Finanzen des Betriebes. Außer diesen drei ökonomischen Forderungen hatten wir auch politische, nämlich Neuwahl des Präsidenten und Absetzung der Regierung Rußlands. Diese politischen Forderungen waren zur Unterstützung der Bergleute in Workuta gedacht, die wir per Telegramm auch darüber informierten. Zusätzlich forderten wir auch ein Gesetz, das den Einsatz ehemaliger Parteifunktionäre in den Betriebsleitungen verbieten sollte."

Soweit Sergej Riabkow zum Streik. Brisant wurde die Auseinandersetzung, als während der Aktionen in Tscherepowez die Moskauer KSPR-Führung um Alexejew ein Bündnis mit der faschistischen RNE schloß, bei dem es um den gemeinsamen Aufbau einer sogenannten "National-Sozialen Bewegung" gehen sollte.

Führer der RNE, der Russischen Nationalen Einheit, ist Alexander Barkaschow.

Barkaschow und die RNE beziehen sich ideologisch und organisatorisch direkt auf den deutschen Nationalsozialismus und die NSdAP. Die RNE ist in Kampfeinheiten organisiert und war bei den militärischen Auseinandersetzungen um das Parlament im September und Oktober 1993 beteiligt. Sie steht programmatisch u.a. für den Aufbau eines faschistischen Staates und einen aggressiven Rassismus und Antisemitismus.

Wir fragten Sergej Riabkow, der dieses Abkommen unterstützt, nach den Gründen für die Bildung der "National-Sozialen Bewegung" durch KSPR und RNE:

"Beide Organisationen, KSPR wie RNE, sind besorgt darüber, daß die nationalen ökonomischen Interessen Rußlands nicht vertreten werden. Wirtschaftlich fällt das Land auseinander. Es gibt Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern verschiedener Industriezweige. Gleichzeitig wird Rußland ausgeraubt. Wenn das so weitergeht - auch die Metallindustrie ist ja schon im Niedergang - wird Rußland am Ende als reiner Rohstofflieferant dastehen.

Ein zweiter Punkt: Warum nennen wir uns "National-Soziale Bewegung"? Den nationalen Aspekt habe ich eben schon erklärt. Die Interessen Rußlands werden nicht vertreten. Nun, die Bevölkerung ist geteilt. Ehemalige Kommunisten nennen sich Demokraten, wo sie doch keine sind. Ein Teil der alten kommunistischen Funktionäre ist reich geworden, Millionäre oder Milliardäre, ohne eine Kopeke ihres eigenen Geldes investiert zu haben. Die wandelten die Betriebe in ihr Privateigentum um. Die nutzen die Tatsache, daß es billige Arbeitskraft gibt, und die Tatsache, daß sie ohne Kontrolle alles verkaufen können, was sie wollen. Der größte Teil der Bevölkerung wird jedoch immer ärmer und ärmer. Das ist nicht richtig. Die soziale Sicherung wird vernachlässigt.

Zum dritten Punkt: Sobald ein Arbeiter seine Interessen schützt und damit in die Interessen höherer Finanzbereiche eingreift, sind die Anführer der Arbeiter gefährdet. Manchem wird ein Ohr abgeschnitten, anderen werden Rippen gebrochen. Vielleicht wird morgen einem auch der Kopf abgerissen. Deswegen braucht die Arbeiterbewegung eine Organisation zur Verteidigung. Vielleicht sogar eine bewaffnete. Warum? Weil jedem von uns unser Leben lieb ist und weil wir unsere Anführer noch brauchen. Ohne sie ist es schwer auszukommen. Deshalb ist es notwendig, solche bewaffneten Abteilungen zu haben."

Beim Streik tauchten RNE-Faschisten bei Streikposten als Schutz auf, ohne direkt einzugreifen. Bis April 1994 beschränkte sich die Zusammenarbeit zwischen KSPR und RNE hauptsächlich auf die Führungsebenen.

Die Führer der KSPR versprechen eine Verbesserung der Lage der russischen ArbeiterInnen durch Abschiebung und Ausweisung der MigrantInnen. Die angebliche Herstellung einer "nationalen Einheit" heißt im Klartext Spaltung der ArbeiterInnen. "Einheit" gegen die sogenannten "Schwarzen" aus den südlichen Republiken, gegen die Juden usw. Die KSPR agitiert gegen die Verarmungspolitik der Regierung, den "Ausverkauf" der russischen Industrie und die Kolonisierung Rußlands durch die westlichen Länder. Sie will die industrielle Struktur Rußlands verteidigen: gegen den

Einfluß des internationalen Kapitals, der ausländischen Banken und des IWF. Sie ist gegen die Aneignung der Fabriken durch die stalinistischen Betriebsleitungen und verlangt die Einsetzung neuer Unternehmer, die sie - die Gewerkschafter - als Vertretungsorgane anerkennen und die russischen ArbeiterInnen am erhofften Aufschwung beteiligen.

Dabei benutzt die KSPR mittlerweile wie die RNE rassistische und nationalistische Kategorien und Argumentationen.

Sergej: "80 Prozent der Bevölkerung sind Russen. Dabei leben die ethnischen Minderheiten gut, die Russen aber schlecht bis mittelmäßig. Die russische Kultur ist heruntergekommen. Viele Denkmäler sind zerstört worden, nur ein Teil geblieben. Außerdem wird die russische Natur kaputt gemacht. Dies geschieht alles auf Kosten der nationalen Mehrheit, der Russen. Ein Georgier kommt z.B. hierher, treibt Handel und nimmt dabei Russen aus. Er selbst tut nichts und läßt die Russen für sich arbeiten. Hier ist merkwürdigerweise alles umgekehrt. Es ist schon ein eigenartiges Land, wo die ethnische Mehrheit die Unterdrückten und Ausgebeuteten stellt. Die ethnischen Minderheiten leben und fühlen sich als Chefs.

Der größte Teil der Arbeit, der produktiven Arbeit, wird von Russen gemacht. Georgier, Armenier, solche Minderheiten eben, beschäftigen sich hauptsächlich mit Handel. Das ist eigentlich kein Handel, sondern Spekulation. Sie haben Geld, viel Geld, und meinen noch, sie seien die Chefs."

Die Frage bleibt, ob sich hier eine neue Bewegung entwickelt, die die ArbeiterInnen vom Kampf gegen die Ausbeutung ablenkt und für eine "nationale" Strategie mobilisieren könnte.

Die Sprengkraft einer solchen Bewegung liegt darin, daß sie sich direkt auf die sozialen Erfahrungen der ArbeiterInnen bezieht - Verarmung, Arbeitslosigkeit und entgarantierte Arbeit, Kriminalisierung des Alltags durch die Mafia, usw.

Sie thematisiert Folgen von Ausbeutung und Unterdrückung durch den Staat und die Bosse, aber entwickelt auf dieser Grundlage eben ein Bild von den unterdrückten Russen. Deren soziale und ökonomische Probleme würden von den MigrantInnen aus dem Süden und dem ausländischen Kapital geschaffen.

Die Klassenspaltung wird rassistisch verdreht: das Kapital erscheint da als "jüdisch", in der Form der "kaukasischen Spekulanten" oder als "US-Kapital", daß die "russischen" ArbeiterInnen um die Früchte ihrer Arbeit bringen will. So wird ein gemeinsames Interesse von "russischen" ArbeiterInnen und "russischem" Kapital unterstellt: gemeinsam für das "nationale" Wohl. Arbeit und Ausbeutung verschwinden aus dem Blickwinkel. Rassismus soll die ArbeiterInnen spalten und gegen andere ArbeiterInnen ausspielen. Die nationalistische Mobilisierung soll sie in ein Projekt der nationalen kapitalistischen Entwicklung einbinden.

Sergej: "Heutzutage kann nur die nationale Idee Rußland wieder auferstehen lassen. Wenn es andere Ideen geben würde, gut, aber es gibt sie nicht."